

Politische Ökologie - Working Paper Reihe

**Finanzialisierung internationaler Klimapolitik,
racial capitalism und deren Bedeutung
für globale (Un)Gerechtigkeitsverhältnisse**

Lara Wörner

Working Paper Reihe „Politische Ökologie“

Das vorliegende Working Paper erscheint in der Reihe „Politische Ökologie“ der Abteilung Integrative Geographie der Europa-Universität Flensburg. Die Reihe ist ein Publikationsort für wissenschaftliche Ergebnisse, die sich mit den zahlreichen Themenstellungen sozial-ökologischer Transformationen beschäftigen und dabei Ursachen und Effekte lokaler wie globaler Umweltgerechtigkeit problematisieren. Die Politische Ökologie betrachtet ökologische Krisen und soziale Konflikte als Ausdruck globaler Ungerechtigkeitsstrukturen. Die Politische Ökologie kritisiert dabei deterministische und monokausale Erklärungsversuche von Umweltkrisen, die die Komplexität von Machtverhältnissen außer Acht lassen. Sie stellt Fragen nach dem Zugang zu, dem Ausschluss von und der Kontrolle über natürliche Ressourcen für unterschiedliche soziale Gruppen. Die Politische Ökologie ist ein interdisziplinärer Ansatz, der sich als eigenständige Forschungsperspektive etabliert hat.

Mit der Reihe sollen wissenschaftliche Erkenntnisse einer breiten akademischen wie auch gesellschaftlichen Öffentlichkeit im open access-Verfahren niedrigschwellig zugänglich gemacht werden. Die fachliche Qualität wird über ein internes Review-Verfahren durch die Herausgeberin und Fachkolleg*innen gewährleistet. Kommentare zu den Working Papers an die Autor*innen oder die Herausgeberin sind jederzeit willkommen.

Weitere Working Paper der Reihe sind hier zu finden:

https://www.uni-flensburg.de/POE_EUF

Rechte:

Die Text und Bildrechte der Working Paper Reihe stehen unter der Lizenz Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International. Als CC BY-SA 4.0 Lizenz dürfen die Inhalte unter den folgenden beiden Bedingungen verarbeitet, vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden: erstens der Nennung des Namens der Autor*innen und der Working Paper Reihe, zweitens Weitergabe unter den gleichen rechtlichen Bedingungen, d.h. derselben Lizenz wie das Original (CC BY-SA). In jedem Fall bitten wir bei Weiterverwendung um eine Nachricht an: igeo@uni-flensburg.de

Herausgeber*in:

Abteilung Integrative Geographie
Arbeitsgruppe Politische Ökologie
Europa-Universität Flensburg
Auf dem Campus 1
24943 Flensburg
www.uni-flensburg.de/POE_EUF

Ansprechpartner*in:

Prof. Dr. Sybille Bauriedl
sybille.bauriedl@uni-flensburg.de

Zusammenfassung: Finanzialisierung internationaler Klimapolitik, *racial capitalism* und deren Bedeutung für globale (Un)Gerechtigkeitsverhältnisse

Internationale Klimafinanzierung ist die priorisierte Antwort der Vereinten Nationen auf die globale Klimakrise. Die Zusage der Industriestaaten, jährlich 300 Milliarden USD für Klimaschutz und -anpassung in Entwicklungsstaaten zu mobilisieren ist in diesem Kontext eine der zentralen Errungenschaften. Das Working Paper setzt sich mit Gerechtigkeitsperspektiven auf den Green Climate Fund (GCF) auseinander, der beim Klimagipfel 2009 in Kopenhagen beschlossen wurde, und zeigt an Projektbeispielen auf Jamaika, welche Funktionen bzw. Auswirkungen die verwendeten Finanzierungsinstrumente für die beteiligten Akteure haben. Die empirische Grundlage bilden elf Finanzierungsprojekte aus der Dokumenten-Datenbank des GCF. Um Ungerechtigkeitsverhältnisse in diesen sichtbar zu machen, werden die resultierenden Befunde mit den Argumenten eines *racial capitalism* (Robinson, 2000) und einer Klimakolonialität (Sultana, 2022; Ferdinand, 2022) verbunden. Diese Analyseperspektive zeigt, dass internationale Klimafinanzierung die Kolonialität des globalen Finanzsystems und der Klimakrise außer Acht lässt. In keinem der bestätigten Finanzierungsanträge werden rassistische Ungerechtigkeiten der Klimakrise benannt. Stattdessen tragen insbesondere von privaten Akteuren durchgeführte Private-Equity-Projekte dazu bei, ein neues, grünes Akkumulationsfeld für Investor:innen zu schaffen. Durch hierarchische Beziehungen zwischen den Vertragspartner:innen, einseitige Fokussierung von finanziellen Risiken für Investor:innen, Gewinnorientierung und rassifizierte Stereotype werden postkoloniale Ungerechtigkeiten durch den GCF vertieft. Diese Fortsetzung globaler Ungerechtigkeiten wird durch eine technologische Sprache und komplizierte Finanztransaktionen verschleiert. Eine Schuld an Nachwirkungen des europäischen Kolonialismus und an der Klimakrise durch Treibhausgasemissionen der Industrienationen kommt in diesem UN-Klimafinanzierungsinstrument nicht zum Tragen. Im Gegenteil: ehemals kolonisierte, ausgebeutete Länder werden zu schwachen Partner:innen in diesem Geschäft gemacht.

Abstract: Financialization of international climate politics, *racial capitalism* and their meaning for global (in)justices

International climate finance is the United Nations' primary response to the global climate crisis. In this context, one of the key achievements is the commitment by developed countries to mobilise USD 300 billion annually for climate mitigation and adaptation in developing countries. This working paper examines the Green Climate Fund (GCF), which was established at the 2009 Copenhagen Climate Summit, from a justice perspective. It uses project examples from Jamaica to illustrate the functions and impacts of the financing instruments employed by the various stakeholders. The empirical basis consists of eleven GCF financing projects from the GCF's document database. To highlight the inequalities present, the findings are linked to arguments concerning *racial capitalism* (Robinson, 2000) and climate coloniality (Sultana, 2022; Ferdinand, 2022). This analytical approach reveals that international climate finance ignores the colonial nature of the global financial system and the climate crisis. None of the approved funding applications address the racial injustices of the climate crisis. Instead, private equity projects, particularly those car-

ried out by private actors, create a new green field of accumulation for investors. Through hierarchical relationships between contracting parties, a one-sided focus on financial risks for investors, profit orientation, and racialised stereotypes, the GCF exacerbates post-colonial injustices. The perpetuation of these global injustices is obscured by technical jargon and complex financial transactions. This UN climate finance instrument fails to acknowledge responsibility for the legacy of European colonialism and the climate crisis caused by greenhouse gas emissions from industrialised nations. Conversely, formerly colonised and exploited countries are made into weak partners in this deal.

Schlagwörter

Klimafinanzierung, Kolonialismus, Karibik, *racial capitalism*, Kolonialität, Green Climate Fund, internationale Klimapolitik, Finanzierungsinstrumente, Private Equity, Klimaschutz, Jamaika, Finanzialisierung, reparative Gerechtigkeit

Vorgeschlagene Zitierweise

Wörner, Lara (2026): Finanzialisierung internationaler Klimapolitik, *racial capitalism* und deren Bedeutung für globale (Un)gerechtigkeitsverhältnisse. In: Politische Ökologie – Working Paper Reihe, Nr. 2, Europa-Universität Flensburg, <https://www.uni-flensburg.de/integrative-geographie/arbeitsgruppe-politische-oekologie/working-papers>

Über die Autorin:

Lara Wörner hat den interdisziplinären Masterstudiengang Transformationsstudien an der Europa-Universität Flensburg studiert. Die vorliegende Arbeit ist ihre Abschlussarbeit. Während ihrer Studienzeit war sie in verschiedenen Gruppen der Klimagerechtigkeitsbewegung aktiv. Dort arbeitete sie insbesondere in der internationalen Kampagne *Debt for Climate* zur Schnittstelle zwischen internationalem Finanzsystem und Klimagerechtigkeit. Daneben war sie als studentische Hilfskraft in der Abteilung Integrative Geographie an der Europa-Universität Flensburg zum Forschungsschwerpunkt Kolonialität in Hafenstädten tätig. In ihrer wissenschaftlichen und aktivistischen Arbeit interessiert sie sich vor allem für die postkoloniale Ungerechtigkeiten in Verbindung mit Klimagerechtigkeit, Migration und reparativer Gerechtigkeit.

Kontakt zur Autorin: lara.woerner [at] posteo [punkt] de

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	vi
Abbildungsverzeichnis	vii
Tabellenverzeichnis	vii
Abkürzungsverzeichnis	viii
1. Einleitung: Klimafinanzierung als Theater und „koloniale Hurrikans“	9
2. Ungerechtigkeitsverhältnisse in Klimapolitik und Kapitalismus theoretisieren	19
2.1. Klimakolonialität und koloniale Ökologie	20
2.2. Racial Capitalism	26
2.3. Reparative Gerechtigkeit.....	38
3. Methodisches Vorgehen im Kontext postkolonialer Wissensproduktion	43
4. Praktiken internationaler Klimafinanzierung verstehen.....	47
4.1. Akteure und Instrumente der Klimafinanzierungslandschaft seit 1980	48
4.2. Nord-Süd-Beziehungen im Fokus: Der Green Climate Fund	51
5. Jamaika: Klimafinanzierung kontextualisieren.....	59
5.1. Zucker, versklavte Arbeit und Widerstand	60
5.2. Klimagerechtigkeit in der Karibik	63
5.3. Klimakrisenfolgen auf Jamaika.....	65
6. Analyse und Systematisierung der GCF-Projekte	69
6.1. Finanzinfrastruktur von Luxemburg in die Karibik	73
6.2. Projektziele: Herstellung von Investierbarkeit und <i>de-risking</i>	76
6.3. Akteurskonstellationen der Projekte	78
7. Diskussion: Ungerechtigkeitsverhältnisse in den GCF-Projekten.....	86
7.1. Implikationen für Transformation	86
7.1.1. Machtposition von Akteuren aus dem Globalen Norden	86
7.1.2. Gewinnorientierung anstatt Adressierung lokaler Herausforderungen	89
7.1.3. Verschleierung von Ungerechtigkeitsverhältnissen durch Risiko- Diskurs	92
7.2. Anwendung der Theoriekonzepte: Spektakel der Klimafinanzierung ..	95
7.2.1. Epistemische Gewalt und materielle Konsequenzen	96
7.2.2. Rassifizierte Investierbarkeit und Entbehrlichkeit.....	101
8. Schluss und Ausblick: Klimafinanzierung als Fortschreibung kolonialer Ungerechtigkeiten	106
Bibliographie	110
Filmographie	122
Anhang	123
Danksagung.....	124

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1. Route und Stärke (in Hurrikan Kategorien) von Hurrikan Beryl im Juni/Juli 2024. Quelle: National Weather Service (2024)	9
Abbildung 2. Schematische Darstellung der Finanzströme und Akteurskonstellation für das bewilligte Projekt Scaling up the Deployment of Integrated Utility Services der CDB. Eigene Darstellung.....	80
Abbildung 3. Schematische Darstellung der Finanzströme und Akteurskonstellation für den SnCF. Mit der Unterteilung in USA/Europa und Lateinamerika/Karibik wurde zudem eine finanz-räumliche Schematisierung vorgenommen. Eigene Darstellung.	82
Abbildung 4. Sitz und Rolle der Akteure aus den sieben bestätigten Finanzierungsanträgen. Die mit * versehenen Akteure haben mehrere Standorte. Zahlen in den Punkten zeigen an, dass sich hier mehrere Akteure der gleichen Art befinden. Kartengrundlage ©OpenStreepMap	85

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1. Überblick über die vom GCF verwendeten Finanzinstrumente ¹ bei der Weitergabe von Geldern an ausführende Organisationen.....	54
Tabelle 2. GCF-Projekte mit (angestrebter) Beteiligung von Jamaika.	71
Tabelle 3. Zugesagte GCF-Projektvorbereitungsunterstützung von Projekten mit (angestrebter) Beteiligung Jamaikas.	72
Tabelle 4. Übersicht der Akteure aus den sieben bestätigten Finanzierungsanträgen...	123

Abkürzungsverzeichnis

CCCC	Caribbean Community Climate Change Conference
CDB	Caribbean Development Bank
COP	Conference of Parties
DAE	Direct Access Entity
DBJ	Development Bank of Jamaica
FAO	Food and Agriculture Organization
GCF	Green Climate Fund
GFCR	Global Fund for Coral Reefs
IAE	International Access Entity
IDB	Interamerican Development Bank
IPCC	International Panel on Climate Change
IUS	Integrated Utility Systems
IWF	Internationaler Währungsfonds
JSIF	Jamaica Social Investment Fund
LDC	Least Developed Countries
PPF	Project Preparation Facility
PSF	Private Sector Facility
REDD+	Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation
SIDS	Small Island Developing States
SnCF	Sub national Climate Fund
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change
USD	US-Dollar

1. Einleitung: Klimafinanzierung als Theater und „koloniale Hurrikans“

In this movement, the storm behaves like a slave ship recalling past injustices and reinforcing contemporary inequalities: the storm becomes a colonial hurricane.

(Ferdinand, 2022, S. 66)

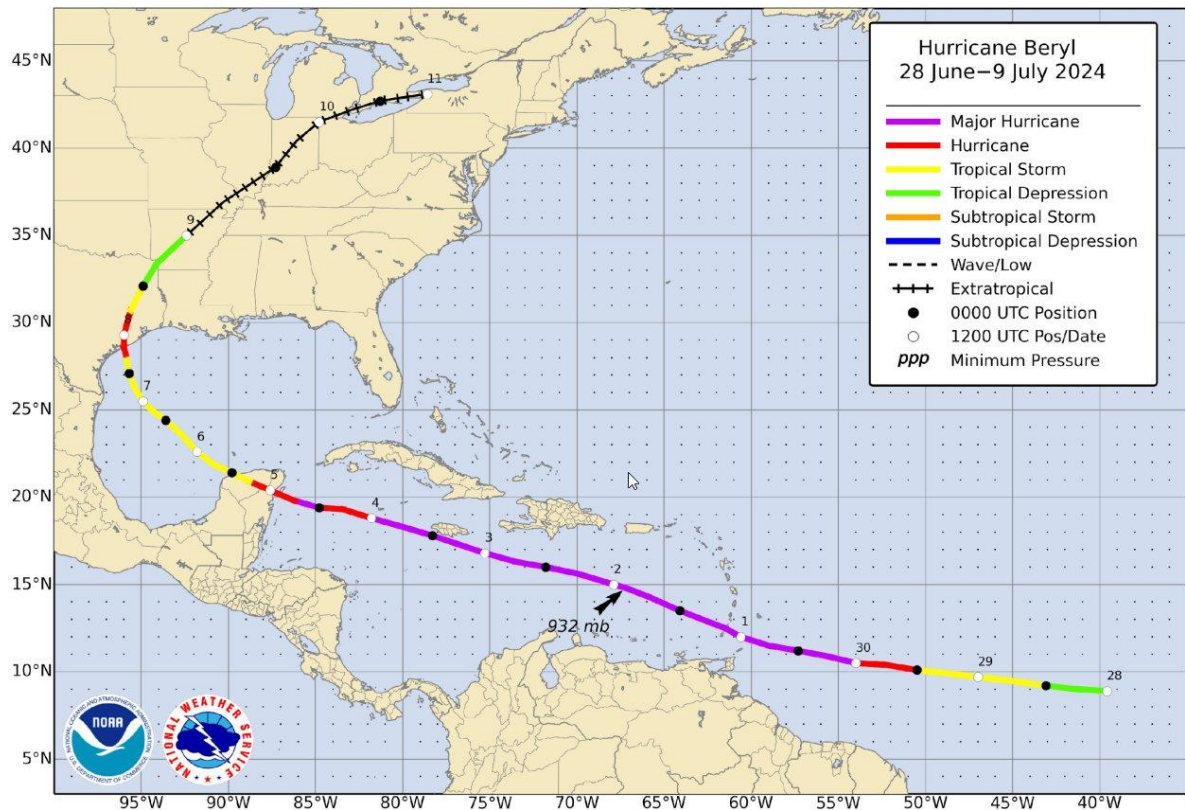


Abbildung 1. Route und Stärke (in Hurrikan Kategorien) von Hurrikan Beryl im Juni/Julii 2024. Quelle: National Weather Service (2024)

Am Sonntag, den 30. Juni 2024, wurde Beryl zum frühesten Hurrikan der Stufe 5¹, der in der Karibik je gemessen wurde (DEEP, 2024). Innerhalb von nur zwei Tagen hatte er sich von einem tropischen Sturm zu einem Hurrikan entwickelt. Als der Sturm am Montagmorgen Grenada erreichte, zerstörte oder beschädigte er auf den Inseln Carriacou und Petite Martinique 70% bzw. 97% der Gebäude (DEEP, 2024). Auf St. Vincent und den Grenadinen beschädigte er 90% der Wohnhäuser (DEEP, 2024). Am Montagnachmittag hatte sich Beryl zu

¹ Hurrikans werden je nach ihren Windgeschwindigkeiten in Stufen von 1 (geringste) bis 5 (höchste) eingeteilt. Die Hurrikan Saison nördlich des Äquators ist von 1. Juni bis 30. November.

einem Hurrikan der Stufe 5 verstärkt und zog auf Jamaika zu. Am Nachmittag des 3. Juli 2024 traf er – wieder leicht abgeschwächt – aber immer noch mit Geschwindigkeiten von über 120 km/h die Südküste Jamaikas (UNCT Jamaica, 2024), bevor er über die Cayman Islands und den mexikanischen Bundesstaat Yucatán auf Texas zuzog, wo er, dann als Sturm der Kategorie 1, Bäume und Strommasten zerstörte und Fluten verursachte. Seine zerstörerische Kraft bekam Beryl vor allem durch extrem hohe Temperaturen an der Meeresoberfläche (Poynting, 2024). Dabei brach er noch einen weiteren Rekord: Noch nie vorher entstand ein Hurrikan soweit östlich im Atlantik (McCloud, 2024). Vom Atlantik kommend brachte Beryl Zerstörung und Tod. Die Route, welche der Sturm dabei nahm, gleicht jener der Versklavungsschiffe, auf welchen Europäer² versklavte Afrikaner:innen von der Westküste Afrikas in die Karibik und nach Amerika verschleppten (vgl. Abbildung 1), um sie dort gewaltsam zur Arbeit auf den Plantagen zu zwingen (Ferdinand, 2022, S. 63). In der Schwarzen³ amerikanischen Kultur sind Wirbelstürme deshalb nicht nur Windböen und Sturzregen. Sie sind aufgeladen mit den Erinnerungen Schwarzer Vorfahren, die bei der Verschleppung über den Atlantik starben und nun mit ihrer Wut die Küsten Amerikas und der Karibik heimsuchen (Ferdinand, 2022, S. 66). Der aus Martinique stammende karibische Autor Malcom Ferdinand nutzt den Begriff kolonialer Hurrikan, um die Verflechtung zwischen Kolonialismus und Extremwetterereignissen deutlich zu machen. Diese existiert nicht nur in den Routen der Hurrikans. Es ist eine aus dem Kolonialismus hervorgegangene Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, die diese Hurrikans produziert und die gleichzeitig durch die Hurrikans gefestigt wird (Ferdinand, 2022, S. 66f). „Der koloniale Hurrikan zeigt, dass die ökologische Krise keine komplett neue Betrachtungsweise (engl.: re-examination) der Welt erfordert. Im Gegenteil, sie verstärkt koloniale Beherrschung und Unterdrückung.“ (Ferdinand, 2022, S. 73, Übers. d. A.) Dieses Fortwirken von kolonialen Beherrschungsmustern durch die Klimakrise nennt die Geographin Farhana Sultana auch Klimakolonialität.

Auf Jamaika kamen durch Beryl zwei Menschen ums Leben, mehr als die Hälfte der Einwohner:innen hatte zeitweise kein Zugang zu sauberem Wasser und zu Strom (acaps, 2024; UNCT Jamaica, 2024). Über 1.500 Menschen mussten in Notunterkünften unterkommen, weil ihre Häuser ganz oder teilweise zerstört waren (UNCT Jamaica, 2024). Kleinbäuer:innen, die 85% des Bedarfs an frischen Lebensmitteln auf Jamaika bereitstellen, verloren ihre Felder und sind teils noch ein Jahr später mit dem Wiederaufbau beschäftigt (Aoun An-

² Ich verwende in der Arbeit in den allermeisten Fällen gendergerechte Sprache, die durch den Doppelpunkt angezeigt wird. Damit meine ich alle Geschlechter und möchte diese sichtbar machen. In einigen Fällen, in denen Positionen ganz überwiegend von Männern besetzt waren und/oder sind, verwende ich das generische Maskulin, um diese patriarchalen Machtverhältnisse sichtbar zu machen.

³ Ich schreibe Schwarz groß, um deutlich zu machen, dass Schwarz eine Selbstbezeichnung von Schwarzen Menschen ist, die eine Rassismuserfahrung aufgrund ihrer Hautfarbe und/oder Herkunft verbindet. *Weiß* schreibe ich kursiv um deutlich zu machen, dass damit eine dominante, privilegierte soziale Positionierung in rassistischen Gesellschaftsstrukturen gemeint ist.

gueira, 2024; United Nations in the Caribbean, 2025). Allein der Schaden in der Landwirtschaft auf Jamaika beträgt über 6,4 Millionen USD (Myers Jr., 2024). Insgesamt beträgt der Schaden auf Jamaika schätzungsweise 32,2 Milliarden jamaikanische Dollar, umgerechnet etwa 201,3 Millionen USD, was 1,1% des jamaikanischen BIPs ist (Jackson, 2024b). Stürme wie Beryl werfen die Frage danach auf, wer die Schäden, welche durch Extremwetterereignisse verursacht werden, und die Infrastruktur für Katastrophenschutz und -anpassung (wie z.B. Warnsysteme) bezahlen muss.

Jamaika ist gegen solche extremen Katastrophen unter anderem durch sogenannte Katastrophenanleihen (engl.: *catastrophe bonds*) versichert. Diese Anleihen sind Finanzinstrumente, die seltene, extreme Katastrophen versichern sollen, indem sie das finanzielle Risiko, welches durch Schäden entstehen kann, auf den Kapitalmarkt transferieren. Im Fall von Jamaika hat die Weltbank erstmals 2021 Katastrophenanleihen im Wert von insgesamt 185 Millionen US-Dollar auf den Markt gebracht. 2024 wurde der Deal erneuert. Jamaika zahlte in beiden Fällen eine Prämie an die Weltbank dafür, dass diese die Anleihen auf den Markt brachte. Dabei hat unter anderem Deutschland an Jamaika über die *Global Risk Financing Facility*⁴ der Weltbank Zuschüsse zur Bezahlung dieser Prämie vergeben (Rambarran, 2025, S. 30). Die Katastrophenanleihen wurden anschließend von privaten Investor:innen gekauft. Attraktiv sind die Produkte dabei vor allem, weil Zinsgewinne in Höhe von ungefähr 15% gemacht werden können (Bretton Woods Project, 2024). Das Risiko, welches die Anleihenkäufer:innen eingehen, ist, dass sie bestimmte Anteile des Anleihewerts im Fall einer Katastrophe an die betroffenen Länder auszahlen müssen und die Anleihe damit an Wert verliert. Um genauer festzulegen, wann ausgezahlt werden muss, werden technische Details als Kriterien festgelegt. Im Fall von Jamaika musste der Luftdruck im Zentrum eines Hurrikans für bestimmte geographische Gebiete unter einem bestimmten Schwellenwert liegen (siehe World Bank Treasury, 2025), damit Geld an Jamaika ausgezahlt wird. Trotz des immensen Schadens und obwohl Beryl einer der stärksten Stürme war, die Jamaika in den letzten Jahren erlebte, zahlten die Anleihen im Fall von Beryl letztendlich nichts an Jamaika aus, weil der Luftdruck im Zentrum nicht niedrig genug war.

Jamaikas Katastrophenanleihen sind eine Art Versicherung und ein Beispiel für das, was Malcom Ferdinand *colonial hurricane politics* nennt: „Teilweise natürliche Katastrophen“ werden durch ein Set von Instrumenten in profitable Ereignisse umgewandelt, „die das koloniale Fundament der Welt verstärken, indem sie den Reichtum der Master vergrößern und die Unterdrückung der Versklavten verschlimmern“ (Ferdinand, 2022, S. 66, Übers. d. A.). Diese

⁴ Die *Global Risk Financing Facility* ist ein bilaterales Projekt der Regierungen Großbritanniens und Deutschlands mit Unterstützung der Weltbank, um die Vulnerabilität von Entwicklungsländern mit finanziellen Mitteln zu adressieren und im Fall von Katastrophen schneller reagieren zu können. Damit schaffen die beiden Staaten zumindest in Teilen eine Doppelstruktur zum Fund for Responding to Loss and Damage.

Beschreibung schließt an die von der kanadischen Autorin Naomi Klein vorgebrachte These des *disaster capitalism* an (Klein, 2007). Darin beschreibt Klein, wie im Nachgang desaströser Ereignisse wie Naturkatastrophen oder Kriegen neoliberale Politiken wie Degregulierung oder Privatisierung durchgesetzt werden. Ferdinand hebt die koloniale Dimension dieser Vertiefung kapitalistischer Ausbeutung hervor. Im Fall der Katastrophenanleihen Jamaikas wird diese darin erkennbar, dass Investor:innen, die durch die verfehlte Ausschüttung weiterhin unvermindert Gewinne machen, größtenteils (83%) in Europa und Nordamerika sitzen (World Bank Treasury, 2025). Das sind nicht nur die Staaten, die vom Kolonialismus und der durch den Kolonialismus geschaffenen Wirtschaftsordnung profitieren, sondern die auch maßgeblich für die Klimakrise⁵ und damit auch für immer häufigere und extremere Hurrikans verantwortlich sind (vgl. Knutson et al., 2020). Diese Katastrophen sind nur *teilweise* natürlich, weil sie auch sozial produziert sind. Sie sind „Folge einer bestimmten Art und Weise die Erde zu bewohnen, bestimmter sozialer Konstellationen, ökonomischer Modelle und politischer Entscheidungen“ (Ferdinand, 2022, S. 67, Übers. d. A.). Jamaika hat kaum zur Klimakrise beigetragen, ist aber als Postkolonie und Inselstaat in den tropischen Breitengraden besonders von ihr betroffen (Mycoo et al., 2022). Diese Vulnerabilität liegt nicht nur in der geographischen Lage begründet, sondern auch in historischen kolonialen Verflechtungen und gegenwärtigen politischen Entscheidungen. Regionen werden vulnerabel gemacht. Jamaikas Kolonisierung ab 1655 durch Großbritannien⁶ installierte eine Plantagenökonomie für die Zuckerproduktion, die durch Entwaldung und den extraktiven Anbau von Monokulturen zu Bodenerosion führte (Moore, 2000, S. 420ff). Das verstärkt heute die zerstörerische Wirkung von starken Regenfällen und Stürmen (vgl. Happel et al., 2024 für Beispiele aus Haiti). Die Plantagenökonomie legte gleichzeitig den Grundstein für soziale Ungleichheit durch rassistische Ausbeutung und eine wirtschaftliche Abhängigkeit von den Staaten des Globalen Nordens. Diese wird später durch Bauxit-Minen und heute insbesondere durch Tourismus fortgesetzt (vgl. Sheller, 2018, siehe auch Kapitel 5).

Die am Beispiel von Beryl und Jamaikas Katastrophenanleihen nachgezeichneten Verflechtungen von ökologischer Krise, Kolonialismus und globalem Finanzsystem und die Ge-

⁵ In dieser Arbeit verwende ich sowohl die Begriffe Klima- also auch (sozial-)ökologische Krise. Den Begriff Klimakrise verwende ich dabei vor allem, weil er in Diskursen um Klimapolitik und Klimafinanzierung viel verwendet wird. An dieser Stelle möchte ich allerdings darauf hinweisen, dass ich mit Klimakrise keine rein auf den übermäßigen Ausstoß von Treibhausgasen reduzierte Krise verstehe. Die Klimakrise ist mit Extraktivismus, Umweltverschmutzung, sozialer Ungleichheit, Artensterben und zahlreichen weiteren Krisen verbunden und kann nicht getrennt davon betrachtet werden. Weiterhin wird in der Debatte auch verstärkt darauf hingewiesen, dass es sich nicht mehr nur um eine *Krise*, nach der eine Rückkehr zu einer Normalität möglich ist, handelt, sondern um einen *Kollaps*, der langfristig die Gesellschaft und gesellschaftlichen Naturverhältnisse verändern wird. Deshalb verwende ich an einigen Stellen auch das Wort Kollaps.

⁶ Jamaika wurde bereits 1494 von Christopher Kolumbus gewaltsam in Besitz genommen und bis zur britischen Eroberung von den Spaniern vor allem als Versorgungsbasis zur weiteren Kolonisierung der Karibik und Amerikas genutzt (siehe dazu auch Kapitel 5).

rechtigkeitsfragen, welche sich daraus für eine sozial-ökologische Transformation heute ergeben, spannen den Rahmen, innerhalb dessen sich diese Arbeit bewegt. Meine Arbeit in der globalen Graswurzelbewegung *Debt for Climate*, meine geographische Verortung in Flensburg sowie meine Positionierung als *weiße*, deutsche Studentin und aktivistische Forscherin definieren den Startpunkt, von welchem aus ich diese Arbeit beginne, und zeichnen die Wege, die ich zur Erkundung beschreiten kann, mit. Die Beobachtung, dass Gerechtigkeitsfragen der Transformation auf internationaler Ebene primär über Finanzinstrumente verhandelt werden, ist jene die mich dazu bewegt hat, sich genauer den Mechanismen und Mustern internationaler Klimafinanzierung zu widmen.

Bereits auf der vorletzten UN-Klimakonferenz in Baku vergangenes Jahr (Conference of the Parties 29, COP29) war die Frage nach Finanzierung von Klimaschutz sowie -anpassung und Schäden und Verlusten ein zentraler Verhandlungspunkt und die Zusage der Industriestaaten, von nun an jährlich 300 Milliarden und nicht mehr nur wie zuvor 100 Milliarden USD für Klimafinanzierung zu mobilisieren, eines der zentralen Ergebnisse. 2035 soll die jährliche Klimafinanzierung aus öffentlichen und privaten Quellen 1,3 Billionen betragen. Auf der COP30 in Brasilien wurde anhand der *Baku to Bélem Roadmap* erneut besprochen, wie diese Ziele zu erreichen sind. Das 100 bzw. 300 Milliarden Ziel bezieht sich auf öffentliche Klimafinanzierung, die von Industriestaaten an Entwicklungsländer⁷ fließt. Unter die zugesagten Summen fallen die verschiedensten Finanzinstrumente: die prominentesten sind Kredite, Zuschüsse, Kapitalinvestitionen und Versicherungen (Zagama et al., 2023). Zudem laufen die Finanzierungsströme nicht alle über multilaterale Klimafonds wie den *Green Climate Fund*, sondern auch über bilaterale Finanzierungsabkommen. Die tatsächlich mobilisierten Summen bleiben bisher weit hinter den Zielen zurück: Das Ziel 2020 100 Milliarden zu mobilisieren wurde verfehlt und erst zwei Jahre später, 2022, mit Berechnungsmethoden erreicht, die die tatsächliche geleistete Unterstützung verzerren (Zagama et al., 2023). Die NGO Oxfam geht davon aus, dass die berichteten 83,3 Milliarden USD 2020 tatsächlich sogar nur 23,5 Milliarden USD waren, wenn bei Krediten nur der tatsächliche finanzielle Nutzen, den Empfängerstaaten haben, anstelle der kompletten Kreditsumme berechnet wird (Zagama et al., 2023). Hinzu kommt, dass die auf den COPs angepriesenen Summen nur einen Bruchteil

⁷ Der Begriff Entwicklungsländer wird in internationaler Politik unter anderem genutzt, um zwischen sogenannten Entwicklungsländern und Industrieländern zu unterscheiden. So versprachen z.B. bei dem erwähnten 100 Milliarden-Ziel die Industrieländer diese Summe zu mobilisieren. Für den Kontext dieser Arbeit möchte ich darauf verweisen, dass der Begriff „Entwicklung“ oftmals auch eine Vorstellung von linearer Entwicklung nach westlichem Vorbild transportiert und damit rassistische Stereotype von Inferiorität fortschreibt und (neo)koloniale Kontrolle rechtfertigt (Sultana, 2022) Ich nutze den Begriff vor allem, um die gerade beschriebenen Kräfteverhältnisse in internationaler Politik zu beschreiben. Daneben nutze ich auch den von Walter Rodney geprägten Begriff der Unterentwicklung (Rodney, 2023), Dieser beschreibt damit „wie Europa Afrika unterentwickelte“ und macht so die Abhängigkeit von Entwicklungsprozessen an verschiedenen Orten voneinander deutlich.

des Bedarfs decken: Schätzungen zufolge beträgt alleine der notwendige Betrag für *Klimaanpassungsmaßnahmen* in Entwicklungsländern 130 bis 415 Milliarden USD pro Jahr, (CPI, 2024; Global Center on Adaptation & CPI, 2024). Konservative Schätzungen für den in Entwicklungsländer (ohne China) notwendigen Betrag, um Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen umzusetzen, liegen bei über einer Billion pro Jahr (Songwe et al., 2022). Das globale Netzwerk *Climate Action Network International* fordert 5 Billionen USD jährlich (Climate Action Network International, 2024). Die Diskrepanz zwischen notwendigen und versprochenen Summen legt nahe, dass es oft mehr um performative Versprechen als tatsächliche Handlungen geht. Diese Performativität verleitet Farhana Sultana dazu, die globalen Klimaverhandlungen als Theater zu benennen (Sultana, 2022, S. 2). In dieser Arbeit verwende ich den Begriff des Theaters mit Rückgriff auf Sultana auch für Klimafinanzierung. Die Darsteller:innen im Klimafinanzierungs-Theater sind mächtige Staaten und wirtschaftliche Eliten, hinzu kommen Finanzdienstleister, (Entwicklungs)Banken, Kapitalverwalter und Beratungsunternehmen. Sie bestimmen die globalen Bühnen und stellen ihre neuesten finanzpolitischen Instrumente, Ziele und Strategien zur Schau.

Ein erstes Ziel dieser Arbeit ist es, diese Instrumente, Ziele und Strategien, die allzu oft hinter technischem Jargon, komplizierten Designs und komplexen Akteurskonstellationen versteckt bleiben, für jene nachvollziehbar zu machen, deren Vorwissen im Bereich Finanzen gering ist. Auch ich bin keine Expertin für Finanzstudien, meine Zugänge sind stattdessen sozialwissenschaftliche und geographische. An einigen Stellen bleiben deshalb auch für mich offene Fragen und Unklarheiten. Dennoch sind Fragen danach, wer Zugang zu internationaler Klimafinanzierung bekommt, wer Gelder verwaltet und zu welchen Bedingungen sowie für was sie vergeben werden, zentral für eine Klimagerechtigkeitsperspektive (Baptiste & Rhiney, 2016, S. 19) und die Antworten darauf sind zu wichtig, um sie Finanzexpert:innen zu überlassen (vgl. Ouma, 2020, S. vii).

Ich fokussiere in dieser Arbeit die multilaterale Klimafinanzierung in der Karibik. Die Projekte des Green Climate Funds (GCF) auf Jamaika sind der Kristallisationspunkt, um den herum ich die Mechanismen von Klimafinanzierung analysiere. Mit dem GCF betrachte ich eine zentrale Institution der Klimafinanzierung und mit der Karibik eine Region, in der die Folgen kolonialer Ausbeutung noch heute fortwirken (Baptiste & Rhiney, 2016; Bracking, 2019, siehe auch Kapitel 3). Die Analyse von 11 Finanzierungsprojekten aus der Dokumenten-Datenbank des GCF verbinde ich mit Zugängen aus der Theorie von *racial capitalism* und Klimakolonialität, um Ungerechtigkeitsverhältnisse sichtbar zu machen. Das ist der zentrale Beitrag dieser Arbeit. Die leitende Fragestellung dieser Arbeit ist: welche Funktionen bzw. Auswirkungen haben die verwendeten Finanzierungsinstrumente auf die beteiligten bzw. betroffenen Akteure? Zur Beantwortung dieser Fragestellung sind im Verlauf der Arbeit insbesondere zwei empirische Fragen zu klären: erstens, wer sind die beteiligten bzw. be-

troffenen Akteure und was sind ihre Rollen sowie zweitens welche Ziele haben die Projekte und was wird umgesetzt?

Gegenstand der Arbeit sind die internationalen Strukturen und Akteure, welche die Verwendung und Verteilung der Gelder beeinflussen, und nicht konkrete Debatten um die Umsetzung eines spezifischen Projekts auf Jamaika. Dies folgt dem Prinzip des „studying up“, welches die US-amerikanische Anthropologin Laura Nader 1972 geprägt hat (Nader, 1972). Studying-up erforscht „die Kolonisierenden, anstatt der Kolonisierten, die Kultur der Mächtigen, anstatt die der Machtlosen, die Kultur der Wohlhabenden, anstatt die der Armen“ (Nader, 1972, S. 5, Übers. d. A.). Auch in dieser Arbeit geht es darum, wer die Macht hat zu bestimmen, wie Klimafinanzierungsmittel verteilt und eingesetzt werden, und wie diese Macht sich auswirkt. Studying-up heißt dabei laut Nader nicht, Muster von Unterdrückung unsichtbar zu machen, sondern aus einer anderen Perspektive auf sie zu schauen: Es soll gezeigt werden, wie die Kultur der Mächtigen Unterdrückungsmuster produziert und fortsetzt. Die Fragen, welche ich an die Mechanismen internationale Klimafinanzierung stelle, sind durch die Theorien Schwarzer Wissenschaftler:innen inspiriert und ich versuche in dieser Arbeit insbesondere Wissenschaftler:innen zu zitieren, deren Wissen in gelebten Erfahrungen in der Karibik mitbegründet liegt (Ferdinand, 2022, S. 19).

Für die Betrachtung von Klimafinanzierung sind die Konzepte des *racial capitalism* und der Klimakolonialität besonders deswegen interessant, weil Klimafinanzierung zum einen innerhalb eines globalen Kapitalismus stattfindet und zum anderen eine Antwort auf die Klimakrise ist, mit der bestimmte Machtverhältnisse einhergehen. Die Perspektive der Kolonialität schärft den Blick für Vermächtnisse des Kolonialismus in Entscheidungsstrukturen, Wissensproduktion, internationalen Beziehungen, Ressourcenströmen, internationaler Arbeitsteilung und Gewalterfahrungen. Cedric J. Robinson beschreibt mit dem Konzept *racial capitalism* die soziale Struktur, welche durch den Kapitalismus wirksam wird und auf die der Kapitalismus gleichzeitig zu seiner (Re)produktion angewiesen ist (C. J. Robinson, 2000). Diese soziale Struktur ist entgegen der oft verbreiteten Vorstellung, Kapitalismus würde homogenisieren, eine Struktur, in der Körper entlang von Ethnie, *race*⁸, Gender, Sexualität, Religion oder Ability differenziert werden (Bhattacharyya, 2018, S. x).⁹ Rassistische Differenzierung und Hierarchisierung sind dabei nicht Spezifika bestimmter kapitalistischer Formationen, sondern generalisierte Funktionsweise eines globalen Kapitalismus, welche

⁸ Ich verwende den Begriff *race* und nicht Rasse, um klarzustellen, dass mit *race* ein soziales Konstrukt gemeint ist. Rasse ist insbesondere im Deutschen ein biologisches Konzept und wirkt damit naturalisierend.

⁹ Während der Fokus bei Robinson und in dieser Arbeit auf der Differenzierung von Körpern entlang rassistischer Zuschreibungen liegt, soll das keine Wertung der genannten Unterdrückungskategorien implizieren. Der Fokus auf rassistischen Kapitalismus betrachtet patriarchale, homophobe, religiöse oder ableistische Unterdrückungsmuster aus einer bestimmten Perspektive, zeigt Verflechtungen und Unterschiede auf, negiert oder hierarchisiert diese Unterdrückungsformen aber nicht (vgl. Táíwò, 2022, S. 32).

von Anfang an in ihn eingeschrieben war (Al-Bulushi, 2022). Entsprechend findet nach Robinson auch internationale Klimafinanzierung innerhalb eines *racial capitalism* statt. Diese Arbeit trägt dazu bei, genauer herauszuarbeiten worin diese Verbindung besteht und inwiefern koloniale Machtverhältnisse durch Klimafinanzierung fortgeschrieben werden.

Racial capitalism bietet außerdem eine Perspektive auf globale Ungleichheiten, welche in den Debatten um Transformation derzeit umkämpft ist. Beispielsweise erklären die Wirtschaftsnobelpreisträger:innen von 2024, Daron Acemoglu, Simon Johnson und James A. Robinson, in ihrer langjährigen Forschung zu Wohlstandsunterschieden zwischen Nationalstaaten, dass die wirtschaftliche Entwicklung eines Staats maßgeblich von seinen Institutionen abhängt, deren Formen durch den Kolonialismus geprägt sei (Acemoglu et al., 2001). So hätten ehemalige Kolonien heute vorwiegend extraktive Institutionen, europäische und siedlerkoloniale Staaten inklusive Institutionen. Die Schlussfolgerung für eine Transformationsperspektive wäre entsprechend, dass Institutionen nach westlichem Vorbild Wohlstand ermöglichen. Doch innerhalb des nationalstaatlichen Fokus der Autor:innen bleibt die Rolle des globalen Wirtschaftssystems, welches der Kolonialismus erschaffen hat, und in welchem Entwicklung an einem Ort mit Unterentwicklung an einem anderen Ort kausal zusammenhängen kann, weitestgehend unbeachtet (vgl. Rodney, 2023; Werner, 2015). Eine Perspektive von *racial capitalism* setzt der Erklärung der Nobelpreisträger:innen entgegen, dass es die rassistische Hierarchisierung von Körpern und Regionen im Kapitalismus ist, die die ungleiche wirtschaftliche Entwicklung erst möglich macht. Die „inkluisiven Institutionen“ in Europa und in siedlerkolonialen Staaten wie den USA oder Australien sind nur möglich, weil in Staaten des Globalen Südens „extraktive Institutionen“ den Zugriff auf Ressourcen, Märkte und Arbeitskraft sichern (vgl. Bhattacharyya, 2018, S. 22) Für eine Transformationsforschung, die Wege in eine sozial und ökologisch gerechtere Zukunft erforschen und gestalten will, haben diese unterschiedlichen Erklärungen fundamentale Konsequenzen.

Letztlich lässt sich Klimafinanzierung mit *racial capitalism* und Klimakolonialität als Teil eines historisch gewachsenen, globalen Ungerechtigkeitsverhältnisses verstehen. Zentraler Bestandteil dieses Ungerechtigkeitsverhältnisses und Hintergrund für diese Arbeit ist die Frage, wer eigentlich wem etwas schuldet. Die Frage nach reparativer Gerechtigkeit angesichts historischer Schulden des Globalen Nordens als Verursacher der ökologischen Krise und Kolonisator bildet eher einen Horizont als einen grundlegenden Bestandteil dieser Arbeit. Die Diskussionen um Reparationen in Bezug auf Klimakrise werden in Kapitel 2.3 kurz skizziert, die Frage danach, ob oder inwiefern aktuelle Klimafinanzierung auch reparative Funktionen übernimmt, ist allerdings nicht Fokus dieser Arbeit. Sie kann von keiner vereinzelter Masterarbeit beantwortet werden, schon gar keiner die alleine von Flensburg aus geschrieben wird, sondern muss Gegenstand von Diskussionen und Austausch sein. Ihre Beantwor-

tung wird vermutlich angesichts der Gewalt des Kolonialismus und des irreparablen Charakters einiger Verluste nie abschließend möglich sein und obliegt allein den Betroffenen selbst.

Stattdessen steht die Frage an dieser Stelle exemplarisch für die Hoffnung, dass diese Arbeit aus Perspektive jener, die heute die Architekt:innen und Geldgeber:innen im internationalen Finanzsystem sind, dazu beitragen kann, Räume für Diskussionen über den Umgang mit sozial-ökologischen Krisen zu öffnen, indem sie Operationen und Mechanismen von Klimafinanzierung offenlegt. Zu verstehen, wie aktuelle Finanzierungsmechanismen funktionieren, wie Kontrolle und Entscheidungsmacht verteilt und wie diese diskursiv legitimiert werden und wie dies Ungerechtigkeitsverhältnisse fortschreibt, ermöglicht es vielleicht über zukünftige, gerechte Wege von Klimafinanzierung und finanzieller Reparation nachzudenken. Diese Überlegungen sind insbesondere angesichts einer immer größer werdenden Diskussion um Schäden und Verluste sowie Reparation relevant. Der auf der COP28 in Ägypten ins Leben gerufene Fund for Responding to Loss and Damage wird momentan von einem Zweig der Welt Bank (der International Bank for Reconstruction and Development) verwaltet und befindet sich gerade in der ersten Phase der Mobilisierung von Mitteln. Wie diese Mittel verteilt werden, wer Anspruch darauf hat und wann gezahlt wird, ist noch Gegenstand von Diskussionen. Die Finanzarchitektur rund um die ökologische Krise und insbesondere Schäden und Verluste könnte auch mit der im Juli 2025 veröffentlichten Stellungnahme des Internationalen Strafgerichtshofs nochmal wichtiger werden. Diese Stellungnahme, so interpretieren es einige Rechtswissenschaftler:innen, legt den Grundstein für eine Verpflichtung der Industriestaaten nicht nur weitere Schäden durch die Klimakrise zu vermeiden, sondern auch bereits entstandene Schäden (finanziell) zu reparieren (Stukenberg, 2025).

Im zweiten Kapitel beginne ich mit der Ausführung der für diese Arbeit wichtigen theoretischen Konzepte aus *racial capitalism* und Klimakolonialität. Dafür gehe ich zunächst genauer auf Farhana Sultanas Konzept der Klimakolonialität und Malcom Ferdinands daran anschließenden Überlegungen zu einer (de)kolonialen Ökologie ein. Dabei stelle ich heraus, dass Klimagerechtigkeit bedeuten muss, die ökologische Krise ausgehend von kolonialen Ungerechtigkeiten zu adressieren. Den zweiten Teil des Theoriekapitels bildet die Beschäftigung mit dem Konzept *racial capitalism*. Darauf folgt im dritten Kapitel eine kurze Beschreibung des methodologischen Vorgehens, die sich auch einigen Reflektionsanstößen widmet: Wie lässt sich über ein derartiges Ungerechtigkeitsverhältnis aus meiner Perspektive Wissen produzieren? Im vierten Kapitel wird der Grundstein für ein technisches Verständnis der Analyse der GCF-Programme gelegt. Wer sind wichtige Akteure in der Klimafinanzierung, welche Finanzierungsarten gibt es noch neben dem GCF und wie funktioniert die Geldvergabe über den GCF? Das fünfte Kapitel ist ebenfalls als notwendiges Vorwissen für die Analyse und Diskussion zu verstehen. Hier befasse ich mich genauer, aber angesichts des begrenzten Platzes in dieser Arbeit immer noch sehr verkürzt, mit Jamaikas Kolonialgeschichte und

den Herausforderungen auf der Insel angesichts der Klimakrise. Dabei erweitere ich meinen räumlichen Fokus auch kurz auf die Bedeutung von Klimagerechtigkeit in der gesamten Karibik. Im sechsten Kapitel erfolgt anschließend die Beschreibung der GCF-Projekte, von denen Jamaika Teil ist. Die darauf basierenden Beobachtungen diskutiere ich im siebten Kapitel zunächst mit Blick auf ihre Relevanz für Transformation und anschließend in Verbindung zu den Theorien von *racial capitalism* und Klimakolonialität, bevor ich im Schluss Überlegungen für Ansatzpunkte zur Dekolonisierung von Klimafinanzierung vorstelle.

2. Ungerechtigkeitsverhältnisse in Klimapolitik und Kapitalismus theoretisieren

1990 veröffentlichte das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) seinen ersten Report, der vor den katastrophalen Folgen einer Erderhitzung warnte. Mit der Etablierung der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) im Jahr 1992 wurde erstmals ein internationaler Rahmen für die Verhandlungen von Klimapolitik gesetzt. Seit den 1980er Jahren sind zahlreiche soziale Bewegungen für Klimaschutz und Umweltgerechtigkeit entstanden, die Umweltschutz immer wieder auf die politische Agenda gerückt haben, einzelne Megaprojekte verhindern oder verzögern konnten und ein globales Netz von widerständigen Beziehungen geknüpft haben. Angefangenen bei der Entstehung der Umweltgerechtigkeitsbewegung in den frühen 1980ern in den USA, über große NGOs wie Greenpeace, den Widerstand indigener Landverteidiger:innen (wie beim Protest gegen die Dakota Access Pipeline), bis hin zu jüngeren Bewegungen wie Fridays for Future, Ende Gelände oder Extinction Rebellion. Dennoch sind die Emissionen von Treibhausgasen in den letzten 35 Jahren weiter angestiegen, das Artensterben hat sich beschleunigt und statt auf 1,5 Grad Erderwärmung steuert die Welt gerade eher auf 2,6 - 3,1 Grad zu (UNEP, 2024). Für dieses Versagen gibt es zahlreiche Erklärungen vom institutionellen Design internationaler Klimapolitik, über die Lobby der fossilen Industrie, Militarismus und Geopolitik, das Setzen auf Marktmechanismen, globale Ungleichheit bis hin zur fehlenden Vorstellungskraft für alternative Gesellschaftsformen (vgl. Stoddard et al., 2021).

Aus dekolonialer Perspektive wird jedoch insbesondere an soziale Bewegungen immer wieder die solidarische Kritik gerichtet, das zugrundeliegende Problem falsch zu konzeptionalisieren, indem die ökologische Krise getrennt von Rassismus und Kolonialismus betrachtet wird (vgl. Ferdinand, 2022; Pulido, 2017). Laura Pulido (2017) zufolge resultiert daraus, dass dem Fortwirken von vergangener rassistischer Gewalt zu wenig Aufmerksamkeit zuteil wird und dass sich an den Staat als neutralen Akteur gewandt wird, obwohl dieser rassistische Gewalt aktiv duldet. Malcom Ferdinand (2022) kritisiert, dass Umweltbewegung und antikoloniale Bewegungen dadurch meist getrennt voneinander agierten, was er auch *double fracture* (doppelte Fraktur) nennt. Um diese Fraktur zu überwinden und tatsächlich Fortschritte in einer sozial-ökologischen Transformation zu machen, müsse sich die Konzeptionalisierung dahingehend ändern, dass dekoloniale Forderungen im Zentrum der ökologischen Krise stehen (Ferdinand, 2022, S. 9).

Im Folgenden zeichne ich zunächst diese Argumente nach, um zu einem veränderten Problembewusstsein beizutragen, mit welchem verständlich wird, wie Kolonialismus, Versklavung, Plantagen und Rassismus mit der ökologischen Krise zusammenhängen. Dabei

gehe ich insbesondere auf den von Farhana Sultana (2022) geprägten Begriff der Klimakolonialität (*climate coloniality*) und auf Malcom Ferdinands (2022) Konzept der kolonialen Ökologie und damit zusammenhängend des kolonialen Bewohnens der Erde (engl: *colonial inhabitation of the earth*) ein. Anschließend wende ich mich dem von Cedric J. Robinson maßgeblich geprägten Konzept des *racial capitalism* (im Folgenden auch: rassistischer Kapitalismus) zu, um nachzuvollziehen wie Rassismus als strukturierende Logik im Kapitalismus wirkt. Dabei werde ich basierend auf dem ersten Unterkapitel rassistischen Kapitalismus auch explizit von seiner ökologischen Dimension aus denken. Im letzten Teil dieses Kapitels reflektiere ich anschließend kurz, welche Implikationen Klimakolonialität und die rassistische Strukturierung des Kapitalismus für Ansätze von Wiedergutmachung und Reparation haben.

2.1. Klimakolonialität und koloniale Ökologie

In der Nacht des 29. April 1991 traf einer der tödlichsten Zyklone Bangladesch. Schätzungen zufolge verloren über 67.000 Menschen ihr Leben als dabei knapp zehn Meter hohe Wellen für drei bis vier Stunden die Küsten Bangladeschs trafen und fast alles zerstörten. Farhana Sultana beschreibt in ihrem Aufsatz *The unbearable heaviness of climate coloniality* (2022) die mit der Katastrophe kommende Sorge um ihre Familie und Freund:innen und um jene, die von Stürmen und Fluten ertränkt werden, deren Trinkwasser versalzt oder deren Land von den Ozeanen verschluckt wird. Die konstante Sorge, das gemeinsame Trauma, Trauer und die Wut darüber, dass Regierungen und die globale Gemeinschaft nicht genug tun, beschreibt Sultana als verkörpertes Gefühl gegenwärtiger Klimapolitik. Diese gelebte Erfahrung bildet den Ausgangspunkt für ihre Theoretisierung der Klimakolonialität, in der, so beschreibt sie, ehemals kolonisierte und rassifizierte Menschen immer noch kolonisiert sind, „aber dieses Mal durch Klimawandel, die Entwicklungsindustrie und Globalisierung“ (Sultana, 2022, S. 2, Übers. d. A.). Dabei verweist Sultana auf Fanon, der in seinem Buch „Black Skin, White Masks“ Kolonisierung als Beziehung der Inferiorität beschreibt (Fanon, 2002). Sultana greift dies auf und beschreibt „kolonisiert zu werden bedeutet, dazu gebracht zu werden, sich weniger [Wert] als [ein Gegenüber] zu fühlen“ (Sultana, 2022, S. 3, Übers. d. A.)¹⁰, um deutlich zu machen, dass die koloniale Erfahrung als Set von emotionalen Affekten in die Körper rassifizierter Menschen eingeschrieben ist, und diese auf unendlich viele Arten und Weisen verfolgen kann – auch durch die Klimakrise. Es sind die (in die Körper der Rassifizierten eingeschriebenen) Geschichten und Erfahrungen von transatlantischer Versklavung und kolonialer Eroberung, die „das ökologische Unwetter in einen wahrhaftigen kolonialen Sturm“ verwandeln, schreibt auch Malcom Ferdinand in seinem 2022 erschienen Buch „Decolonial Ecology

¹⁰ Sultana benennt an dieser Stelle nicht, welchen Bezugspunkt das Gefühl der Inferiorität hat. Mit dem von ihr genannten Bezug zu Fanons „Black Skin, White Masks“ lässt sich vermuten, dass primär das Gefühl, sich weniger Wert als *weiße* Menschen zu fühlen gemeint ist. Auch Sultana verweist im selben Satz darauf, dass Kolonisierung auch bedeutet „als rassifiziertes Anderes kriert zu werden“ (Sultana, 2022, S. 3, Übers. d. A.).

– Thinking from the Caribbean World“ (Ferdinand, 2022, S. 21, Übers. d. A.). Sowohl der Zyklon, der 1991 Bangladesch verwüstete, als auch Hurrikan Beryl reproduzieren Erfahrungen von kolonialer Zerstörung und *weiße* Ignoranz gegenüber Schwarzem Leben (Bauriedl, 2023). Weder Sultana noch Ferdinand verharren dabei jedoch in einer Opferrolle der Kolonisierten, sondern zentrieren Widerstand, Verbundenheit und Verwandtschaft (engl.: *kinship*), die neben Prekarität und Vulnerabilität existieren (Sultana, 2022) und die die den Ausgangspunkt für eine dekoloniale Ökologie bilden (Ferdinand, 2022).

Beide theoretisieren in ihrer Arbeit das Fortwirken von Kolonialismus durch die Klimakrise. Sultana durch den Begriff der Klimakolonialität und Ferdinand durch den Begriff der kolonialen Ökologie. Kolonialität meint dabei nach Aníbal Quijano (2000) eine spezifische Eigenschaft der globalen Machtstruktur, die durch die Eroberung der Amerikas im 15. Jahrhundert entstanden ist und bis heute fortbesteht. Die zentralen Achsen, auf welchen die Kolonialität der Macht beruht, sind die der *race* und des globalen Kapitalismus. Die Kolonialität der Macht bedeutet letztlich, dass heutige Beherrschungsmuster und Ausbeutungssysteme auf dem Fundament des Kolonialismus aufbauen und weiterhin eine Vormachtstellung Europas und Nordamerikas sichern (Quintero & Garbe, 2013).

Sultana nutzt den Ausdruck der Klimakolonialität, um zweierlei zu beschreiben: Zunächst, dass die Klimakrise „den Kolonialismus der Vergangenheit offenlegt“. Die Gewalt, die heute durch Stürme, Brände und Fluten oder durch den Hunger, der auf Dürren folgt, entsteht, reproduziert die Gewalt des Kolonialismus. Sie sind eine „Heimsuchung von Kolonialismus und Imperialismus durch die Auswirkungen der Klimakrise in der Post-Kolonie“ (Sultana, 2022, S. 3, Übers. d. A.). Der Begriff der Heimsuchung macht hier bereits deutlich, dass es dieselben Körper und Regionen sind, die historisch von der Gewalt des Kolonialismus betroffen waren und heute übermäßig die zerstörerischen Konsequenzen der Klimakatastrophe erfahren. Doch Klimakolonialität besteht nicht nur in einer Wiederholung von Gewalt, sondern, und das ist Sultanas zweiter Punkt, gleichzeitig in einer Kontinuität. Die Klimakrise an sich, die ungleiche Betroffenheit und Handlungsfähigkeit in ihr sowie die technokratischen, eurozentrischen Bearbeitungsformen der Krise sind durch den Kolonialismus mitbegründet und schreiben koloniale Machtverhältnisse fort. „Klimakolonialität wird darin deutlich, dass eurozentristische Hegemonie, Neokolonialismus, rassistischer Kapitalismus, ungleicher Konsum und militärischer Herrschaft ko-konstitutiv dafür sind, dass Klimakrisenfolgen von unterschiedlichen rassifizierten Bevölkerungen erlebt werden, die übermäßig vulnerabel und entbehrlich gemacht werden.“ (Sultana, 2022, S. 4, Übers. d. A.) Die Soziologin Mimi Sheller nutzt den Begriff Kolonialität des Klimas (engl: *coloniality of climate*), um spezifisch für die Karibik zu beschreiben, dass die besondere Betroffenheit der Karibik ein Resultat des Genozids and der indigenen Bevölkerung sowie von Versklavungs- und Plantagenökonomien in

der Region ist und dass sie sich durch neokoloniale Restrukturierungen heute noch verschlimmert (Sheller, 2025).

Sultana betont dabei, dass die Klimakolonialität sowohl in epistemischer als auch materieller Gewalt deutlich wird. Die epistemische Gewalt limitiert die Debatte um die ökologische Krise auf bestimmte hegemoniale Wissensbestände und ein koloniales Verständnis davon, was Menschsein bedeutet (Sultana, 2022, S. 6). Sultana legt bestehende Machtverhältnisse und tonangebende Narrative innerhalb von internationaler Klimapolitik als Teil von epistemischer Gewalt offen. Die Hegemonie von westlichen Narrativen eines „Klimanotstands“ und „Klimarettern“, westlichen Finanzierungsprogrammen und technischen Lösungsvorschlägen sind Zeichen einer fehlenden epistemischen Dekolonisierung (Sultana, 2022, S. 6). Das wiederholte Versagen der COPs, Fragen von Schäden und Verlusten zu adressieren und sich auf ein Ende von fossilen Brennstoffen zu einigen, sind Ergebnis einer ungleichen Repräsentation zwischen Betroffenen und Verursachern in diesen Räumen (Sultana, 2022) und einer rassistischen Ignoranz gegenüber Schwarzem Leben (Bauriedl, 2023, S. 246). Epistemische Gewalt ist auch Teil der Wissensproduktion über die Klimakrise (am prominentesten ist hier der IPCC-Bericht als wissenschaftliche Referenz internationaler Klimapolitik). Diese Wissensproduktion ist von einer *weißen* Vorherrschaft geprägt. So war z.B. 2020 die Hauptquelle für Wissen über die Effekte der Klimakrise in Small Islands Developing States (SIDS) wissenschaftliche Publikationen aus dem Globalen Norden (S. Robinson, 2020). So werden relevante Wissensformen und Expertisen abgewertet und ausgeschlossen. Die Maßnahmen, die von internationalen Governance-Strukturen durchgesetzt werden, entstehen unter dem Wirken von epistemischer Gewalt (westliche Narrative, ungleiche Repräsentation, ausschließende Wissensformen und -produktion) und formen anschließend materielle Konsequenzen.

Die materielle Gewalt der Kolonialität der Klimakrise drückt sich in kolonialen Logiken von Extraktivismus, Vertreibung und Enteignung, andauernder ökologischer Zerstörung, geopfertem Zonen (engl.: *sacrificed zones*) und ungleichem ökologischem Tausch aus, die allesamt geographisch ungleich verteilt sind (Sultana, 2022). Geopferte Zonen, sind Orte, die durch Umweltverschmutzung, wie Kontaminierung von Wasser oder Boden, und zunehmend auch durch Klimakrisenfolgen, wie Dürren oder Meeresspiegelanstieg, unbewohnbar werden. Diese befinden sich überwiegend in ehemals kolonisierten Gebieten und/oder sind von den Nachfahren von Versklavten oder indigener Bevölkerung bewohnt (Rice et al., 2022). Extraktivismus und damit einhergehende Vertreibung und Enteignung finden oft im Namen einer „grünen Transformation“ statt. Staaten im Globalen Norden sichern sich wichtige Ressourcen für eine Dekarbonisierung auf Kosten von Bevölkerungen im Süden. Beispiele dafür sind Lithium aus Chile, Argentinien und Bolivien oder Kapazitäten zur Wasserstoff-Produktion in Namibia. Damit setzten sie koloniale Ausbeutungsmuster fort. Zu diesen kolonialen Mustern gehört nicht nur der gerade beschriebene „grüne“ Extraktivismus, sondern auch ein Koh-

lenstoffkolonialismus, bei dem Klimaschutzmaßnahmen zur Kohlenstoffbindung (z.B. durch das Aufforstungsprogramm REDD+) in den Globalen Süden ausgelagert werden (engl.: *carbon offsetting*).¹¹ Klimaschutz, der koloniale Ausbeutungsmuster fortsetzt, ist laut Malcom Ferdinand Teil einer kolonialen Ökologie (Ferdinand, 2022).

Malcom Ferdinands Theorie einer (de)kolonialen Ökologie liegt in seinen Erfahrungen in ökologischen und antikolonialen Bewegungen als aus Martinique stammender in London und Paris arbeitender Philosoph und Umweltingenieur begründet (Palumbo-Liu, 2025). Seine Arbeit kann als radikale Alternative zu „der Art und Weise auf die wir gelernt haben, aktiven Protest gegen Angriffe auf die Umwelt zu theoretisieren und durchzuführen“ (Vorwort von Angela Y. Davis in Ferdinand, 2022, S. xv) gelesen werden. Der Ausgangspunkt von Ferdinands Arbeit ist die Beobachtung einer *doppelten Fraktur*. Diese besteht in der Unfähigkeit, die ökologische Fraktur einerseits und die koloniale Fraktur andererseits zusammen zu denken. Die ökologische Fraktur besteht in der Trennung von binär imaginierten Kategorien wie Mensch und Natur. Sie ist auch in den von Sultana als epistemologische Gewalt benannten hegemonialen Wissensbeständen präsent. Dort taucht sie z.B. als Vision der Beherrschung von Natur durch (menschengemachte) Technik, die Quantifizierung von Vulnerabilität und Ökosystemdienstleistungen sowie darauf aufbauende Marktlogiken auf. Sie ist aber nicht nur in der dominanten Bearbeitungsform der Klimakrise präsent, sondern auch die Ermöglichungsbedingung für die Ausbeutung von Natur, die zur ökologischen Krise führt. Der Begriff des Anthropozäns (vgl. Crutzen & Stoermer, 2000) beschreibt die Konsequenzen dieser Fraktur: der Menschen ist zur geologischen Kraft geworden, welche die Erde langfristig verändert hat. Gleichzeitig wird am Begriff des Anthropozäns deutlich, dass eine horizontale Homogenisierung innerhalb der ökologischen Fraktur stattfindet, es wird ohne zu differenzieren von „dem Menschen“ gesprochen (Ferdinand, 2022, S. 4). Damit verbreitet der Begriff eine Erzählung, welche die koloniale Vergangenheit und die aus ihr entstandene koloniale Fraktur, die Menschen und Orte in Kolonisierte und Kolonisierende unterscheidet, unsichtbar macht. Die koloniale Fraktur ordnet die Leben und Orte der (ehemals) Kolonisierten dem Kolonisierenden als *weißen Mann*, seinen hegemonialen Narrativen und seinen Begehren unter (Ferdinand, 2022, S. 6f).

Mit Blick auf ökologische und antikoloniale Bewegungen betont Ferdinand, dass die Schwierigkeit die ökologische und koloniale Fraktur zusammen zu denken nicht in beiden Bewegungen gleichermaßen besteht. Ökologische Kämpfe (im Globalen Norden) bearbeiten die Folgen der ökologischen Fraktur oft, während sie über die kolonialen Kontinuitäten und Rassismen innerhalb der Genealogie der ökologischen Denktradition weiter schweigen. So

¹¹ Sowohl *carbon offsetting* generell, als auch das REDD+ Programm spezifisch, sind dabei ein Ergebnis markt-basierten Klimaschutzes und eng verbunden damit finanztechnische Instrumente einzusetzen, um die Klimakrise regierbar zu machen, mehr dazu in Kapitel 4.

entsteht eine koloniale Ökologie. Von dieser geht epistemische Gewalt aus, weil das Fortbestehen von Kolonialisierung und Versklavung in ihr versteckt bleiben und so die koloniale Fraktur vertieft wird. In der Bewegungspraxis hat das zur Folge, dass dort, wo „kolonisierten Anderen“ eine Stimme gegeben wird, oft eine „Sympathie ohne Verbindung“ entsteht, in der die Forderungen des Anderen anerkannt werden, aber die materiellen, ökonomischen und politischen Verbindungen zu den eigenen ökologischen Forderungen nicht thematisiert werden (Ferdinand, 2022, S. 9). Das sät berechtigtes Misstrauen in antikolonialen und anti-rassistischen Kämpfen gegenüber ökologischen Bewegungen, welche in Folge riskieren, ökologische Kämpfe zu vernachlässigen (Ferdinand, 2022, S. 11).

Klimaschutzmaßnahmen, die aus einer kolonialen Ökologie heraus entstehen, vertiefen die koloniale Fraktur. Zwei Beispiele dafür beschreibt Ferdinand auf Haiti und Puerto Rico. In beiden Fällen wurde der lokalen Bevölkerung die Nutzung von bzw. der Zugang zu ihrem Land im Namen des Naturschutzes untersagt. Auf Haiti wurde Kleinbäuer:innen die Nutzung von Wäldern aufgrund eines Aufforstungsprogramms untersagt, was in dem Versuch der gewaltsamen Vertreibung von 142 Familien und dem Tod von sechs Angehörigen der Kleinbäuer:innen endete (Ferdinand, 2022, S. 93). Auf Puerto Rico wurde die zu Puerto Rico gehörende Insel Vieques, nachdem sie von der US-Marine als militärische Test-Zone genutzt wurde, an den US Fish and Wildlife Service übergeben, um sie zum Naturschutzgebiet zu machen. Damit wurde die lokale Bevölkerung davon ausgeschlossen über ihr Land zu bestimmen und es zu nutzen (Ferdinand, 2022, S. 101ff). Beide Fallbeispiele können unter dem von den Wissenschaftler*innen James Fairhead, Melissa Leach und Ian Scoones geprägten Begriff des Green Grabbing gefasst werden (Fairhead et al., 2012). Green Grabbing beschreibt die Aneignung von Land für Klima- und Naturschutz (Fairhead et al., 2012). Dazu gehören auch Klima- und Naturschutzprojekte, mit denen Unternehmen direkt ihre CO₂ Emissionen kompensieren wollen (z.B. in Kenia, siehe Lang, 2018, für mehr Beispiele siehe die Berichte der Global Alliance Against REDD). Diese Naturschutzprojekte basieren zudem oft auf einer kolonialen Imagination des Paradies, welche Orte im Globalen Süden als absolut anders und unberührt, isoliert von der eigenen Welt imaginiert (vgl. Ferdinand, 2022, S. 100ff). Diese Fantasie wird häufig in Verbindung mit der Karibik (heute insbesondere im Zusammenhang mit Tourismus) mobilisiert. Darin wird die Existenz und Geschichte derer, die an den als Paradies imaginierten Orten leben, negiert und so Kontrolle, Aneignung und Extraktion von Wert oder Rohstoffen legitimiert.

Die Vertreibung und Extraktion, die Ferdinand als Folge einer kolonialen Ökologie beschreibt, schließen auch an die von Sultana benannten materiellen Konsequenzen von Klimakolonialität an. Ferdinand benennt konkreter, dass es die Funktion der kolonialen Ökologie ist, ein koloniales Bewohnen der Erde (engl. *colonial inhabitation of the Earth*, Ferdinand, 2022, z.B. S. 38) zu bewahren (Ferdinand, 2022, S. 115). Ferdinand erklärt die Verwendung

dieses Begriffs damit, dass mit der Kolonisierung der Amerikas gewaltvoll eine bestimmte Art und Weise die Erde zu bewohnen implementiert wurde (Ferdinand, 2022, S. 26). Ferdinand fokussiert den französischen Kolonialismus und begründet die Verwendung des Verbs „bewohnen“ weiter damit, dass französische Kolonialunternehmen es bei der Kolonisierung der Karibik zu ihrem Ziel erklärten, die Inseln bewohnbar zu machen (Ferdinand, 2022, S.26). Die Häuser der Plantagenbesitzer wurden *habitation* genannt, übersetzt etwa Wohnstätte oder Wohnung, während die Orte, an welchen Versklavte oder indigene Bevölkerung lebten, nicht so bezeichnet wurden (Ferdinand, 2022, S. 27). Diese destruktive Art und Weise die Erde zu bewohnen besteht „im Genozid an indigenen Bevölkerungen, in der Zerstörung von Ökosystemen und der Transformation von Land in einen Flickenteppich von Fabriken und Plantagen“ (Ferdinand, 2022, S. 20 f, Übers. d. A.). Die historische Phase der Kolonisierung und der bis in die Gegenwart andauernde Rassismus sind formierend für das koloniale Bewohnen, das bis heute fortbesteht (Ferdinand, 2022). Damit macht Ferdinand deutlich, dass eine historische Perspektive, die bei der Kolonisierung der Amerikas ansetzt, notwendig ist, um die ökologische Krise zu verstehen und schließt damit an Quijano an. Basierend auf dieser historischen Betrachtung formuliert Ferdinand drei Prinzipien des kolonialen Bewohnens der Erde (Ferdinand, 2022, S. 28f). Zunächst betrifft konkrete Orte, an denen die destruktive Art und Weise die Erde zu bewohnen sichtbar wird. Zum anderen wird eine hierarchische Beziehung zwischen Orten hergestellt, indem Orte an welchen das koloniale Bewohnen mit Zerstörung einhergeht, z.B. Plantagen oder Bergwerke, denen des Konsums und des Reichtums der Kolonisatoren unterordnet werden. Als das letzte Prinzip benennt Ferdinand den *othercide*, die Auslöschung des Anderen. Der *othercide* besteht in dem Versuch aller Arten und Weisen die Erde zu bewohnen, die bereits vor der Ankunft der Europäer in den Amerikas existierten, zu homogenisieren mit dem Ziel, dass am Ende nur noch die Form des kolonialen Bewohnens übrig bleibt.

Im Zentrum des kolonialen Bewohnens der Erde steht die Plantage (Ferdinand, 2022, S. 38). Mit dem Konzept der Plantage werden die Zusammenhänge zwischen ökologischer Zerstörung, einer bestimmten ökonomischen Struktur und Rassismus sowie deren historische Entstehung im Kolonialismus deutlich. Für Ferdinand beschreibt die Plantage nicht nur eine Ansammlung von Feldern, Fabriken, Unterkünften, Great House und Provision Plots (kleine Felder, auf denen Versklavte Subsistenzlandwirtschaft betreiben konnten), die die Landschaft in der Karibik parzelliert und zerstört hat und bis heute strukturiert, sondern auch eine bestimmte Beziehungskonstellation zwischen menschlichen und nicht-menschlichen Wesen. Während die Plantage bestimmte Beziehungen installiert, zerstört sie andere – insbesondere mütterliche, nährnde und pflegende Beziehungen. Dies drückt Ferdinand mit dem Ausdruck Matrized des Plantagenzeitalters (*Plantatinocene*) aus. Sowohl *othercide* als auch Matrized verweisen damit auf eine Beziehungsebene von Kolonisierung und die Auslö-

schung bestimmter Beziehungsweisen. Laut Ferdinand weist der Begriff Plantagenzeitalter auf die Historizität von globalen Umweltveränderungen hin, ohne Kolonialisierung und Versklavung als Bedingungen ihrer Globalisierung auszulöschen, und bietet so eine kolonialismuskritische Alternative zum Begriff des Anthropozäns (Ferdinand, 2022, S. 45). Auch Mimi Sheller betont, dass der Begriff des Plantagenzeitalters die Spezifität der karibischen Erfahrung von ökologischer Zerstörung fassen kann, indem die historische Erfahrung der ökologischen Zerstörung durch die Kolonisierung und Plantagenökonomien beachtet und die kausalen Zusammenhänge zwischen diesen historischen Ereignissen und der heutigen ökologischen Krise benannt werden (Sheller, 2025).

Ferdinands Gegenentwurf zur kolonialen Ökologie ist eine dekoloniale Ökologie, die Erfahrungen von Versklavten und Beziehungen von Indigenen als Ausgangspunkt nimmt. Sie setzt an der ökologischen Krise an, indem sie die koloniale Fraktur zu überwinden versucht. Der Kampf gegen die Klimakatastrophe wird zu einer Dekonstruktion des kolonialen Bewohnens. Deshalb steht das Konzept der Plantage im Zentrum einer dekolonialen Ökologie. Die Plantage verbindet bei Ferdinand eine bestimmte Form von interspezies Beziehungen (durch Monokulturen und Homogenisierung) mit patriarchaler und rassistischer Gewalt (durch versklavte Arbeit), globaler geographischer Organisation (Trennung von Produktion und Konsum) und Schwarzem Widerstand (siehe dazu auch die Kritik von Davis et al., 2019, an einer einseitigen Verwendung des Begriffs Plantagenzeitalter). Somit bildet sie einen holistischen Ausgangspunkt für eine dekoloniale Ökologie. Seit 1492 hat sich das koloniale Bewohnen der Erde globalisiert und mit ihm auch die Plantagen und Fabriken sowie rassistische und patriarchale Arbeitsorganisation (Ferdinand, 2022, S. 35). Die Plantage wird hier nicht nur als spezifische Form von Massenproduktion in der Landwirtschaft verstanden. Die Merkmale der Plantage sind auch über den Bereich der Landwirtschaft hinaus beispielsweise in Kupferminen, Ölbohrinseln oder Hotel-Resorts zu finden (vgl. Davis et al., 2019; Ferdinand, 2022; K. Perry, 2022). Diese „Permutationen der Plantage“ (Davis et al., 2019) sind zentrale Bestandteile des Kapitalismus. Inwiefern der globale Kapitalismus auf rassistische gesellschaftliche Strukturen angewiesen ist und diese reproduziert, ist Gegenstand des nächsten Unterkapitels.

2.2. Racial Capitalism

Mit dem Slogan „System Change not Climate Change“ machen Klimaaktivist:innen weltweit darauf aufmerksam, dass ein kapitalistisches, auf unendlichem Wachstum basierendes System zentrale Ursache des ökologischen Kollaps ist und eine Abkehr von diesem System notwendig ist, um Klimagerechtigkeit herzustellen. Das Mosaik von alternativen Organisationsweisen, welches unter dem Stichwort Postwachstum entsteht, um genau diese Abkehr zu erproben und umzusetzen, wächst beständig. Ferdinand legt mit seiner Zentrierung der kolonialen Fraktur jedoch einen anderen Schwerpunkt. Nicht die Abkehr von Wirtschafts-

wachstum, sondern die Überwindung der kolonialen Fraktur müsse im Zentrum einer dekolonialen Ökologie stehen. Das Konzept des rassistischen Kapitalismus verbindet diese Forderungen und zeigt, dass Kapitalismus, nicht nur auf ständiges Wirtschaftswachstum, sondern auch eine rassistisch strukturierte Gesellschaft angewiesen ist, um dieses durchsetzen zu könne. Im Folgenden möchte ich mich genauer den Verflechtungen von Rassismus und Kapitalismus widmen, die Cedric J. Robinson unter dem Stichwort *racial capitalism* theoretisiert hat. Im zweiten Teil dieses Unterkapitels stelle ich anschließend zentrale Erkenntnisse aus der Literatur um ökologische Krise und Finanzsystem in Verbindung mit rassistischem Kapitalismus dar.

Das Konzept des *racial capitalism* geht maßgeblich auf den Schwarzen Theoretiker Cedric J. Robinson und sein 1983 erschienenes Buch „Black Marxism: The Making of the Black Radical Tradition“ zurück (C. J. Robinson, 2000). Das Konzept ist zum einen ein Rahmen, um die zentrale Rolle von Rassismus, der sozialen Struktur der europäischen Feudalgesellschaft und den Kolonien und Plantagen in der Entstehungsgeschichte des Kapitalismus zu verstehen – also eine bestimmte historische und räumliche Perspektive. Zum anderen ist es ein Forschungsprogramm, welches die Zusammenhänge von Rassismus und Kapitalismus politisiert und die Produktion von rassistischer Differenz zugleich als zentrale Vorbedingung kapitalistischer Produktionsweisen und als aus der kapitalistischen Produktionsweise resultierende soziale Struktur erforscht. Beide Perspektiven machen die inhärente Verflechtung von Kapitalismus und Rassismus deutlich und weisen damit auf die Leerstellen vieler *weißer* marxistischer Theorien hin.

Der Begriff *racial capitalism* tauchte das erste Mal in der Debatte um *race* und Klasse im Kontext der Apartheid in Südafrika auf. Hier beschrieben Wissenschaftler wie Stuart Hall und Harold Wolpe mit *racial capitalism* nur den südafrikanischen Kontext (vgl. Wolpe, 1975; Hall, 1980). Ihrer Auffassung nach, war Kapitalismus nicht immer in eine rassifizierte soziale Struktur eingebettet. *Race* sei nur in einigen kapitalistischen Konstellationen eine strukturierende Komponente, die die Reproduktionsfähigkeit und Ausbeutungsfähigkeit des Kapitalismus sicherte (vgl. Al-Bulushi, 2022, S. 255). Dem widerspricht Robinsons Konzeption von *racial capitalism*. Robinson argumentiert, dass Kapitalismus *immer* rassistischer Kapitalismus ist. Dabei stützt er seine Analyse auf zwei zentrale Ausgangspunkte der Welt-System-Theorie: Die Absage an den methodischen Nationalismus und den Fokus auf das *longue durée*. Erstere legt als zentrale Einheit in der Analyse von Gesellschaft nicht den Nationalstaat zugrunde, sondern eine globale Ordnung, in welche einzelne Regionen ungleich integriert sind. Damit liegt *racial capitalism* eine konzeptionelle Grundlage zugrunde, die auch als relationale Geographie beschrieben werden kann: Räume entstehen in Relation zueinander und die Entwicklungen an Orten ermöglichen und formen sich wechselseitig (vgl. Werner, 2015). Entsprechend bezieht sich Robinson in seiner Kapitalismusanalyse auf einen globa-

len Kontext und nicht wie die *Race/Class*-Debatte auf einen nationalstaatlichen. Während sich die Ablehnung des methodischen Nationalismus also auf die räumliche Dimension auswirkt, in der sich Robinsons Theoretisierung des Kapitalismus abspielt, adressiert der zweite Punkt, der Fokus auf das *longue durée*, die Frage nach der zeitlichen Skala. Die zeitliche Skala des *longue durée* betrachtet die Strukturen und Langzeit-Trends des gesellschaftlichen Wandels. Anders als Ereignisse und Konjunkturen besteht sie über einen längeren Zeitraum fort und formt so auch die Bahnen, in denen sich kurzweiligere zeitliche Ebenen bewegen (vgl. Erklärung in Brand & Wissen, 2024). Damit knüpft die Welt-System-Theorie an das Konzept der Kolonialität an, indem der Fokus auf die strukturelle, langfristige Ebene, die heutige Krisen und Ereignisse mit hervorbringt und ihre Verläufe mitbestimmt, gelegt wird. Es wird also auf das Gewordensein heutiger Strukturen hingewiesen.

Diesen beiden grundlegenden Annahmen aus der Welt-System-Theorie folgend entwickelt Robinson eine Theorie von Kapitalismus, in der die Entstehungsgeschichte des Kapitalismus nicht auf den nationalstaatlichen Containerraum von England im 15. und 16. Jahrhundert beschränkt ist und bei der Kontinuitäten aus europäischer Feudalgesellschaft, Versklavungshandel und Plantagenökonomie betrachtet werden. Damit kritisiert er den europäischen Exzeptionalismus, welcher dem Narrativ zugrunde liegt, dass der Kapitalismus im 19. Jahrhundert in England entstanden sei und sich von dort ausgebreitet habe (Bhattacharyya, 2018; Singh, 2016, S. 28). Diese Erzählung lässt die Entwicklung der Kolonien, Plantagen, des Versklavungshandels und des Widerstands dagegen außen vor. Laut Robinson war Kapitalismus von Beginn an mit einem rassistisch strukturierten Modell von Beziehungen zu Land und Menschen verbunden. Dies schließt an Ferdinands Konzept des kolonialen Bewohnens der Erde an.

Robinson zufolge hat die rassistische Strukturierung des Kapitalismus ihren Ursprung jedoch nicht alleine in der Kolonisierung und Versklavung (C. J. Robinson, 2000, S. 9). Die Perspektive des *longue durée* aufgreifend argumentiert Robinson, dass der Rassismus seinen Ursprung in der europäischen Feudalgesellschaft nimmt (C. J. Robinson, 2000, S. 9). Der Kapitalismus entwickelte sich aus einer bestimmten mittelalterlichen europäischen Ökonomie, die bereits durch den:die unverzichtbare:n Einwander:in (engl: *indispensable immigrant*) strukturiert war (C. J. Robinson, 2000, S. 25). Iren und Slaven dienten als Versklavte. Bäuer:innen, Söldner und Bedienstete waren von anderer Ethnizität als das aufstrebende europäische Bürgertum. Diese regionalen, ethnischen und kulturellen Differenzen gingen im Zuge des Kapitalismus in rassifizierte Hierarchien über (C. J. Robinson, 2000, S. 26). Diese Differenzierung existiert im Kapitalismus neben der Homogenisierung, die Ferdinand z.B. im *othercide* ausdrückt (vgl. auch Alami & Guermond, 2023, S. 1077).

Die geschaffenen Differenzen ermöglichen Wertunterschiede (Pulido, 2017, S. 527). Diese sind essenziell, um die für den Kapitalismus charakteristische Anhäufung von Kapital,

also Akkumulation, zu ermöglichen (Melamed, 2015, S. 77). Akkumulation braucht und verursacht ungleiche Beziehungen – zwischen jenen mit und jenen ohne Produktionsmitteln, zwischen Gläubigern und Schuldnern, zwischen jenen, die Land zu ihrem Eigentum gemacht haben, und jenen, die beraubt und vertrieben wurden, zwischen jenen, die die gesundheitlichen Kosten giftiger Produktionsprozesse tragen, und jenen, die mit ihnen Gewinne machen (vgl. Melamed, 2015, S. 77). Die Rassifizierung bestimmter Körper schreibt diese ungleichen Beziehungen fest und legitimiert sie (Melamed, 2015, S. 77). Nikhil Pal Singh (2016) unterstreicht, dass es deshalb nicht ausreicht die Rolle von Versklavung und Versklavungshandel in der Entstehung des Kapitalismus als Teil der ursprünglichen Akkumulation zu betrachten.¹² Vielmehr müsse verstanden werden, dass diese Formen von Dehumanisierung und Organisation von Arbeitskraft die Form des Kapitalismus bis heute zentral formen (Singh, 2016, S. 28). Rassistische Zuschreibungen, die mit dem transatlantischen Versklavungshandel und Kolonisierung gefestigt wurden, formen bis heute „materielle, ideologische und affektive Infrastrukturen“¹³ (Singh, 2016, S. 30, Übers. d. A.). Diese Infrastrukturen begründen ungleiche Beziehungen, durch welche eine andauernde Akkumulation im Kapitalismus stattfinden kann (Singh, 2016, S. 30).

Der Matrizid des Plantationocene, also die Zerstörung sorgender Beziehungen, schließt auch an das an, was Melamed die „enteignende Gewalt [des rassistischen Kapitalismus] gegenüber kollektivem Leben an sich“ (Melamed, 2015, S. 78) nennt. Darunter versteht sie die „Produktion von sozialer Getrenntheit – das Zertrennen und Deaktivieren von Beziehungen zwischen Menschen, sowie zwischen Menschen und Natur“ (Melamed, 2015, S. 78). Die getrennten Bestandteile werden anschließend auf eine Art und Weise wieder zueinander in Beziehung gesetzt, die der Kapitalakkumulation dient. Mit Bezug auf die Abolitionistin und Geographin Ruth Wilson Gilmore beschreibt Melamed diese neue Form von Beziehung auch als Antirelationalität. Gilmore benennt diese Antirelationalität im letzten, oft nicht zitierten Halbsatz ihrer Definition von Rassismus: Die als Rassismus verstandene „extra-legale oder durch Staaten sanktionierte Gewalt, welche Gruppen-spezifische Vulnerabilitäten ausbeutet und so zu verfrühtem Tod führt, findet *in getrennten und doch eng miteinander verbundenen politischen Geographien*“ (Gilmore, 2002, S. 261, Übers. d. A., eigene Hervorhebung) statt.

¹² Eine solche verkürzte Betrachtungsweise ist laut Singh beispielsweise bei Karl Marx zu finden, der die (koloniale) Gewalt der ursprünglichen Akkumulation benennt, die Rolle von Kolonialismus und Versklavung aber nicht über die ursprüngliche Akkumulation hinaus thematisiert (Singh, 2016). Unter dem Konzept der „Andauernden Akkumulation durch Enteignung“ (Harvey, 2003) diskutieren deshalb zahlreiche Wissenschaftler:innen die fortwährende Bedeutung von Enteignung und räuberischen Beziehungen für Kapitalakkumulation (Bhattacharyya, 2018, S. vgl.; Byrd et al., 2018; Singh, 2016). Diese Diskussion hier abzubilden geht über den Rahmen dieser Arbeit hinaus.

¹³ Insbesondere materielle und affektive Infrastrukturen greife ich an späterer Stelle nochmal auf. Mit affektiven Infrastrukturen meine ich die Produktion von Emotionen, die oft unbewusst entlang von bestimmten sozialisierten Stereotypen stattfindet z.B. Angst gegenüber Schwarzen/rassifizierten Männern, Ruhe und Entspannung bei Paradies-Imaginationen.

Diese Trennung und anschließend veränderte Relationalität ordnet und diszipliniert Körper und konstruiert so die Randgruppen, die im Kapitalismus als das notwendige ‚Andere‘ dienen (Bhattacharyya, 2018, S. 26f). ‚Das Andere‘ wird im Kapitalismus als Gegenstück gebraucht, um jene Differenz herzustellen, durch die anschließende Akkumulation funktioniert. Nur in Bezug auf nicht-weiße Gruppen erhält beispielsweise *Weißsein* seinen relativ gesehen höheren Wert im kapitalistischen System (Pulido, 2017, S. 527). Den konstruierten Gruppen wird eine bestimmte ökonomische Position zugeschrieben. Während *Weißsein* mit Eigentum assoziiert wird, werden rassifizierte Subjekte mit „entwertetem Land, degradiertes Arbeit, permanenter Verschuldung und Entbehrlichkeit“ assoziiert (Singh, 2016, S. 31, Übers. d. A.). Ähnlich beschreibt Lisa Lowe, dass „Kapitalismus durch rassistische und koloniale Projekte operiert, welche bestimmte Regionen für die Produktion, andere zur Vernachlässigung, bestimmte Bevölkerungen zur Ausbeutung, wieder andere zur Entbehrung definieren“ (Lowe, 2015, S. 150, Übers. d. A.).

Racial capitalism als analytische Perspektive in der sozialwissenschaftlichen Forschung ernst zu nehmen heißt in den Blick zu nehmen, die Konstellationen sozialer Differenzierungen, die für kapitalistische Wertschöpfung produktiv gemacht werden. Wie diese rassifizierten Hierarchien aussehen, wer dadurch ausbeutbarer wird, wer als wertlos konstruiert wird, verändert sich (Bhattacharyya, 2018). *Racial capitalism* als analytischer Rahmen macht dabei sowohl eine Perspektive des *longue durée* und der relationalen Geographie stark, als auch die Frage danach, welche Hierarchisierungen auf der Ebene von Körpern stattfinden. Im Folgenden möchte ich jeweils skizzenhaft beleuchten, wie *racial capitalism* bereits als analytische Perspektive zum Betrachten der ökologischen Krise bzw. von Finanzstrukturen genutzt wird. Den Abschnitt zu Finanzstrukturen beginne ich mit einer kurzen Einleitung zu kritischer Finanzgeographie und einigen Begriffserklärungen, um den Grundstein für dieses Thema in der vorliegenden Arbeit zu legen.

2.2.1. *Racial capitalism* und Ökologische Krise

Die Verwendung von *racial capitalism* als Perspektive auf die Klimakrise überschneidet sich in vielen Punkten mit der Betrachtung von Kolonialität und Klimakrise. Wissenschaftler:innen heben in diesem Zusammenhang die politische Dimension von Vulnerabilität hervor und betonen, dass „[der] globale Temperaturanstieg und seine Konsequenzen für Menschen im Globalen Süden eine politische Frage sind und über die Diskussionen von ‚Klimawandel‘ hinaus im Kontext von Ungleichheiten, die durch *racial capitalism* produziert wurden, verstanden werden müssen“ (Vergès, 2017, Übers. d. A.). Sie schließen auch an die oben bereits erwähnten dekolonialen Kritiken des Begriffs Anthropozän an, indem sie darauf hinweisen, dass es ein rassistischer Kapitalismus ist, der die ökologische Krise verursacht (Gonzales, 2020; Vergès, 2017). An die Konzepte von Klimakolonialität und kolonialer Ökologie anschließend, wird auch ein grüner *racial capitalism* beschrieben, in dem Klimaschutz

rassistische und extraktive Praktiken reproduziert (Gonzales, 2020; K. K. Perry & Sealey-Huggins, 2023). Keston K. Perry und Leon Sealey-Huggins (2023) beschreiben, dass im *racial capitalism* angesichts der ökologischen Krise eine *weiße Erlösungsmacht* (engl.: *white redemptive power*) kreiert wird. Diese basiert auf Machtpositionen, die Akteure aus dem Globalen Norden in internationalen Finanzinstitutionen und multilateralen Regierungsinstitutionen durch ihre Wirtschaftsmacht im *racial capitalism* innehaben (K. K. Perry & Sealey-Huggins, 2023). Diese „Erlösung“ versprechende Klimapolitik setzt insbesondere durch Finanzierungsinstrumente kapitalistische Expansion fort und festigt so rassistische Strukturen (K. K. Perry, 2021b; K. K. Perry & Sealey-Huggins, 2023).

Im *racial capitalism* dienen rassifizierte Hierarchien nicht nur zur Ausbeutung von Arbeitskraft und Aneignung von Ressourcen, sondern auch zur Auslagerung von ökologischen Kosten (Pulido, 2017). Alle drei Aspekte sind eng miteinander verknüpft. Das Beispiel des giftigen Pestizids Chlordecone auf den Bananenplantagen Martiniques und Guadeloupes macht dies deutlich. Die Plantagen befinden sich auf Land, das von den französischen Kolonisatoren im 17. Jahrhundert geraubt wurde (Aneignung von Ressourcen), und werden mehrheitlich von der Minderheit der *weißen* Béké Gemeinschaft betrieben. Die Arbeiter:innen sind mehrheitlich die Nachfahren verschleppter und versklavter Afrikaner:innen und produzieren unter prekären Bedingungen für den Export nach Frankreich (Ausbeutung von Arbeitskraft). Von 1972 bis 1993 waren sie es, die ein Sechstel der globalen Chlordecone-Menge auf den Plantagen ohne Schutzkleidung ausbringen mussten, obwohl die vergiftende Wirkung von Chlordecone bekannt war. Das Gift hat ihre Körper und die lokalen Ökosysteme kontaminiert, nicht aber die Bananen, die weiter gewinnbringend exportiert werden konnten (Auslagerung von Kosten).¹⁴

Die Ignoranz gegenüber Schwarzem Leben, die im Beispiel von Chlordecone offenbar wird, ist Teil von Klimakolonialität (vgl. Bauriedl, 2023 und Kapitel 2.1 in dieser Arbeit) und wird auch im Zusammenhang von *racial capitalism* und ökologischer Krise als zentraler Punkt diskutiert (Bhattacharyya, 2018; Gonzales, 2020; K. K. Perry & Sealey-Huggins, 2023). Angesichts der ökologischen Krise stellt *racial capitalism* nicht mehr (nur) Mechanismen zur Differenzierung bereit, die der Gewinnmaximierung dienen, sondern auch jene Prozesse, die angesichts von Knappheit differenzieren, wessen relative Privilegien durch Klimaschutz- und -anpassungsmaßnahmen gesichert und Existenzgrundlage erhalten wird und wer entbehrlich ist (Bhattacharyya, 2018, S. 31). Diese Entbehrlichmachung von Körpern im

¹⁴ Bei 92% der Bevölkerung wurden Spuren des Gifts im Blut nachgewiesen (Whewell, 2020). Im menschlichen Körper löst ein kontinuierlicher Kontakt mit dem Gift „eine höhere Gefahr von Frühgeburten, negative Beeinträchtigung von kognitiver und motorischer Entwicklung im frühen Kindesalter und größere Wahrscheinlichkeit für Auftreten und Rückkehr von Prostatakrebs aus“ (Ferdinand, 2022, S. 109, Übers. d. A.). Da sich das Gift vor allem im Boden ablagert, sind besonders Fischerei und der Anbau von Wurzelgemüse zur Subsistenzlandwirtschaft von der Vergiftung betroffen, die Bananenpflanze aber nicht.

Kontext der Klimakrise wird von Farhana Sultana als Teil von epistemologischer Klimakolonialität beschrieben. Malcom Ferdinand beschreibt diese Differenzierung und Entbehrlichmachung angesichts der Klimakrise auch mit der Metapher der „Boarding-Politik der Arche Noah“ (Ferdinand, 2022, S. 78, Übers. d. A.). Der Begriff der Boarding-Politik verweist auf die sozialen und politischen Strukturen, die bestimmen, wer an Bord gehen darf und wer in der Flut zurückgelassen wird (Ferdinand, 2022, S. 78). Diese Strukturen sind im *racial capitalism* von rassistischen Hierarchisierungen geprägt. Insbesondere Sultana verweist auf das Register von Emotionen, welches mit dieser Zuschreibung von Entbehrlichkeit einhergeht. Sultana hebt hervor, dass das Betrachten von *racial capitalism* und Klimakolonialität nicht zur „abstrakten Analyse der Rassifizierung von Differenz [werden darf], sondern die lokalen, verkörperten, materiellen und gelebten Erfahrungen wissender Subjekte [berücksichtigen muss]“ (Sultana, 2022, S. 4, Übers. d. A.). Diese Beachtung ist mir in dieser Arbeit nur in sehr begrenztem Maß möglich (vgl. Kapitel 5 dazu). Deshalb muss diese Arbeit als inhärent unvollständig betrachtet werden und kann nur ein Ansatzpunkt sein, um lokale Erfahrungen in der Karibik mit Klimakrise und -finanzierung besser zu verstehen und mit Forderungen zu Klimafinanzierung im Globalen Norden zu verknüpfen, um eine Sympathie mit Verbindung zu ermöglichen (vgl. Ferdinand, 2022, S. 9).

Die Konstruktion von Entbehrlichkeit wird dabei insbesondere im Zusammenhang mit Extremwetterereignissen thematisiert (vgl. Bonilla, 2020; K. K. Perry & Sealey-Huggins, 2023), aber auch im Zusammenhang mit langsamer fortschreitender Gewalt (Nixon, 2011) bspw. durch den Meeresspiegelanstieg (vgl. Gonzales, 2020; Weatherill, 2023). Diese Ereignisse werden in hegemonialen Diskursen als „gewöhnlich“ (*ordinary*) dargestellt, wenn sie im Globalen Süden auftreten. Damit werden fehlende Katastrophenschutz-Vorkehrungen und unzureichende Katastrophenhilfe (z.B. im Fall von Hurrikan Maria auf Puerto Rico, siehe Bonilla, 2020) entpolitisiert und Anstrengungen Extremwetterereignisse weniger tödlich zu machen erschwert. Dabei verweisen die Autor:innen immer wieder auf Unterschiede im Umgang mit Extremwetterereignissen und Klimakrisenfolgen: Die seit über 40 Jahren andauernden Dürre in Somalia, die diesjährigen Fluten in Nigeria und die immer noch fortwährenden Folgen der Fluten in Pakistan werden von Medien im Globalen Norden kaum thematisiert (vgl. K. K. Perry & Sealey-Huggins, 2023, S. 3). Diese ungleiche Behandlung ist nur möglich, weil Bevölkerungsgruppen entbehrlich gemacht werden. Ihr Schutz und Überleben hat in der Gleichung eines *racial capitalism* keinen Wert. Was Ferdinand den kolonialen Hurrikan nennt (siehe Kapitel 1), bezeichnet Yarimar Bonilla als Kolonialität von Desastern (Bonilla, 2020). Beide machen deutlich: Desaster sind sozial produziert, Ergebnis eines *racial capitalism*, oder einer „rassistisch-kolonialen Regierungsweise“ (Bonilla, 2020, S. 1), in der bestimmte Körper abgewertet und entbehrlich gemacht werden. Jamaikas Katastrophenanleihen zeigen

darüber hinaus, dass diese sozial produzierten Desaster zu Profitmöglichkeiten für Investor:innen werden können und so Ungleichheiten verschärfen.

2.2.2. *Racial capitalism* und Finanzsystem

Wenn jeder Kapitalismus rassistischer Kapitalismus ist, findet internationale Klimafinanzierung innerhalb eines rassistischen Kapitalismus statt. Um auch für die folgende Analyse und Diskussion von GCF-Projekten auf Jamaika zu verstehen, welche Sichtweisen zum einen eine geographische Perspektive und zum anderen das Konzept des *racial capitalism* auf das Finanzsystem ermöglicht, skizziere ich hier zunächst Grundlagen der kritischen Finanzgeographie, bevor ich kurz auf die historischen Verflechtungen von Kolonialismus und Finanzsystem eingehe und im letzten Teil die Verflechtungen von rassistischen Differenzierungen von Bevölkerungsgruppen und Regionen und dem Finanzsystem bespreche.

Eine geographische Perspektive auf das Finanzsystem kann insbesondere dazu beitragen, dem Bereich der Finanzen seine „autopoetische“ Abstraktion zu nehmen und ihn in einen (materielle, räumlichen) Kontext zu setzen (J. Hartman & Kear, 2021, S. 317). Hartman und Kear (2021) definieren den Bereich der Finanzen¹⁵ dabei als eine „sich fortwährend vergrößernde Menge von Technologien (Kredite, Anleihen, Aktien, Derivate, Versicherungen, Sicherheiten, etc.) und Anordnungen, um mit Distanzen zwischen Nah und Fern, Gegenwart und Zukunft, dem Vertrauten und Angezweifelten, dem Spekulativen und Realisierten, dem Sicherem und Unsicheren umzugehen und sie zu schließen.“ (S. 318, Übers. d. A.). Weiterhin nennen sie vier Charakteristika der kritischen Finanzgeographie (J. Hartman & Kear, 2021, S. 318ff). Erstens ist die kritische Finanzgeographie reflexiv. Das heißt einerseits, dass das Finanzsystem Räume produziert, indem es räumliche Verhältnisse neu ordnet, und dass andererseits die Spezifika des Raums immer in das Finanzsystem eingeschrieben sind und Raum somit das Finanzsystem formt. Zweitens wird das Finanzsystem eingebettet in makroökonomische Strukturen verstanden – das Finanzsystem ist nicht ohne die Muster von Kapitalakkumulation, Kolonialismus, *weißer* Vorherrschaft und westlicher Hegemonie zu verstehen. Zusammengenommen verweisen diese beiden ersten Charakteristika bereits auf die inhärente Verknüpfung von *racial capitalism* und Finanzsystem. Drittens sind die Beziehungen, durch die das Finanzsystem Räume produziert und Räume sich in das Finanzsystem einschreiben, nicht nur zwischenmenschliche, sondern enthalten menschliche und nicht-menschliche Bestandteile. Dabei spielen beispielsweise CO₂-Emissionen genauso wie bedrohte Arten, Hurrikans oder Niederschlagsmuster eine Rolle. Zuletzt, als viertes Charakte-

¹⁵ Die Definition von Hartman und Kear bezieht sich auf das englische Wort *Finance*. Ich verwende in dieser Arbeit den Begriff Finanzsystem und fasse darunter zusätzlich zu den von Hartman und Kear beschriebenen Technologien, Akteure (wie Banken oder Kapitalverwalter), rechtliche Regelungen (z.B. die Finanztransaktionssteuer) und politische Programme (wie z.B. auf der vierten Konferenz für Entwicklungsfinanzierung in Sevilla 2025 festgelegte Ziele).

ristikum, sind die Ansätze kritischer Finanzgeographie von den Implikationen, die das Finanzsystem für soziale und ökologische Gerechtigkeit hat, inspiriert.

Ein zentraler Begriff in dieser Arbeit ist der der Finanzialisierung. Finanzialisierung bedeutet zunächst, dass der Finanzsektor im Verhältnis zu produktiven Sektoren (Handel und Gewerbe) dominanter wird und immer mehr Wert durch Finanzaktivitäten entsteht (Krippner, 2004). Seit den 1970er Jahren wird Finanzialisierung auch vielfach genutzt, um ein neues Akkumulationsregime zu beschreiben (Danewid, 2025, S. 4). Folgt man allerdings der *longue durée* Analyse des italienischen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlers Giovanni Arrighi ist Finanzialisierung kein neues Phänomen, welches erst mit dem Neoliberalismus auftritt. Dieser beschreibt in seinem Buch „The Long Twentieth Century“, dass Finanzialisierung ein wiederkehrendes Phänomen im kapitalistischen System ist, welches in Momenten der Krise und der Stagnation materiellen Wachstums auftritt (Arrighi, 1994). Arrighi analysiert, wie wirtschaftliche Eliten in Genua, den Niederlanden, Großbritannien und den USA in wirtschaftlichen Krisenmomenten ihr Kapital von der materiellen Wirtschaft in die Finanzwirtschaft verlagerten (Arrighi, 1994). Während Arrighi damit eine zeitliche Perspektive einnimmt, welche der *longue-durée* Perspektive von Robison ähnlich ist, und auch einen räumlichen Fokus vertritt, der globale Machtverhältnisse beachtet, lässt er die Rolle des Kolonialismus und rassistischer Ausbeutung als konstitutives Merkmal dieser Machtverhältnisse weitestgehend unbeachtet (Danewid, 2025, S. 5).

Ida Danewid hingegen verweist in ihrem Aufsatz *Invisible Hands of Empire* auf die zentrale, wechselseitige Beziehung zwischen rassistischen Strukturen und dem Finanzsystem. Eine Perspektive von *racial capitalism*, so Danewid, „legt Rassifizierung als eines der Kernelemente des globalen Finanzsystems offen“ (Danewid, 2025, S. 3, Übers. d. A.). Das Finanzsystem agiert als „unsichtbare Hand des Imperiums“, indem es die Ausweitung kolonialer Herrschaft vorantreibt und rassistische Strukturen stabilisiert (Danewid, 2025, S. 3, Übers. d. A.). Ohne immenses Finanzkapital und eigens dafür entwickelte Finanzinstrumente wären die Eroberung von Kolonien, Plantagenökonomien und der Versklavungshandel nicht möglich gewesen. Nur durch das Zusammenlegen privater Gläubiger konnten kostenintensive und risikoreiche Unternehmungen, wie die sogenannten „Entdeckungsfahrten“ oder transatlantische Versklavungsfahrten unternommen werden. Es waren Banken, die es Plantagenbesitzern in den USA ermöglichten, durch Kredite finanzierte, immense Investitionen in den Kauf von versklavten Menschen zu machen (B. G. Jones, 2012). Dabei wurden die versklavten Menschen oft als Hypothekensicherheit¹⁶ für private Banken genutzt (Beckels, 2013, S. 140). Das schrieb die Reduktion menschlichen Lebens auf einen finanziellen Wert als Res-

¹⁶ Eine Hypothekensicherheit ist eine Art Pfand für einen Kredit. Die Hypothek ist im Besitz des Schuldners. Kommt es zu einem Zahlungsausfall, darf der Gläubiger die Hypothek verkaufen und so den Verlust des Zahlungsausfalls kompensieren.

source weiter fest und festigte so rassistische Strukturen. Mit dem Ende der Versklavung setzten sich private Banken erbittert für Entschädigungszahlungen für den „Verlust“ der „Hypotheken“ ein und wurden im Fall von Großbritannien vom Staat in Millionenhöhe entschädigt (Beckels, 2013, S. 140). Somit wirkten Hypothekensicherheiten als Finanzinstrument, das den Reichtum von privaten Profiteuren der Plantagenwirtschaft absicherte. Auch heute funktioniert das Finanzsystem noch als Motor kolonialer Unterdrückung (vgl. Hudson, 2018). Ein eindringliches Beispiel dafür ist das internationale Staatsschuldensystem (siehe Kapitel 2.3 und Debt Justice, 2023).

Das Finanzsystem hat nicht nur die Kolonisierung geprägt, sondern kolonial und rassistisch strukturierte Gesellschaften haben auch das Finanzsystem geprägt. Darin besteht die wechselseitige Beziehung zwischen den beiden. Koloniale und rassistische Strukturen haben und bringen heute auch immer noch das Design bestimmter Finanzinstrumente hervor: Der immense Bedarf an Investitionen und das hohe Risiko bei Investitionen in Versklavungshandel, Kolonisierung und Plantagenökonomie brachten Aktiengesellschaften und Versicherungsinstrumente hervor (Danewid, 2025). Diese sind bis heute zentrale Elemente im Finanzsystem – auch in der Klimafinanzierung (vgl. die Katastrophenschutzanleihen als Versicherungsinstrument). Auch heute gibt es zahlreiche Praktiken im Finanzsystem, die auf der rassistischen Strukturierung der Gesellschaft beruhen (vgl. predatory lending in Chakravartty & Silva, 2012).

Ilias Alami und Vincent Guermond (2023) betrachten genauer, wie rassistische Stereotype bei transnationalen Investitionen und digitaler finanzieller Integration in Staaten des Globalen Südens bestimmte Praktiken hervorbringen und legitimieren. Als zentrale Analysekategorie stellt sich die Produktion von Investierbarkeit (engl. *investability*) heraus. Damit beziehen sich die beiden Autoren auf die Arbeit von Lisa Tilley (2021). Die Produktion von Investierbarkeit ist laut Tilley eine diskursive Konstruktion, die das politische Ziel verfolgt, Orte als „rentable [engl.: *viabile*] Orte für private ausländische Investitionen“ (Tilley, 2021, S. 11, Übers. d. A.) zu konstruieren. Dabei bleibt die Produktion von Investierbarkeit kein rein auf der diskursiven Ebene verortetes Projekt, sondern geht mit internen Restrukturierungen in Richtung einer Liberalisierung an den Orten des Globalen Südens einher (Tilley, 2021, S. 3f). Tilley zeichnet am Beispiel von Indonesien nach, wie der Diskurs von Schwellenländern (*emerging markets*) zur Produktion einer Investierbarkeit geführt hat, mit der extraktive und rassistische Strukturen fortgeschrieben wurden. Tilley argumentiert, dass eine erste Integration Indonesiens als *investierbarer* Ort in das globale Wirtschaftssystem bereits im frühen 19. Jahrhundert stattfand – bereits damals floss europäisches Kapital systematisch ins sogenannte „Niederländische Ostasien“, um Profite und Extraktion von Rohstoffen durchzusetzen (Tilley, 2021, S. 5). Diese Integration in das globale Wirtschaftssystem wurde nach der Unabhängigkeit Indonesiens durch das politische Projekt des Non-Aligned Movement auf der

Bandung-Konferenz 1955 in Indonesien herausgefordert. Unter dem Stichwort „Dritte Welt“ formierte sich damals ein Solidaritätsbewegung formal dekolonisierter Staaten, deren Ziel es war sich von wirtschaftlichen Abhängigkeiten zu entkoppeln und eine selbstbestimmte Entwicklung durchzusetzen. Tilley kommt zu dem Schluss, dass der Begriff der *emerging markets* letztlich in genau dieser spezifischen historischen Situation entstand, in der es das Interesse von Investor:innen war, die einst emanzipatorische Idee (und zugleich den Begriff) der „Dritten Welt“ zu verdrängen und diese Orte als Orte wieder/weiterhin als Orte untergeordneter Hierarchie und billiger Ressourcenextraktion in die Weltwirtschaftsordnung einzubinden (Tilley, 2021, S. 15).

Alami und Guermond (2023) identifizieren in ihrer Studie drei Stellen, an denen bei der Produktion von Investierbarkeit rassifizierte Differenz mobilisiert wird. Erstens wird fehlender oder Missmanagement von finanziellem Handlungsspielraum als ein Entwicklungsproblem gedeutet. Armut ist in diesem Narrativ eine Konsequenz von einem mangelhaften Zugang zu (privaten) externen Finanzierungsquellen (Alami & Guermond, 2023, S. 1082). Entsprechend ermöglicht Entwicklungspolitik Investitionsmöglichkeiten für Investor:innen aus dem Globalen Norden. Erklärungen für den diagnostizierten mangelhaften Zugang zu Finanzierungsquellen beruhen auf rassistischen Stereotypen von finanzieller Unfähigkeit und Infantilisierung. Sie blenden durch den Kolonialismus entstandene strukturelle Ungleichheiten aus und verstärken diese. Als Antwort darauf entsteht ein Paternalismus auf Seiten der Geldgeber. Diese behaupten von sich Bevölkerungen und Unternehmen im Globalen Süden „über Finanzierung aufklären und ihnen eine klare Idee davon geben [zu müssen], wie sie ihr Leben zu leben haben“ (Interview mit einem Direktor eines führenden FinTech Unternehmens in Westafrika, zitiert in Alami & Guermond, 2023, S. 1083, Übers. d. A.). Diese Argumentation rechtfertigt schließlich die Ausweitung und Vertiefung von kapitalistischen Beziehungen.

Zweitens benennen Alami und Guermond die Konstruktion eines:r idealtypischen finanziellen Empfängers:in als rassistisch strukturierten Vorgang. Auf der Ebene von Staaten ist dies das „gut-regierte Entwicklungsland“, auf der Ebene des Individuums der*die rationale, gewinnorientierte Unternehmer:in. Beide entstehen aus einer eurozentrischen und rassifizierten Vorstellung von Wirtschaft, Entwicklung und Produktivität, welche „das westliche Modell“ (von wirtschaftlicher, kultureller und politischer Organisation) universalisiert und als hierarchisch überlegenen Standard präsentiert. Diese Narrative üben epistemische Gewalt aus, indem sie die Organisationsformen des Globalen Nordens als Norm setzen und andere abwerten (Alami & Guermond, 2023, S. 1086). Das bedeutet in den Worten eines Vertreters des südafrikanischen Finanzministeriums zufolge, dass Kreditwürdigkeit zu demonstrieren, eigentlich immer bedeutet, „einen gewissen Grad von Liberalisierung zu demonstrieren“ (Interview zitiert in Alami & Guermond, 2023, S. 1087). Rassifizierte Hierarchien erfüllen in diesen Verhältnissen zwei Funktionen: Zum einen legitimieren sie eine extrem ungleiche Verteilung

lung von Investitionen über verschiedene Regionen und Bevölkerungsgruppen hinweg (Alami & Guermond, 2023, S. 1087). Zum anderen legitimieren sie das Aufzwingen bestimmter finanzieller und markt-basierter Reformen im Namen von (finanzieller) „Entwicklung“ (Alami & Guermond, 2023, S. 1087).

Drittens wird bei der Produktion von abstrakten Risiken und der Legitimierung von Überwachung, Disziplinierung sowie Extraktion im internationalen Finanzsystem rassifizierte Differenz mobilisiert. Grundlegend besteht aus der Perspektive von Investor:innen das Risiko, dass der Wert von Vermögensanlagen in Zukunft sinkt und Investor:innen so Verluste machen. Diese Unsicherheit ist zentrales Element des Risikomanagements, welches im Finanzsektor zahlreiche Akteure beschäftigt und eine ganze Palette an Instrumenten beinhaltet. Risiken zu managen und zu überwachen erfordert es sie miteinander vergleichbar zu machen und auf berechenbare Formeln zu reduzieren (Sotiropoulos, 2013, S. 3). Dieser Prozess ist auf die Produktion von Wissen, Diskursen und Imaginationen von verschiedensten Akteuren, wie der Wirtschafts- und Finanzmagazinen, Finanzdienstleistern oder Mikrofinanzinstitutionen angewiesen (Alami & Guermond, 2023, S. 1089). Innerhalb dieses Systems ist die Konstruktion und Bewertung von Risiken an Orten der *financial frontier* „tief verankert in rassifizierten Regimen von Begehren und Affekten“ (Alami & Guermond, 2023, S. 1089, Übers. d. A.). Finanzielle Diskurse und Wissen werden hauptsächlich von Akteuren in den finanziellen Zentren der Welt produziert. Diese sind größtenteils im Globalen Norden, beispielsweise in London, New York, Hong Kong, Frankfurt am Main, Amsterdam oder Genf. Sie reproduzieren dabei oft koloniale Fantasien von Entdeckern, Exotik und Wildnis. Der Globale Süden wird hier zur verkörperten Andersheit und Investor:innen zu *weißen* Retter:innen oder zivilisierenden Kräften. Diese Imaginationen haben materielle Konsequenzen und rechtfertigen die Durchsetzung von höheren Kreditkosten, Anwendung von experimentellen Finanzmechanismen oder die Forderungen nach *de-risking*-Maßnahmen, bei denen der Staat regulatorische oder finanzielle Maßnahmen ergreift, um das Risiko für private Investor:innen zu reduzieren (Alami & Guermond, 2023, S. 1091)

Insgesamt ist in der Beschreibung von Klimakolonialität, kolonialer Ökologie und rassistischem Kapitalismus deutlich geworden, dass die ökologische Krise auch eine *racial justice crisis* ist (United Nations Human Rights Office of the High Commissioner, 2022). Die Treiber der Krise liegen auch in einem rassistischen Kapitalismus und einem kolonialen Bewohnen der Erde. Darüber hinaus zeigen die Konzepte der Klimakolonialität und kolonialen Ökologie auf, dass Klimakrisenfolgen und Klimapolitik koloniale Unterdrückungsmuster und rassistische Hierarchisierungen fortsetzen. Diese Fortsetzung von Ungerechtigkeiten durch Klimapolitik ist die Ausgangsbedingung für das Argument des Philosophen Olúfémi O. Táíwò. Táíwò argumentiert, dass „jedes ernstgemeinte Reparationsprojekt [...] auf Klimagerechtigkeit fokussiert sein muss“ (Táíwò, 2022, S. 157, Übers. d. A.), da „die Möglichkeit Gerechtig-

keit in unseren Zeiten herzustellen, von unseren Antworten auf die Klimakrise abhängig ist“ (Táíwò, 2022, S. 158, Übers. d. A.). Wie in der Einleitung bereits betont, bildet die Frage nach reparativer Gerechtigkeit für diese Arbeit eher einen Horizont als einen zentralen Bestandteil. Gerade bei Fragen von Finanzierung und Verantwortung für Klimakrisenschäden bildet der Diskurs um Reparation jedoch einen wichtigen Hintergrund. Ziel des folgenden und letzten Unterkapitels ist es deshalb, spezifisch mit Blick auf ökologische Krise aktuelle Diskussionen um Reparation kurz zu skizzieren. Ich konzentriere mich insbesondere auf Táíwòs konkrete Vorschläge für ein „Überdenken von Reparationen“ (*Reconsidering Reparations*) angesichts der Klimakrise und das Konzept von Klimaschuld und Klimareparation. Mit Blick auf eine zum größten Teil über Kredite bereitgestellte Klimafinanzierung (Zagema et al., 2023) ist es auch das Ziel des nächsten Unterkapitels ein Verständnis für die Diskussion, wer eigentlich wem etwas schuldet, zu schaffen.

2.3. Reparative Gerechtigkeit

Olúfémí O. Táíwò rekonstruiert am Beispiel von Hurrikan Katrina 2005 in Louisiana wie Klim ungerechtigkeiten mit kolonialen Kontinuitäten zusammenhängen. Katrina traf als Hurrikan der Stufe 5 auf die Deiche in Louisiana an der Süd-Ost-Küste der USA, die aus „Kostengründen“ nur für Hurrikans der Stufe 3 gebaut wurden. Der Hurrikan kostete 1.392 Menschen das Leben und hinterließ über 200.000 zerstörte Häuser (Knabb et al., 2023). Katrina machte intersektionale Diskriminierungen verstärkt sichtbar: Vor allem Schwarze, arme, behinderte und ältere Menschen konnten ihre Häuser in Folge der Katastrophenwarnung schlechter verlassen. Die überwiegend Schwarzen Gefangenen eines Gefängnisses wurden über Tage ohne Essen und zeitweise bis zur Brust in giftigem Wasser stehend in einem leerstehenden Lagergebäude gefangen gehalten. *Weiß*e Hausbesitzer:innen wurden mit höheren Summen entschädigt, da ihr Eigentum auf einen höheren Wert geschätzt wurde. Die Stadt New Orleans in Louisiana war besonders stark betroffen. Ein Drittel der Schwarzen Bevölkerung war 2021 immer noch nicht in die Stadt zurückgekehrt. Viele der von Táíwò vorgebrachten Erklärungen und Argumente dieser Verflechtungen von Kolonialismus, Rassismus und Klimakrise sind auch in den Arbeiten von Sultana und Ferdinand zu finden. Táíwò hebt dabei jedoch stärker als die beiden anderen hervor, dass diese Verflechtungen auch Konsequenzen für reparative Gerechtigkeit haben.

Táíwò benennt die durch den Kolonialismus und transatlantischen Versklavungshandel geprägte politische und ökonomische Ordnung als globales rassistisches Empire (engl: *Global Racial Empire*). In diesem werden soziale Vor- und Nachteile durch historisch gewachsene Infrastrukturen ungleich verteilt. Als soziale Vorteile benennt Táíwò Geld, Güter, Wissen und Technologie (Táíwò, 2022, S. 25). Schulden, Umweltverschmutzung und Wissenslücken (engl.: *knowledge gaps*) benennt Táíwò wiederum als soziale Nachteile (Táíwò, 2022, S. 25). Beide Aufzählungen bleiben bei Táíwò abstrakt. Sie dienen somit weniger der präzisen Ana-

lyse bestimmter Mechanismen, sondern eher dem Abstecken eines konzeptionellen Rahmens, innerhalb dessen sich Táíwòs Theorie von Reparation bewegt. Reparation versteht Táíwò als Neugestaltung der historisch gewachsenen Infrastrukturen hin zu einer gerechten Verteilung der genannten Vorteile und Nachteile und damit einem Überwinden des Globalen Rassistischen Empires (Táíwò, 2022, S. 20). Dabei bleibt Táíwò zunächst vage und versteht Reparation als umfangendes politisches Projekt, welches konstruktiv ist, in dem Sinne, dass es eine Neuordnung des Weltsystems beinhaltet. Diese Neuordnung orientiert sich an Verteilungsgerechtigkeit. Die Frage danach, was gerecht verteilt sein muss, beantwortet Táíwò damit, dass jede:r gleichermaßen die Fähigkeit dazu haben sollte, die eigene biologische Existenz, ökonomische Macht und politische Handlungsfähigkeit zu erhalten (Táíwò, 2022, S. 102). Die konzeptuelle Konkretisierung dieses Reparationsbegriffs und seine Abgrenzung gegenüber anderen Reparationsbegriffen und insbesondere auch gegenüber breiteren Gerechtigkeitserfordernissen gehen über den Umfang dieser Arbeit hinaus und sind auch bei Táíwò selbst nicht immer trennscharf zu erkennen. Táíwòs Theoretisierung von Reparation findet außerdem in einem US-amerikanischen, d.h. einem siedlerkolonialen, Kontext statt und bezieht sich an einigen Stellen auch explizit auf diesen. An dieser Stelle dient Táíwòs Theorie von Reparationen insbesondere dazu, die Verbindung zwischen anticolonialer Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit bei Maßnahmen hervorzuheben, die darauf abzielen für vergangene Ungerechtigkeiten Schadensersatz zu leisten – sei es für koloniale Gewalt und Plünderung oder für den historischen Ausstoß von Treibhausgasemissionen.

Hurrikan Katrina verdeutlicht einerseits, dass innerhalb eines globalen rassistischen Empires keine Klimagerechtigkeit möglich ist, und andererseits, dass Klimakrisenfolgen die ungleichen rassistischen Strukturen des globalen Empires vertiefen. Táíwò schlussfolgert daraus, dass jedes ernst gemeinte Projekt für Reparationen sich auf Klimagerechtigkeit fokussieren muss (Táíwò, 2022, S. 157). Nimmt man die schon in den Theorien von Sultana und Ferdinand formulierte dekoloniale Kritik an Klimagerechtigkeit hinzu, dass Klimagerechtigkeit an der Überwindung des globalen, rassistischen Empires ansetzen muss, lässt sich schlussfolgern, dass Klimaschutz- und -anpassung auch Reparationen für Kolonialismus und Versklavung beinhalten sollten. Damit besteht eine doppelte Relation zwischen Reparationsprojekten und Klimagerechtigkeit: Reparation ist nicht ohne Klimagerechtigkeit zu denken und Klimagerechtigkeit nicht ohne Reparation. Dies ist eine radikale Schlussfolgerung aus dem Zusammenbringen der bisher diskutierten Theorien. Auch Sheller (2025) plädiert dafür Reparation für Versklavung und Kolonisierung mit Maßnahmen für Klimagerechtigkeit und Zahlungen für Schäden und Verluste zu verbinden. So argumentiert sie beispielsweise konkret dafür, dass Momente des Wiederaufbaus nach Katastrophenereignissen dafür genutzt werden, „das breitere Projekt aufzunehmen die Basis der globalen Ökonomie und des rassistischen Kapitalismus selbst neu zu konstruieren“ (Sheller, 2025, S. 37, Übers. d. A.). Mit der

Neukonstruktion meint Sheller hier dekoloniale Vision, nicht eine Wiederholung und ein Festigen der kolonialen Strukturen. Damit schließt auch sie an Táíwòs Theorie der konstruktivistischen Perspektive auf Reparation an.

Táíwò macht konkrete Vorschläge zu Zielen und Taktiken für ein Reparationsprojekt dieser Art. Ein erstes Ziel von Reparation besteht in „bedingungslosen Geldauszahlungen“ an alle Menschen, beispielsweise in Form von einem Grundeinkommen (Táíwò, 2022, S. 174, Übers. d. A.). Táíwò spezifiziert hierbei nicht genauer, wie genau ein solches Grundeinkommen organisiert sein soll. Stattdessen steht im Fokus, dass eine solche Maßnahme direkt die Verteilung von Geld beeinflussen würde. Außerdem verweist er auf den Vorschlag des Wissenschaftlers und Organizers Dorian Warren, der vorschlägt ein Grundeinkommen für alle und extra Ausgleichszahlungen für African-Americans einzuführen (Warren, 2017). Als zweites Ziel nennt Táíwò die Finanzierung und Umsetzung von Klimaschutz und -anpassung und von Schäden und Verlusten. Hierbei müssen allerdings bestehende Ungleichheiten mitgedacht werden und der ungleichen Verteilung von Betroffenheit von Klimakrisenfolgen, Möglichkeit zu Schutz und historischen Emissionen Rechnung getragen werden (Táíwò, 2022, S. 176f). Táíwò verweist auf das Climate Equity Reference Project, welches „faire Beiträge“ berechnet, die auf (historischer) „Verantwortung“, d.h. kumulativen Treibhausgasemissionen, und (finanzieller) „Kapazität“, d.h. der Fähigkeit finanzielle Ressourcen zu mobilisieren, während die Bedürfnisse für ökonomischen und sozialen Entwicklung miteinbezogen werden, beruhen (Táíwò, 2022, S. 177; Holz et al., 2019). Bei der Umsetzung von Klimaschutz und -anpassung geht es darum, wer wo Treibhausgasausstoß, Landübernutzung oder andere umweltschädliche Aktivitäten reduziert. Als Schritt in eine Richtung einer internationalen Infrastruktur, innerhalb derer eine faire Finanzierung stattfinden kann, nennt Táíwò auch explizit den GCF (Táíwò, 2022, S. 177). Das macht deutlich, dass der GCF Teil von reparativen Maßnahmen sein kann. Inwiefern der GCF jedoch tatsächlich zu einer gerechten Verteilung von Vor- und Nachteilen und zu Reparation beiträgt, ist Gegenstand dieser Arbeit. Als weitere Ziele für Reparationen nennt Táíwò die Auflösung und Verhinderung von Steuerparadiesen und eine gemeinschaftliche Kontrolle über öffentliche Infrastruktur (Táíwò, 2022). Taktiken, um diese Ziele zu verfolgen, sind die Deinvestition von fossilen Infrastrukturen, das Hinwirken auf eine auf soziale Gerechtigkeit ausgerichtete gemeinschaftliche Wissensproduktion und basisdemokratische Entscheidungsfindungen, bei denen marginalisierte Stimmen einbezogen werden (Táíwò, 2022).

Táíwòs Begriff von Reparation geht also weit über reine finanzielle Ausgleichszahlungen hinaus. Finanzielle Ausgleichszahlungen sind nur eine Form von Reparation. Dennoch kann auch der GCF als Finanzinfrastruktur zu den anderen Zielen und Taktiken in Beziehung gesetzt werden, indem hinterfragt wird, inwiefern der GCF die Erreichung der anderen Ziele begünstigt oder erschwert und inwiefern er insgesamt zu einer gerechteren Verteilung von

Vor- und Nachteilen beiträgt. Im Folgenden gehe ich nochmal genauer auf die Fragen von finanzieller Reparation angesichts der Klimakrise ein. „Klimareparationen“, so die Autor:innen des Berichts *Was Deutschland Kamerun schuldet: Über die Notwendigkeit von Klimareparation*, „umfassen Strategien und Maßnahmen, die von Staaten, supranationalen Strukturen oder großen Unternehmen ergriffen werden, um vergangene und gegenwärtige systemische Ungerechtigkeiten im Zusammenhang mit der Klimakrise auszugleichen.“ (Mfochivé et al., 2025, S. 15) Die moralische Verpflichtung zu Klimareparationen wird dabei zunächst aus einer bestehenden Klimaschuld (vgl. Warlenius, 2018) abgeleitet. Diese resultiert aus einem übermäßigen Ausstoß von Treibhausgasen im Globalen Nordens. Nach Hickel (2020) hat der Globale Norden 92% der Treibhausgasemissionen verursacht, die für das Überschreiten der planetaren Grenzen verantwortlich sind. Damit sind die Länder des Globalen Nordens Hauptverursacher der Klimakrise, unter der insbesondere Staaten leiden, die weniger zu deren Verursachung beigetragen haben. Zudem hat der Globale Norden 70% seines Wirtschaftswachstums dadurch erreicht, dass er mehr als seinen fairen Anteil der atmosphärischen Kohlenstoffsенке in Anspruch genommen hat (Fanning & Hickel, 2023). Die Staaten des Globalen Nordens schulden daher – im moralisch aufgeladenen Sinn des Wortes – besonders betroffenen Staaten Unterstützung im Umgang mit der Klimakrise.

Hinzukommt, dass der stark eingeschränkte finanzielle Handlungsspielraum von Staaten des Globalen Südens Investitionen in Klimaschutz und -anpassung stark limitiert. Diese eingeschränkte Handlungsspielraum ist vor allem Ergebnis eines hierarchisch organisierten Weltwirtschaftssystems ist, dessen Wurzeln im Kolonialismus liegen (vgl. Bhambra, 2021). In diesem Wirtschaftssystem sind die meisten Staaten des Globalen Südens finanziell hoch verschuldet und abhängig von ihren Schuldnern, die vor allem aus dem Globalen Norden und zusätzlich zunehmend auch China kommen (erlassjahr.de & misereor, 2025). Dies kann Staaten des Globalen Südens dazu zwingen, Schulddienste an den Globalen Norden höher zu priorisieren als den Schutz der eigenen Bevölkerung vor Klimakrisenfolgen.

In dem bereits zitierten Bericht zu Klimareparation für Kamerun legen die Autor:innen zudem dar, wie die deutsche Kolonialherrschaft in Kamerun die derzeitige Klimavulnerabilität Kameruns mitverursacht hat, und argumentiert basierend auf diesem Zusammenhang sowie der Klimaschuld der Industrieländer dafür, dass Deutschland finanzielle Entschädigung an Kamerun als Teil von Klimareparationen zahlt (Mfochivé et al., 2025). Für die Berechnung der Höhe dieser finanziellen Entschädigung schlagen die Autor:innen eine Methode vor, die sich an den sozialen Kosten von CO₂ (Social Cost of Carbon, SCC), den Bevölkerungszahlen von Deutschland und Kamerun und den deutschen Emissionen orientiert. Allerdings ist diese Ausgleichszahlung nicht der einzige Teil von Klimareparation. Hinzu kommen strukturelle Maßnahmen, wie die Streichung der Staatsschulden, welche ein Schritt in Richtung eines gerechteren Finanz- und Wirtschaftssystems sind. Mit ihrem Vorschlag der Klimarepara-

tionen schließen die Autor:innen an eine breitere Debatte an, die dafür plädiert Reparationen für koloniale Gewalt und deren Fortwirken mit der ökologischen Krise zusammen zu denken und Klimaschutz und -anpassung entsprechend als Reparation zu sehen (vgl. Happel et al., 2024; Táíwò, 2022).

Insgesamt machen die Betrachtung von Klimaschuld und kolonialer Schuld deutlich: Der Globale Norden steht in der Schuld des Globalen Südens und nicht andersherum. Trotzdem wurden 2020 mehr als dreiviertel der internationalen Klimafinanzierung, die als Teil des (damals noch) 100-Milliarden-Ziels vergeben wurden, als Kredite vom Norden an den Süden vergeben (Zagama et al., 2023). Die finanzielle Verschuldung des Globalen Südens bedeutet angesichts von stärker und häufiger werdenden Extremwetterereignissen auch weniger finanziellen Handlungsspielraum zum Reagieren auf Katastrophen: Nachdem der karibische Inselstaat Antigua und Barbuda 2017 von Hurrikan Irma getroffen wurde und sich die geschätzte Summe der Schäden auf 152 Millionen USD belief, forderte der Internationale Währungsfonds (IWF) trotzdem am Tag nach Irma die Einhaltung einer Zinsrückzahlungsfrist von 3 Millionen USD (K. Perry, 2022, S. 3). Diese Verdrehung historischer Klimaschuld und finanziellen Schulden ist eine zentrale Beobachtung für Arbeiten wie diese, die sich kritisch mit dem internationalen Finanzsystem auseinandersetzen.

3. Methodisches Vorgehen im Kontext postkolonialer Wissensproduktion

Dass *weiße* Wissenschaftler:innen über die Karibik schreiben und die Karibik so zum Raum machen, aus dem Wissen extrahiert wird, ist Teil von Kolonialität (Baptiste & Robinson, 2023, S. 556; Robinson, 2020). April Karen Baptiste und Stacy-ann Robinson (2020) nennen diese Wissenschaftler:innen „Fallschirm“-Wissenschaftler:innen – ohne Bezug zu lokal verankerten Wissenssystemen und Expertisen, wie mit einem Fallschirm zufällig in der Karibik gelandet, extrahieren diese Wissen und verlassen den Ort anschließend wieder. Um diese Arbeit möglichst nicht zu einer Reproduktion dieses Musters zu machen, versuche ich klar zu benennen, auf welche Art und Weise hier Wissen produziert wird, was diese Arbeit damit leisten kann und was nicht.

Der empirische Teil dieser Arbeit besteht aus einer Analyse und Systematisierung von GCF-Projekten mit (angestrebter) Beteiligung Jamaikas. Wie genau die Beteiligung Jamaikas aussieht und ob sie tatsächlich zustande kommt, ist dabei von Projekt zu Projekt unterschiedlich. Einige Projekte benennen bereits konkrete Partnerinstitutionen auf Jamaika und konkrete Maßnahmen. Für andere wird im Projektantrag lediglich mit einem Letter of Interest der jamaikanischen Regierung, das Interesse an der Förderung des Projekts bekundet, ohne dass klar ist, ob und was auf Jamaika umgesetzt wird. Dadurch, dass die Projekte meist mehrere Staaten umfassen, erweitert sich der räumliche Fokus stellenweise auf die Karibik als Region. Diesen räumlichen Fokus habe ich dabei vor allem aus zwei Gründen gewählt: Zum einen – das wurde bereits in Kapitel 2.1 deutlich – ist die Karibik ein Raum, der zentral für die Globalisierung eines rassistischen Kapitalismus und des kolonialen Bewohnens der Erde ist. Zum anderen besteht eine Verflechtung zwischen Jamaika und Flensburg, von wo aus ich diese Arbeit verfasse. Rohrum aus Zuckerrohr von Jamaika war der Grundstoff der Flensburger Rumherstellung, nachdem 1864 Flensburgs Zugehörigkeit zum dänischen Königreich und damit der privilegierte Zugang zu den dänischen Kolonien in der Karibik für Flensburger Kaufleute endete. Insbesondere nach dem zweiten Weltkrieg konnte die Ruminindustrie in Flensburg unter anderem durch eine rassistisch-exotisierende Werbekampagne einen großen Anstieg der nationalen Nachfrage verzeichnen (Petersen, 2018). Von Flensburgs romantisiertem Selbstbild als Rum- und Zuckerstadt, lassen sich damit direkte Verbindungen zu den Zuckerrohrplantagen auf Jamaika ziehen, von dort weiter zu versklavter Arbeit Schwarzer Menschen und ökologischer Zerstörung bis zur oben beschriebenen teilweise sozial produzierten Vulnerabilität der Insel und zur ökologischen Krise, die Hurrikans verstärkt. Jamaika ist dabei anders als die drei ehemals von Dänemark kolonisierten Inseln St. Croix, St. Thomas und St. John, heute ein souveräner Staat. Die drei ehemaligen dänischen Kolonien wurden 1917 von Dänemark an die USA verkauft. Heute sind sie als US Virgin Is-

lands bekannt und gehören zum Außenterritorium der USA. Deshalb sind sie bedeutend anders in Strukturen internationaler Klimafinanzierung eingebunden als Jamaika und können beispielsweise keine Finanzierung vom GCF erhalten. Dies ist kein Spezifikum für die US Virgin Islands, sondern gilt auch für andere nicht-souveräne Inseln der Karibik, die weiter von Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden regiert werden.

Den Fokus auf den GCF habe ich gewählt, da der GCF das zentrale Instrument für Klimafinanzierung des UNFCCC ist und damit weltweit eine der wichtigsten Institutionen für internationale Klimafinanzierung. Er wurde 2009 auf der COP15 ins Leben gerufen und nahm 2013 seine Arbeit auf. Über den Fonds soll ein Großteil der internationalen Klimafinanzierung laufen, insbesondere bei der Erfüllung des 100 Milliarden und neuerdings des 300 Milliarden USD Versprechens behauptet der Fonds von sich „eine signifikante Rolle zu spielen“ (Green Climate Fund, 2025a). Auch wenn die tatsächlichen Auszahlungen bisher weit hinter den gesteckten Zielen zurückbleiben (Stand Mai 2026 hat der GCF 20,1 Milliarden USD zugesagt und 6,6 Milliarden tatsächlich ausgezahlt, Green Climate Fund, 2025h), wird der Fonds von Wissenschaftler:innen sowie NGOs und Stiftungen im Bereich Klimafinanzierung als eine der wichtigsten multinationalen Institutionen im Bereich Klimafinanzierung betrachtet – sei es aufgrund seiner institutionellen Innovationen gegenüber vorheriger Fonds (Kalinowski, 2020), sein breites Netzwerk an implementierenden Organisationen und Partnerorganisationen (Argueta & Eckstein, 2023) oder aufgrund seiner Vorreiterrolle beim Design neuer Finanzinstrumente und Bewertungstechnologien als zentraler Knotenpunkt internationaler Klimafinanzierung (Bracking, 2019). All dies macht den GCF zu einem relevanten Forschungsobjekt, um Muster und Mechanismen der internationalen Klimafinanzierung besser zu verstehen.

Das methodische Vorgehen dieser Arbeit folgt einem qualitativen, explorativen Ansatz, der zum Ziel hat Ansatzpunkte für zukünftige Forschung zu generieren und die Mechanismen des GCD im Kontext Jamaikas durch eine Perspektive von *racial capitalism* und Klimakolonialität verständlich zu machen. Diese Methodik beinhaltet als ersten Schritt eine Zusammenfassung und Betrachtung bereits existierender wissenschaftlicher Literatur zum GCF und zu internationaler Klimafinanzierung (Kapitel 4), um das Fundament der darauffolgenden Analyse zu legen. Hierbei werden insbesondere die institutionellen Rahmenbedingungen des GCF und beteiligte Akteure herausgearbeitet. Dabei nutze ich vor allem Informationen von der Website des GCF und vom GCF veröffentlichte Dokumente.

Im zweiten Schritt arbeite ich durch eine Literaturanalyse die Herausforderungen und Bedürfnisse Jamaikas im Kontext der Klimakrise heraus. Dazu nutze ich drei verschiedene Quellen: Den aktuellsten Klimaschutzplan der jamaikanischen Regierung von 2015, dieser wurde im März 2023 aktualisiert und ist das einzige, sektorübergreifende Dokument der Regierung mit einer detaillierten Analyse und Beschreibung von Klimakrisenauswirkungen und

angestrebten Klimaschutzziele. Diese Perspektive der jamaikanischen Regierung ergänze ich um lokalen Klimajournalismus von der Plattform Climate Tracker Caribbean und den von Wissenschaftler:innen an der Notre Dame Universität in Paris berechneten Vulnerabilitäts-Index von 2023. Diese drei Quellen habe ich gewählt, um verschiedene nationale und internationale institutionelle Erzählungen mit den Gegenerzählungen aus der jamaikanischen Zivilgesellschaft (durch lokalen Klimajournalismus aus den Jahren 2023 bis 2026) zu kontrastieren und zu ergänzen. Dabei bleiben gerade die lokalen Perspektiven dennoch begrenzt, weil auch die Veröffentlichungen auf der Plattform Climate Tracker als Filter wirkt (u.a. werden die Veröffentlichungen meist von Menschen mit journalistischer, medienbezogener oder akademischer Ausbildung verfasst).

Der dritte Schritt besteht aus einer Systematisierung der GCF Projekte mit angestrebter Beteiligung Jamaikas. Die empirische Grundlage dieser Arbeit bilden alle bestätigten Anträge für Finanzierungsprojekte und Anträge zur Projektvorbereitung im Zeitraum von September 2020 bis August 2025 mit (angestrebter) jamaikanischer Beteiligung, welche in der Datenbank des GCF (Green Climate Fund, 2025g) zu finden sind. Insgesamt habe ich sieben bestätigte Projektanträge und vier Anträge zur Projektvorbereitung untersucht. Dazu wurde ein Inhaltsanalyse der Dokumente vorgenommen. Ziel dabei war es, genauer zu verstehen, wohin die Gelder des GCF auf Jamaika fließen, welche Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekte damit umgesetzt werden, welche Finanzierungsinstrumente verwendet werden und welche Akteure dabei (in welcher Rolle) beteiligt sind. Die Beantwortung dieser empirischen Fragen ermöglicht es die Projekte zu systematisieren und entsprechend der leitenden Fragestellung zu erörtern, welche Funktionen bzw. Auswirkungen die verwendeten Klimafinanzierungsinstrumente für die beteiligten bzw. betroffenen Akteure haben. Für ergänzende Informationen habe ich außerdem dem GCF vorgelegte jährliche Berichte (für zwei der Finanzierungsprojekte), Websites der ausführenden Organisationen und die Berichterstattung in jamaikanischen Medien für die Analyse hinzugezogen.

Im Umgang mit den GCF-Dokumenten gab es zwei Herausforderungen: Zunächst waren Informationen im Rahmen dieser Arbeit nicht immer zugänglich. Auch auf den Websites der ausführenden Institutionen waren nicht immer konkrete Informationen öffentlich zugänglich (vgl. MUFG Bank für den GAIA Fonds). Diese Unzugänglichkeit von Informationen verschränkt sich mit einer Komplexität der in den Dokumenten genannten finanztechnischen zu sprechen Instrumente und Infrastrukturen, welche die Zugänglichkeit weiter erschwert. Während ich zum einen versucht habe, dieser Herausforderung durch ergänzende Literatur über ähnliche Finanzstrukturen auszugleichen (vgl. Appelbaum & Batt, 2014; Ouma, 2020), verstehe ich die fehlende Transparenz und Komplexität auch als Teil eines ausschließenden Mechanismus und einer Festigung von Machtbeziehungen und hierarchischen Entscheidungsstrukturen, die Teil von Klimakolonialität sind (vgl. Kapitel 7.2.1).

Die zweite Herausforderung ergibt sich daraus, dass in den Dokumenten und damit verbundenen Diskursen oft eine verschleiernde und irreführende Sprache verwendet wird, die Teil von epistemischer Gewalt ist. Ein Studieren dieser Diskurse der Mächtigen läuft Gefahr, diese Gewalt zu reproduzieren. So suggeriert das Sprechen von Vulnerabilität beispielsweise oft die Notwendigkeit eines (schützenden) Eingriffs durch stärkere Akteure (Weatherill, 2023, S. 4). Diskurse über Vulnerabilität, Desaster und Katastrophen normalisieren und entpolitisieren diese Zustände und Ereignisse (Weatherill, 2023). Der Begriff Investition suggeriert zunächst ein zuwendendes, aufbauendes Verhältnis (jemand investiert in etwas), ist im Rahmen von Nord-Süd-Beziehungen im internationalen Finanzsystem aber oft eine räuberische, ausbeutende Beziehung, in der Wert (durch Zinszahlungen oder Eigentumsansprüche) aus einer Region extrahiert wird. Ähnlich wird in den GCF-Projekten oft ausschließlich das Risiko des Kapitalverlustes für potenzielle Investor:innen genannt, während die Gefahr durch Klimakrisenfolgen ignoriert wird (vgl. Kapitel 7.1.3). Auf diese verschleiernde und irreführende Sprache versuche ich in meiner Arbeit, wo es möglich ist, aufmerksam zu machen und die dahinterliegenden Verhältnisse zu benennen. Dennoch reproduziert diese Arbeit auch unkommentiert den technokratischen Diskurs der Finanzwelt. Für diesen eine bessere Sprache zu finden, die Ungerechtigkeitsverhältnisse benennt, ist eine kollektive Aufgabe.

4. Praktiken internationaler Klimafinanzierung verstehen

Seit der Verabschiedung der UNFCCC im Jahr 1992 wurden eine Vielzahl von Fonds und Finanzierungsmechanismen entwickelt. Angefangen bei der Global Environmental Facility (1992), die als erster Finanzierungsmechanismus innerhalb der UNFCCC geschaffen wurde, bis zum GCF (2009), der seit seiner Operationalisierung zum zentralen Instrument der Verwaltung, Verteilung und Mobilisierung von Klimafinanzierung auf UN-Ebene geworden ist (Basak & Karlsson-Vinkhuyzen, 2022, S. 139). Hinzu kommen zahlreiche privat, national oder von internationalen Institutionen außerhalb der UNFCCC verwaltete Fonds für Klimafinanzierung, wie beispielsweise die Global Risk Financing Facility, die von der Weltbank verwaltet und durch Deutschland und das Vereinigte Königreich finanziert wird. Zusammen formen die Institutionen, Fonds, Geldgeber:innen und -empfänger:innen ein Netz aus verschiedenen institutionellen Knotenpunkten und Finanzierungsinstrumenten, durch welche die Geber- und Empfängerseiten in teils höchst ungleichen Beziehungen miteinander vernetzt sind. Das zentrale, dieses Netz zusammenhaltende Narrativ besteht darin, dass erfolgreicher Klimaschutz hohe Kosten hat, und noch weiter Geld mobilisiert werden muss. Dieses Narrativ findet seinen Ausdruck in der sogenannten „grünen Finanzierungslücke“ (Jones et al., 2020). Dieser Begriff beschreibt die Diskrepanz zwischen finanziellen Mitteln, die notwendig sind, um die für die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens notwendigen Maßnahmen umzusetzen, und den Mitteln, die aktuell bereitstehen. Angesichts dieser Lücke kommt Klimafinanzierung eine integrale Rolle bei der Umsetzung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen zu. Unter Klimafinanzierung sind dabei jene Finanzinstrumente zu verstehen, die Risiken der und Reaktionen auf die Klimakrise adressieren (Lai, 2025).

Die Fokussierung auf Klimafinanzierung ist jedoch nicht nur eine Reaktion auf die Finanzierungslücke, sondern folgt auch dem neoliberalen Reflex, ökologische Probleme als Marktversagen zu konstruieren und dieses Versagen durch Ausweitungen von Marktlogiken und Kommodifizierung beenden zu wollen (Hartman & Kear, 2021). Auch Bracking (2019) attestiert Klimafinanzierung eine immer größere Bedeutung im Kampf gegen die Klimakrise, was sie auch auf einen fortschreitenden Prozess der Finanzialisierung in der globalen Ökonomie generell zurückführt, durch welche Finanzinstrumente insgesamt zu einer wichtigeren Regierungstechnologie wurden. Mit dieser wachsenden Bedeutung geht auch eine Vervielfachung der involvierten Akteure und verwendeten Instrumente einher. Der folgende Abschnitt schafft zunächst einem Überblick der Akteure und Instrumente der Klimafinanzierung, bevor ich im darauf folgenden Unterkapitel genauer auf den GCF als zentralen multinationalen Akteur und Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit eingehe.

4.1. Akteure und Instrumente der Klimafinanzierungslandschaft seit 1980

Bracking (2019) beschreibt vier Phasen der Finanzialisierung von Klimapolitik, die sich überschneiden und vereinen, aber für die dennoch jeweils bestimmte Finanzierungsinstrumente charakteristisch sind, die bis heute die Klimafinanzierung bestimmen. Bracking datiert den Beginn der Finanzialisierung von Klimapolitik in den 1980er Jahren mit der Einführung von Debt-for-Nature-Swaps und dem internationalen Emissionshandel. Beide Finanzinstrumente spielen bis heute eine maßgebliche Rolle für die Klimapolitik. Mit dem Clean Development Mechanism und dem Joint Implementation Mechanism (beide Teil des Kyoto Protokolls 1997) wurde in dieser Phase der Grundstein für internationale Kohlenstoffmärkte und die Externalisierung von Klimaschutz geschaffen. In den späten 1990er Jahren setzte die zweite Phase mit der Finanzialisierung von Ökosystemdienstleistungen ein. Eines der prominentesten Beispiele ist hier das Waldschutzprogramm REDD (später REDD+). In beiden Phasen zielen die geschaffenen Mechanismen darauf ab, dass es sich für Staaten oder Unternehmen finanziell lohnt, Naturschutz umzusetzen oder Treibhausgase zu reduzieren, wenn im Gegenzug Staatsschulden zu besseren Konditionen restrukturiert (Debt-for-Nature Swaps), Schutzleistungen entlohnt (REDD+) oder größere Kompensationsgewinne erzielt (Emissionshandel) werden. Finanzierungsinstrumente aus Phase eins und zwei funktionieren als Regierungsinstrumente, die das Verhalten von relevanten Akteuren (Staaten, Unternehmen) steuern sollen. Zentrale Initiatoren dieser Phase sind entsprechend vor allem staatliche Akteure, die diese Regelungen designen, implementieren und überwachen.

In der dritten und vierten Phase verändert sich die Akteurskonstellation maßgeblich. Bracking (2019) beschreibt diese Phasen als Kapitalmarktintervention, bei der reine Kapitalmarktinstrumente, wie Anleihen¹⁷, in die Finanzialisierung von Klimapolitik Eingang finden. In der dritten Phase entwickelte sich ein globaler Markt für grüne Anleihen (Bracking, 2019, S. 712). Seit den 2000er Jahren als „grün“ bezeichnete Anleihen signalisieren Ambitionen, mit den durch die Anleihe zur Verfügung gestellten finanziellen Mitteln zur Dekarbonisierung beizutragen. Akteure sind hier nicht mehr primär Regierungen, sondern kommunale, private oder multinationale Akteure, die Anleihen auf den Markt bringen und private und institutionelle Investor:innen, die Anleihen kaufen. Während multinationale Akteure, insbesondere Entwicklungsbanken wie die Weltbank zu Beginn noch jene waren, die Anleihen emittierten (d.h. auf den Markt brachten), sind sie mittlerweile jene, die eine Schlüsselrolle bei der Investition in grüne Finanzprodukte einnehmen (Jones et al., 2020).

¹⁷ Anleihen sind Wertpapiere, durch die ein Kredit am Kapitalmarkt aufgenommen werden kann. Anleihen werden öffentlich von juristischen Personen ausgegeben (diese sind die Kreditnehmer) und können von anderen Akteuren auf dem Finanzmarkt gekauft werden (diese sind die Gläubiger). Anleihen haben i.d.R. eine feste Laufzeit und einen festen Zinssatz (Heldt & Metzger, 2018).

Die für die vierte Phase charakteristischen Finanzinstrumente sind zinstragende Vermögenswerte (engl: *interest bearing assets*) (Bracking, 2019, S. 713). Auf der Geberseite stehen damit wieder insbesondere private Investor:innen und internationale Finanzinstitutionen. Der Unterschied zur dritten Phase besteht vor allem darin, dass die Kriterien von denen Gewinn (für Investor:innen) abgeleitet wird, ein abstraktes und komplexes modelliertes Konstrukt sind und z.B. Wetter, Vulnerabilität oder Resilienz berücksichtigen (Bracking, 2019, S. 713). Im Gegensatz zu Anleihen als relativ konventionelles Verschuldungsinstrument sind die Finanzinstrumente in der vierten Phase somit eher Versicherungsinstrumente. Ein Beispiel dafür sind die in der Einleitung bereits erwähnten Katastrophenanleihen. Versicherungsinstrumente tauchten zwar schon ab den 1990ern auf dem Markt auf, werden jedoch seit den späten 2010ern im Rahmen der Finanzierung von Klimawandelschäden und Katastropheneignissen immer zahlreicher.

Nach der Weltwirtschaftskrise 2008 beschreibt die Wirtschaftswissenschaftlerin Daniel Gabor mit dem Wall Street Consensus ein Paradigma von "Entwicklung als *de-risking*", welches an den Washington Consensus¹⁸ anschließt und ihn gewissermaßen neu auflegt. *De-risking* meint dabei einen Prozess, in dem öffentliche Akteure durch finanzielle und regulatorische Maßnahmen das Risiko von finanziellem Verlust für Investor:innen verringern (Gabor, 2021, S. 6). Risiko ist so zum zentralen gemeinsamen Nenner der Bewertung in der Finanzbranche und auch in der Klimafinanzierung geworden (Bracking, 2019). Das heißt, der Wert eines Finanzproduktes bemisst sich an dessen Risiko, anders gesagt an dessen potenziellem Gewinn, Verlust und der Wahrscheinlichkeit, mit welcher diese Ereignisse eintreten. Das finanzielle Risiko für Investor:innen setzt sich dabei laut Gabor (2021) aus vier verschiedenen Bereichen zusammen: 1) dem Risiko in der Nachfrage, 2) dem Risiko, dass beispielsweise Politiken durchgesetzt werden, die Vergesellschaftung oder einen höheren Mindestlohn durchsetzen, 3) dem Risiko, dass (internationale) Klimaregulierungen die Profite der Investition verringern, und 4) dem Risiko von Währungsschwankungen.

Wenn das finanzielle Risiko von Investor:innen (im Folgenden Investitionsrisiko) im Vordergrund steht, hat das Implikationen für Entwicklungspolitik: Diese wird zu einer Art öffentlich-privater Partnerschaft, in der es darum geht, Finanzierungslücken durch Investitionen von privaten Investor:innen zu schließen und mit staatlichen Mitteln Risiko-Puffer zu kreieren, um Entwicklungsprojekte investierbar zu machen (Gabor, 2021, S. 6). Um deutlich zu ma-

¹⁸ Der Washington Consensus ist ein Bündel von wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welches im Zuge der Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise der 1980er Jahre entstand und insbesondere von IWF, Weltbank und dem US-amerikanischen Finanzministerium vorgebracht wurde. Der Washington Consensus verschrieb Sparpolitik und die Umsetzung von marktliberalen Politiken, die einen „freien Markt“ ermöglichen sollten, um aus der Verschuldungsspirale herauszukommen. Von einem Erfolg dieser Politiken kann kaum gesprochen werden: Die Staaten des Globalen Südens befinden sich im Jahr 2025 immer noch in einer kritischen Schuldenkrise (erlassjahr.de & misereor, 2025).

chen, inwiefern der Wall Street Consensus eine bestimmte Form von Transformation bedeutet, ist es hilfreich die Gegenüberstellung von einem „Green New Deal Staat“¹⁹ und einem „*de-risking* Staat“ zu betrachten (vgl. Gabor, 2021, S. 9). In einem „Green New Deal Staat“ werden Investitionen in Klimaschutz und -anpassung durch den Staat (oder nationale Entwicklungsbanken) getätigt. Diese werden durch Steuergelder oder auch den Verkauf von Staatsanleihen (also Staatsverschuldung) finanziert. In einem „*de-risking* Staat“ werden Klimaschutz und -anpassungsmaßnahmen durch internationale institutionelle Investor:innen finanziert. Die Rolle des Staates besteht darin, diese Investitionen gegen Risiken abzusichern. Um die Investitionen profitabel zu machen, müssen die umgesetzten Projekte Gewinne generieren, entweder durch die Warenproduktion oder durch die Einführung von Gebühren für die Nutzung (z.B. Ticketpflicht im Schienenverkehr). Sollten diese Gebühren zum Ausschluss der ärmeren Bevölkerungsgruppen führen, kann der „*de-risking* Staat“ Umverteilungsmaßnahmen wie ein Grundeinkommen umsetzen, um die Kaufkraft der Bevölkerung zu stärken und so die Gewinne der Investoren abzusichern. Das heißt, der Staat unterstützt die Aktivitäten von institutionellen Investor:innen auf zwei Wegen: Zum einen mit konkreten Einwilligungen die Investitionsrisiken zu minimieren oder Teile davon zu übernehmen; zum anderen indirekt durch die Sicherstellung der Zahlungsfähigen von potentiellen Kund:innen mithilfe von Umverteilungsmaßnahmen.

In der Klimafinanzierung kam im Finanzjahr 2021/2022 knapp die Hälfte der Mittel aus privaten Quellen (CPI, 2024). Diese unterscheidet der jährliche Bericht zur globalen Klimafinanzierungslandschaft der Climate Policy Initiative (CPI) in kommerzielle Finanzinstitutionen, Unternehmen und Privatpersonen (CPI, 2024). Die Summen, die jährlich weltweit für Klimafinanzierung ausgegeben werden, sind in den letzten Jahren angestiegen. So berechnet der CPI-Bericht, dass der jährliche Durchschnitt der Klimafinanzierung der Jahre 2021 und 2022 global bei 1,3 Billionen USD lag, während es noch 2018 nur 674 Milliarden USD jährlich waren (CPI, 2024). Wichtig bei dieser Darstellung ist, dass zu Klimafinanzierung alle Finanzflüsse, die in Adaption und Mitigation fließen, zählen, also auch das, was innerhalb von Industriestaaten für nationale Klimaschutzprogramme ausgegeben wird, von privaten Unternehmen sowie vom Staat selbst. Die CPI unterscheidet dabei in verschiedene Quellen (Geber), Instrumente, Zwecke und Zielregionen (Empfänger). Der Großteil der Finanzierung fand über konventionelle Verschuldungsinstrumente statt, bei denen Staaten sich zu Finanzmarktpreisen verschulden, und Kapitalinvestitionen (im CPI-Bericht *equity* genannt), bei denen Investor:innen Aktien an der Börse kaufen oder Eigenkapital im Gegenzug für Unternehmensanteile außerhalb der Börse bereitstellen (engl: *private equity*) (CPI, 2024, S. 14).

¹⁹ Auch am Green New Deal gibt es aus kolonialismuskritischer und rassismuskritischer Perspektive zahlreiche Kritiken (siehe z.B. Aji, 2018; Perry, 2021a), diese näher zu besprechen ist im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich.

Der Großteil der Mittel wurde für Klimaschutzanstrengungen verwendet. Von 2018 bis 2022 entfielen 45 % der weltweiten Klimafinanzierung auf die fortgeschrittenen Volkswirtschaften, 36 % auf China, 16 % auf die aufstrebenden Volkswirtschaften (ohne Least Developed Countries, LDCs, und China) und nur 3 % auf die LDCs (CPI, 2024, S. 13). Auf SIDS entfielen 2022 nur 0,5% der weltweiten Klimafinanzierung (CPI, 2024, S. 21). Es sind somit vor allem die industrialisierten Staaten und China und deren Ausgaben im Bereich Klimaschutz, speziell in den Sektoren Energie, Transport und Infrastruktur, die für den Anstieg der Klimafinanzierung verantwortlich sind (CPI, 2024, S. 14). Die Finanzierung von Anpassung hat sich zwar ebenfalls von 35 Milliarden US-Dollar im Jahr 2018 auf 76 Milliarden USD im Jahr 2022 verdoppelt (CPI, 2024, S. 4), dennoch bleibt diese weit hinter den eigentlich notwendigen Summen zurück. Allein in Entwicklungsländern sind Schätzungen zufolge 130 bis 415 Milliarden USD pro Jahr nötig (Global Center on Adaptation & CPI, 2024). Adaptationsanstrengungen gab es dabei vor allem im Wasser- und Abwassersektor und bei sektorübergreifenden Verwendungen, z.B. bei Policy Unterstützung, Kapazitätsaufbau und Katastrophenschutz (CPI, 2024).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Bereich Klimafinanzierung in den letzten Jahrzehnten deutlich gewachsen ist. Insbesondere die involvierten Akteure und verschiedenen Finanzinstrumente sind über den betrachteten Zeitraum von ca. 40 Jahren deutlich diverser und mit zunehmender Modellierung von abstrakten Risiken in Phase vier auch komplexer geworden. Mit Phase drei und vier zeichnet sich zudem eine immer größere Bedeutung von nicht-staatlichen Akteuren ab. Diese Entwicklung schließt auch an Daniela Gabors Beobachtungen zu einem „*de-risking* Staat“ an, in dem es zunehmend die Rolle des Staates wird, Investitionen für private Investor:innen attraktiv zu machen, indem das Risiko gesenkt wird. Ein immer größerer Fokus auf private Akteure durch Finanzprodukte, die auf dem Kapitalmarkt gehandelt werden, wird auch mit der grünen Finanzierungslücke begründet, da staatliche Mittel alleine nicht mehr ausreichen würden, um diese zu schließen. Dennoch spielen multilaterale und staatliche Akteure weiterhin eine wichtige Rolle im Bereich der Klimafinanzierung, da sie Diskurse prägen und Rahmenbedingungen festlegen können. So versteht sich der GCF beispielsweise als zentraler multilateraler Akteur, nicht nur um staatliche Mittel zu verteilen, sondern auch um privates Kapital zu mobilisieren. Der nächste Abschnitt fokussiert spezifischer den GCF als Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit.

4.2. Nord-Süd-Beziehungen im Fokus: Der Green Climate Fund

Diese Arbeit untersucht Dimensionen historisch gewachsener globaler Ungleichheiten, die sich in Klimafinanzierung widerspiegeln. Im Fokus stehen Finanzierungsprojekte, die Teil einer Nord-Süd-Beziehung sind, indem die Gelder aus dem Globalen Norden kommen und die Projekte im Globalen Süden umgesetzt werden. Der Anteil der Klimafinanzierung, wel-

cher über diese Institutionen und Infrastrukturen läuft, ist dabei verglichen mit dem Gesamtvolumen marginal: Nur 3 Milliarden US-Dollar liefen im Jahr 2021/2022 über multinationale Fonds wie den GCF oder den Adaptation Fund. Deutlich mehr, aber weiterhin im Gesamtvergleich marginal, sind die 98 Milliarden US-Dollar, die über multilaterale Entwicklungsinstitutionen liefen (CPI, 2024). Bei einer Gesamtsumme von 1,3 Billionen sind das nur ca. 0,2% bzw. 7,5%. Doch die Diskursmacht dieser Institutionen ist zentral (Bracking, 2019, S. 715). Auf internationaler Ebene durch Nationalstaaten oder UN legitimiert stellen diese Institutionen und Infrastrukturen zentrale Steuerungselemente der Klimapolitik dar. Zudem sind die Geldflüsse nicht klar voneinander zu trennen. So unterstützen Programme des GCF beispielsweise das Akquirieren von privaten Mitteln über Fonds von privaten Banken oder Kapitalverwaltern. Im Zentrum dieser Arbeit stehen die Aktivitäten des GCF als Institution für Klimafinanzierung innerhalb der UNFCCC. Im Folgenden skizziere ich seine Entstehung, Struktur und relevante Regelungen und Akteure, um das notwendige Hintergrundwissen für die daran anschließenden Beobachtungen der GCF-Projekte auf Jamaika zu vermitteln.

Der GCF wurde 2009 auf der COP15 ins Leben gerufen und nahm 2013 seine Arbeit auf. Der Fonds entstand infolge der Kritik an bereits existierenden Fonds bezüglich Intransparenz, Komplexität und Einseitigkeit in ihren Entscheidungsstrukturen (Basak & Karlsson-Vinkhuyzen, 2022). Der GCF hat in seiner Implementierung einige Innovationen gegenüber traditionellen multinationalen Finanzinstitutionen wie bspw. der Weltbank oder dem IWF, aber auch den vorherigen Klimafinanzierungsfonds, wie der Global Environmental Facility oder dem Adaptation Fund, umgesetzt. Dazu gehört vor allem die paritätische Besetzung des Vorstands aus Entwicklungs- und Industriestaaten (also Empfänger- und Geberstaaten), die Einbindung der Zivilgesellschaft und die Einbindung des privaten Sektors (Kalinowski, 2020). Zentrales Entscheidungsgremium des GCF ist das Board, welches aus 24 Mitgliedern besteht. Diese sind jeweils von den zuständigen regionalen Gruppen (vgl. United Nations Climate Change, 2025) für drei Jahre in den Vorstand berufen und müssen konsensbasierte Entscheidungen²⁰ treffen. Der GCF versucht insbesondere Gelder von Industriestaaten, die Teil der UNFCCC sind, zu mobilisieren, um dieses anschließend in Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekte in Entwicklungsländern zu investieren. Dabei können Beiträge sowohl als Zuschuss, Kapitalinvestition oder Kredit gemacht werden (Green Climate Fund, 2025k). Bisher gab es bereits drei Runden, in welchen Industrieländer Finanzierungszusagen machten: Eine initiale Runde (2014 - 2018), bei der 8,3 Milliarden USD mobilisiert wurden, und zwei Runden zur Auffüllung des Fonds. Dabei wurden 10 Milliarden USD (von 2020 bis 2022) und 12,8 Milliarden USD (2022 bis heute) angekündigt. Die angekündigten Geldbeträge kön-

²⁰ Nachdem beim 20. Vorstandstreffen 2018 zunächst über zwei Tage keine Agenda abgestimmt und anschließend keine Entscheidung getroffen werden konnte, wurde sich beim darauffolgenden Treffen darauf geeinigt, dass bei fehlendem Konsens auch eine zweidrittel Mehrheit entscheiden kann (Kalinowski, 2020).

nen sich dabei von den tatsächlich in den GCF eingezahlten Beiträgen unterscheiden. So hat Kanada beispielsweise im aktuellen Zyklus 333,7 Millionen USD angekündigt (engl.: *announced*), aber bisher nur 248,8 Millionen USD tatsächlich bestätigt (engl.: *confirmed*) (Green Climate Fund, 2025k).

Auf das Geld kann durch sogenannte akkreditierte juristische Personen bzw. Organisationen (engl.: *entity*) zugegriffen werden. Um akkreditierte Organisation des GCF zu sein, muss ein Akkreditierungsprozess durchlaufen werden, an dessen Ende eine Bestätigung durch den Vorstand steht (Green Climate Fund, 2025d). Dieser Prozess steht privaten, öffentlichen, nichtstaatlichen, subnationalen, nationalen, regionalen und internationalen Organisationen offen (Green Climate Fund, 2025d). Es gibt zwei Typen von akkreditierten Organisationen: Direct Access Entities (DAE) und International Access Entities (IAE). Erstere müssen durch die für die Region zuständigen Regierungsinstitutionen, die als Schnittstelle zum GCF sicherstellen sollen, dass Finanzierungsprojekte im Einklang mit nationalen Klimaschutzstrategien sind, nominiert werden. Dieser Schritt fällt bei internationalen Institutionen, die die Gruppe der IAEs bilden, weg. Akkreditierte Organisationen können anschließend Finanzierungsanträge für Projekte beim GCF einreichen. Die Anträge werden zunächst durch das Sekretariat auf Übereinstimmung mit dem Investitionskriterien geprüft und müssen schließlich im Vorstand bewilligt werden.

Die Investitionskriterien sind Teil des vom GCF definierten Investitionsrahmen. Dieser soll steuern, wie der Fonds seine Mittel ausgibt (Green Climate Fund, 2025b). Die Investitionskriterien sind auf der Website des GCF in sechs Stichpunkten formuliert: Wirkungspotenzial (bezogen auf die Ziele des GCF, für die Ziele siehe Green Climate Fund, 2025c), Potential für einen Paradigmenwechsel, Potential für eine nachhaltige Entwicklung, Bedarfe des Empfängerstaats, Einbindung des und Verantwortungsübertragung an den Empfängerstaat in Entwicklung und Umsetzung, sowie Effizienz und Effektivität. Während die Investitionskriterien sich insbesondere auf die vom GCF geförderten Projekte beziehen, ist der zweite Teil des Investitionsrahmens auf die Investitionspolitik bezogen und adressiert damit die Prinzipien, denen die vom GCF genutzten Finanzinstrumente entsprechen sollen (Green Climate Fund, 2025b). Darin wird beispielsweise festgelegt, dass der Fonds zum Ziel hat, weitere Co-Investor:innen für Projekte zu gewinnen. Diese können private Akteure, andere Klimafinanzierungsfonds oder Entwicklungsbanken sein. Weiterhin wird festgelegt, dass grundsätzlich konzessionäre Finanzinstrumente angeboten werden, sofern diese notwendig sind, um ein Projekt rentabel zu machen. Das heißt, dass Zuschüsse oder Kredite zu besseren Konditionen als am Kapitalmarkt (z.B. niedrigerer Zinssatz) angeboten werden. Bei Kreditvergaben wird als Kriterium auch Umsatzgenerierung und finanzielle Tragfähigkeit festgelegt. Neben dem Investitionsrahmen gibt es noch weitere Richtlinien des Fonds, welche den Zugang zu Finanzmitteln und die Implementierung von Projekten steuern sollen. Darunter sind Richtli-

nien zur Wahrung der Interessen indigener Völker (Green Climate Fund, 2018), eine Gender-Policy (Green Climate Fund, 2019b) und Richtlinien für Umwelt- und Sozialstandards (Green Climate Fund, 2021b).

Wenn der GCF-Gelder an akkreditierte Organisationen vergibt, kann er dies auf vier verschiedene Arten bzw. mit vier verschiedenen Instrumenten tun: Als Zuschuss, Kredit, Kapitalinvestition (engl.: *equity*) oder Garantie (siehe Tabelle 1). Die Instrumente werden dabei in verschiedenen Fällen angewendet und haben verschiedene Eigenschaften. Das ist in Tabelle 1 in der Spalte *Konditionen* aufgeführt. Auf welche Art und Weise Gelder in einem spezifischen Projekt fließen sollen, wird von den ausführenden Organisationen im Projektantrag bereits spezifiziert und schließlich im Finanzierungsabkommen festgelegt. Im Akkreditierungsabkommen der Organisation wird zudem festgelegt, ob die Organisation zur Weitergabe von GCF-Geldern bevollmächtigt sind, und falls ja, auf welche Arten und Weisen Gelder weitergegeben werden können.

Tabelle 1. Überblick über die vom GCF verwendeten Finanzinstrumente bei der Weitergabe von Geldern an ausführende Organisationen.*

Instrument	Logik des Instruments und Verhältnis zwischen beteiligten Akteuren <i>A = Geldgeber, B = Empfänger, C = Investor</i>	Konditionen
Zuschuss	A transferiert B einen Geldbetrag. Es gibt keine Rückzahlungspflicht für B. A kann über die Verwendung des Geldbetrags mitbestimmen.	Keine Zinsen, keine Rückzahlung, kann zweckgebunden vergeben werden. Es kann bei Zuschüssen für den Privatsektor einen Rückzahlungsvorbehalt mit individuellen Bedingungen geben (Entscheidung GCF vom 26.03.2025).
Kredit	A leiht B einen Geldbetrag, B muss den Geldbetrag inklusive Zinsen zurückzahlen. A ist in diesem Fall der Gläubiger und B der Schuldner.	Zinssätze, Laufzeit (Rückzahlungsdatum), Währung, in der zurückgezahlt werden muss Der GCF vergibt in der Regel konzessionäre Kredite, d.h. Konditionen sind günstiger als am Markt. Der GCF vergibt Kredite nur für umsatzgenerierende Aktivitäten, die finanziell tragfähig sind.
Kapitalinvestition (Private Equity)	A stellt für Bs Unternehmen Eigenkapital zur Verfügung. Damit erwirbt A Unternehmensanteile von B. Das passiert nicht über am Markt gehandelte Anteile, ist also keine Investition in Aktien. ** A ist in diesem Fall ein Investor in Bs Unternehmen.	Hauptaugenmerk der Fonds, die Kapitalinvestitionen tätigen und verwalten (Private Equity Fonds), liegt auf der Generierung von Rendite für Investor:innen. Deshalb wird in Projekte investiert, die entweder bereits stabile Umsätze generieren oder für die Wachstum und Wertsteigerung prognostiziert wird.
Garantie	A verpflichtet sich Bs Zahlungsverpflichtungen an C zu	Garantien werden vor allem zur Unterstützung von Investitionen des Privatsektors ein-

	übernehmen, falls B zahlungsunfähig ist. A sichert C also ab. Nimmt oft die Form von Sicherheitsrücklagen ein.	gesetzt, indem Risiko für private Investor:innen verringert wird.
--	---	---

* Der GCF bietet außerdem Ergebnisbasierte Zahlungen an, bei denen der GCF-Gelder für die Erzielung von CO₂-Einsparungen durch Waldschutz ausschüttet (vgl. Green Climate Fund, 2022). Diese spielen jedoch in den in dieser Arbeit beobachteten Projekten keine Rolle und sind deswegen nicht extra aufgeführt.

** Wenn der GCF-Gelder in Form von Kapitalinvestitionen vergibt, tut er dies meinen Beobachtungen zufolge, indem er als Ankerinvestor in einen Private-Equity Fonds investiert. Dieser Fonds tätigt dann Kapitalinvestitionen in Unternehmen und beteiligt den GCF an seinen Gewinnen.

Auffällig ist, dass sich Kapitalinvestitionen und Garantien von den beiden ersten Finanzinstrumenten unterscheiden. Sie sind gezielte Finanzinstrumente, um weiteres privates Kapital zu mobilisieren. Wenn der GCF-Gelder als Kapitalinvestition vergibt, bedeutet dies meist, dass diese Gelder in einen von der ausführenden Organisation verwalteten Private Equity Fonds fließen. In diesen Fonds zahlen neben dem GCF noch weitere (meist) institutionelle Investor:innen als Kapitalgeber:innen ein. Wer institutionelle Investor:innen sind, ist nicht einheitlich definiert (Ouma, 2020, S. 4). Meist sind diese keine realen Personen, sondern juristische Personen (Çelik & Isaksson, 2014). Oft verwalten diese juristischen Personen das Geld anderer Menschen, Unternehmen oder Staaten, wie beispielsweise Pensionsfonds, die von Arbeitgebern oder Rentenversicherungen betrieben werden, und agieren damit als intermediäre Investor:innen. Teilweise sind institutionelle Investor:innen aber auch Privatpersonen mit großem Vermögen, die ihr Geld über eine eigens dafür gegründete Stiftung verwalten. Institutionelle Investor:innen können also sowohl private als auch staatliche Gelder verwalten. Der Unterschied zwischen institutionellen Investor:innen und Kleinanleger:innen (also z.B. Privatpersonen, die Aktien kaufen) besteht darin, dass institutionellen Investor:innen bestimmte Finanzprodukte zur Investition offen stehen, die für Kleinanleger nicht verfügbar sind. Der Private Equity Fonds, in den der GCF gemeinsam mit anderen Investor:innen investiert, investiert dann über eine:n Fonds-Manager:in in ein Portfolio von verschiedenen Unternehmen. Die Dividenden, die an ihn fließen, verteilt er größtenteils auf die Investor:innen weiter. Der:die Fonds-Manager:in hat außerdem die Möglichkeit, Gewinne zu erzielen, indem er Kapitalanteile gewinnbringend verkauft (für genauere Funktionsweise von Private Equity Fonds siehe auch Kapitel 6 und 7).

Die Mehrheit der vom GCF vergebenen Mittel werden als Zuschuss vergeben (Amighini et al., 2022). Derzeit werden drei Viertel der vom GCF geförderten Projekte von internationalen Organisationen geplant und durchgeführt (Green Climate Fund, 2025h). Der Zugang zu Geldern über internationale Organisationen wird mitunter kritisch betrachtet. So formulieren Schäfer et al. (2014) in ihrer Analyse der Finanzierungsstruktur des Adaptation Funds auf dem afrikanischen Kontinent zwei Nachteile, die der Zugang zu Geldern über internationale Organisationen mit sich bringt. Zum einen verlangen internationale Institutionen höhere Ge-

bühren für die Projektdurchführung als nationale oder regionale Organisationen (Schäfer et al., 2014, S. 18). Zum anderen führt die Zentralisierung der Projektplanung und -durchführung beim Sitz der internationalen Organisation oft zu Verzögerungen im Prozess und einer insgesamt verzögerten Kommunikation. Fonta, Ayuk und Huysen (2018) fügen ebenfalls mit Blick auf den afrikanischen Kontinent und auf die Finanzierungsstruktur des GCF bezogen hinzu, dass der Druck, schnell Projektanträge zu entwickeln, dazu führt, dass Projekte sich auf die bereits vorhandenen Expertisen internationaler Organisationen konzentrieren. Damit erklären die Autor:innen, dass 67% der 2018 in Afrika bestätigten Projekte nur drei der insgesamt acht vom GCF definierten Zielbereiche adressieren (Fonta et al., 2018, S. 5). Insgesamt wurde am Zugang zu Geldern und den Prozessen des GCF aus der Perspektive von Entwicklungsländern bereits vielfach Kritik geäußert (vgl. Fonta et al., 2018; Treichel et al., 2024). Zentrale Punkte sind dabei die Komplexität der für den Zugang zu Geldern notwendigen Prozesse und das Ausmaß an Ressourcen, die potentielle Empfängerstaaten für diese Prozesse brauchen (Treichel et al., 2024). Außerdem wird die Zentralisierung von Entscheidungsprozessen auf multinationaler Ebene, in internationalen Organisationen oder im Vorstand des GCF, und damit die fehlende Souveränität von Empfängerstaaten kritisiert, die eigentlich im Investitionsrahmen als Ziel festgeschriebene ist (Müller & Ram Bhandary, 2022, S. 333).

Auf beide Kritikpunkte hat der GCF versucht zu antworten. Zum einen hat er 2017 den *Simplified Approval Process* (SAP) geschaffen. Dieser steht Finanzierungsanträgen, die unter 25 Millionen USD liegen und deren ökologische und sozialen Risiken und Auswirkungen als nicht existent oder minimal eingestuft werden, offen (Green Climate Fund, 2022b). Der Prozess sieht unter anderem vor, dass Anträge vereinfacht und der Aufwand für sie minimiert wird (Green Climate Fund, 2022b). Zum anderen hat der GCF 2015 das Pilotprojekt *Enhancing Direct Access* gestartet. Beim Direct Access Programm geht es darum, mehr Entscheidungssouveränität an die Empfängerstaaten zu übertragen (Green Climate Fund, 2019a).

Erschwert wird diese Entscheidungssouveränität bei Empfängerstaaten allerdings dadurch, dass der Zugang zu Geldern komplex und Prozesse äußerst aufwendig sind. Deshalb hat der Fund seit seiner Operationalisierung neben dem *Simplified Access Programm* zwei zentrale Programme zum Aufbau von Kapazitäten bei den ausführenden Organisationen ins Leben gerufen. Das *Readiness Programm* unterstützt nationale Organisationen in Empfänger-Staaten dabei die institutionelle Infrastruktur aufzubauen, um GCF-Gelder zu verwalten, Projekte zu entwickeln und zu begleiten (Green Climate Fund, 2025j). Die *Project Preparation Facility* (PPF) bezieht sich auf konkrete Projektvorhaben. Mit diesem Programm können für einen Projektantrag notwendige Vorbereitungen, wie z.B. Machbarkeitsstudien, notwendige Datenerhebungen oder Beteiligungsprozesse von Stakeholdern, finanziert und

technisch unterstützt werden. Die technische Unterstützung übernimmt dabei eine von 34 vom GCF vorgegebenen Beratungsfirmen (Green Climate Fund, 2025i).

Während der GCF einerseits mit dem *Enhancing Direct Access* Programm versucht, die Entscheidungssouveränität von Empfängerstaaten zu stärken, setzt er zeitgleich auf eine Skalierung von Projekten im Privatsektor, was der Souveränität von Empfängerstaaten oft entgegensteht (Kalinowski, 2024). Was genau Projekte im Privatsektor sind, ist vom GCF nicht eindeutig definiert (Kalinowski, 2024, S. 285). Grob lassen sich zwei Merkmale beschreiben: Die Finanzierung soll private Unternehmen bei Klimaschutz- und Klimaanpassungsanstrengungen unterstützen und die Möglichkeiten für den Zufluss von privatem Kapital in Klimaschutz und -anpassung verbessern. Um Projekte im Privatsektor zu finanzieren und mehr Akteure aus dem Privatsektor zu mobilisieren, hat der GCF eigens die *Private Sector Facility* gegründet (Green Climate Fund, 2019c). In seiner Analyse der Privatsektor-Projekte des GCF fasst Kalinowski zusammen, dass „Projekte im Privatsektor sich auf große Mitigationsprojekte, die in mehreren Staaten umgesetzt werden und Umsätze generieren, konzentrieren“ (Kalinowski, 2024, S. 289, Übers. d. A.). Durch den breiten geographischen Fokus riskieren die Projekte, weniger im Einklang mit nationalen Prioritäten der einzelnen Staaten zu stehen (Kalinowski, 2024, S. 291). Kalinowski stellt neben der Konzentration auf Mitigation auch noch eine Konzentration auf besonders vulnerable Länder fest. Allerdings scheinen Projekte im Privatsektor vulnerable Gruppen innerhalb der Länder nicht so gut zu erreichen, wie Projekte im öffentlichen Sektor (Kalinowski, 2024, S. 289). In diesen vulnerablen Staaten ist es das Ziel von Projekten im Privatsektor des GCF, skalierbare „Business-Modelle zu entwickeln, die rentabel für private Investor:innen sind“ (Kalinowski, 2024, S. 292, Übers. d. A.). Dabei verweist Kalinowski auch auf die Gefahren, die große Finanzströme aus dem Ausland bedeuten können. Insbesondere da über die Hälfte der Projekte im Privatsektor durch Kredite finanziert wird (Green Climate Fund, 2025f), besteht das Risiko, dass diese zur hohen externen Verschuldung vieler Staaten beitragen (Kalinowski, 2024, S. 292).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass mit dem GCF in den letzten 15 Jahren eine komplexe Struktur und ein wichtiger Akteur der multinationalen Klimafinanzierung entstanden ist. Wenngleich der GCF versucht hat auf verschiedene Probleme anderer multinationaler Finanzinstitutionen zu antworten, ist nicht eindeutig beantwortbar, ob dies letztlich gelungen ist. Insbesondere der Fokus auf den Privatsektor, den der GCF mit der grünen Finanzierungslücke erklärt, scheint mit einigen Ziele (z.B. Entscheidungssouveränität bei den Empfängerstaaten und ausgeglichene Finanzierung von Mitigations- und Adaptionsprojekten) im Widerspruch zu stehen. Um besser zu verstehen, inwiefern eine Struktur wie der GCF in der Lage ist, auch spezifisch auf lokale Herausforderungen angesichts der ökologischen Krise zu antworten, werde ich im nächsten Kapitel den Fokus auf Jamaika legen. Dabei werde ich auch auf die Kolonialgeschichte Jamaikas und Klimagerechtigkeit in der Kari-

bik eingehen, um besser zu verstehen, in welchem historischen und räumlichen Kontext sich die GCF-Projekte bewegen. Da Empfängerstaaten in den GCF-Projekte Entwicklungsländer sind, von denen wiederum die meisten eine Kolonialgeschichte haben, lässt sich die Diskussion der Bedeutung dieses historischen Kontexts für Klimafinanzierung zumindest teilweise auch auf andere GCF-Projekte anwenden.

5. Jamaika: Klimafinanzierung kontextualisieren

Jamaica's capital, Kingston, is among the first cities in the world that are projected as sure to be hit by climate departure as early as next year.

(Dr Wayne Henry, Director General of the Planning Institute of Jamaica, PIOJ, 2022)

Die Bewohner:innen von Kingston, Jamaikas Hauptstadt, kämpfen immer wieder mit extremen Hitzeperioden (vgl. Lawson, 2025; TV Jamaica, 2024). Kingston wird vermutlich einer der ersten Orte sein, an dem die Durchschnittstemperaturen endgültig außerhalb des Bereichs der historischen Varianz bewegen (Mora et al., 2013). Das heißt, an dem die Temperaturen langfristig vom bisherigen Durchschnitt abweichen werden. Der Begriff des *Climate Departure* beschreibt dabei den Zeitpunkt, von welchem an die vorausgesagte Durchschnittstemperatur der zukünftig kältesten Jahre kontinuierlich über der Durchschnittstemperatur der heißesten Jahre zwischen 1860 und 2005 liegt (Mora et al., 2013). Durch diese klimatische Verschiebung kann es zu gesundheitlichen Belastungen für Menschen, Artensterben und zum Verlust von intakten Ökosystemen kommen (Mora et al., 2013). Letzteres wiederum ist für SIDS besonders kritisch, da die Bevölkerung dort oft extrem abhängig von intakten (insbesondere marinen) Ökosystemen ist. Eine geringe Bevölkerungsanzahl sowie hohe Transport- und damit auch hohe Import- und Exportkosten aufgrund der geographischen Lage verschärfen die ökonomischen Konsequenzen, die die Zerstörung von ökologischen Lebensgrundlagen mit sich bringt (United Nations, 2025).

Der sechste Report des IPCC von 2022 nennt neben dem Temperaturanstieg auch eine steigende Frequenz und Intensität an Hurrikans, Sturmfluten und Dürren, veränderte Niederschlagsmuster, den Anstieg des Meeresspiegels, Korallenbleiche und invasive Arten als Auswirkungen der Klimakatastrophe, die besonders kleine Inselstaaten bedrohen (Mycoo et al., 2022). Um auf die besonderen ökologischen, sozialen und ökonomischen Herausforderungen, die kleinen Inselstaaten aufgrund ihrer geographischen Lage und sozio-ökonomischen Bedingungen bevorstehen, aufmerksam zu machen, wurde 1992 auf der United Nations Conference on Environment and Development in Rio de Janeiro, Brasilien, der Begriff der *Small Islands Developing States* (SIDS) geprägt.

Jamaika ist weltweit einer von 39 SIDS und die drittgrößte Insel in der Karibik. Mit 2,8 Millionen Einwohner:innen ist Jamaika heute der fünft bevölkerungsreichste Inselstaat in der Karibik (World Bank, 2024) und wird von der Weltbank als Upper Middle Income Country²¹

²¹ Die Weltbank teilt alle Staaten auf Basis ihres Bruttonationaleinkommens in fünf Typen ein, Low Income, Lower Middle Income, Middle Income, Upper Middle Income und High Income Countries. Das Bruttonationaleinkommen ist dabei das Gesamteinkommen aller Einwohner:innen eines

klassifiziert. Jamaika ist als Postkolonie und SIDS besonders vulnerabel gegenüber der Klimakrise. Zwischen 2001 und 2017 trafen insgesamt 12 sogenannte benannte Stürme (engl.: *named storms*) mit extremer Intensität auf die Inseln, sieben davon erreichten Hurrikan-Status (Government of Jamaica, 2023, S. 7). Von 2000 bis 2010 erlebte Jamaika die bis dahin schlimmsten Fluten mit 35 Flutkatastrophen (Government of Jamaica, 2023, S. 7). Insgesamt sind durch diese Klimakrisenfolgen im Zeitraum von 2000 bis 2017 825 Millionen USD²² Schäden entstanden (Government of Jamaica, 2023, S. 8). Neben Schäden durch Hurrikans und Fluten zeigt das Eingangs erwähnte Zitat, dass auch der Temperaturanstieg extreme Effekte auf Jamaika hat. Ebenso bedroht der Meeresspiegelanstieg die Inseln (UNDP, 2023). Vulnerabilität gegenüber dem Klimawandel wird verstärkt durch die Folgen kolonialer Ausbeutung und Zerstörung. Das folgende Kapitel gibt zunächst einen groben Überblick über den historischen Kolonialismus und seine strukturellen Nachwirkungen auf Jamaika. Kolonialität ist eines der zentralen Themen, die es zu beachten gilt, wenn über Klimagerechtigkeit in der Karibik gesprochen wird (Baptiste & Robinson, 2023). Neben Kolonialität sind auch Souveränität und Widerstand zentrale, Klimagerechtigkeit definierende Themen in der Karibik (Baptiste & Robinson, 2023). Diese „Konturen von Umweltgerechtigkeit in der Karibik“ (Baptiste & Rhiney, 2016, Übers. d. A.) beleuchte ich schlaglichtartig im zweiten Unterkapitel. Ich versuche dabei, die Karibik als Raum nicht zu homogenisieren (vgl. Werner, 2015 für eine Analyse der unterschiedlichen Entwicklungen auf Haiti und in der dominikanischen Republik) und dennoch eine geteilte Geschichte und daraus resultierende historische, ökologische, ökonomische und soziale Bedingungen sichtbar und besprechbar zu machen. Im letzten Unterkapitel geht es schließlich um die Auswirkungen der Klimakrise auf Jamaika.

5.1. Zucker, versklavte Arbeit und Widerstand

Jamaika wurde ab 1494 durch europäische Seefahrer gewaltsam erobert und zu Beginn der Herrschaft der spanischen Krone unterstellt. Dabei wurde die Insel als Versorgungsbasis zur Eroberung und Kolonisierung weiterer karibischer Gebiete genutzt (Jamaica Information Service, 2025). Bei der Kolonisierung durch die Spanier wurde die indigene Bevölkerung Jamaikas, die Taíno/Arawak, innerhalb von einem halben Jahrhundert durch Zwangsarbeit, Gewalt und europäische Krankheiten fast vollständig vernichtet (Wesler, 2013). Als 1655 die englische Flotte auf Jamaika mit dem Ziel anlegte, die Kolonie zu erobern, flohen die auf der Insel lebenden Spanier von Jamaika nach Kuba. Die von den Spaniern versklavten Schwarzen Menschen nutzen diese Flucht, um sich zu befreien und lebten anschließend in den Wäldern Jamaikas. Die Gemeinschaften von freien Schwarzen Afrikaner:innen werden

Wirtschaftsgebiets während eines Abrechnungszeitraums. Es entspricht dem Bruttoinlandsprodukt zuzüglich der aus dem Ausland zu erwartenden Arbeitseinkommen und abzüglich der an das Ausland zu zahlenden Arbeitseinkommen (World Bank, 2025a).

²² Eigene Umrechnung von jamaikanischen Dollar in USD.

auch Maroon-Gesellschaften genannt und sind eine von zahlreichen Widerstandsformen gegen Versklavung. Maroons gab es nicht nur auf Jamaika, sondern beispielsweise auch auf St. Croix (Roopnarine, 2010). Auf Jamaika kämpften die Maroons gegen die englische Besiedlung der Insel und die von den Engländern aufgebaute Zuckerplantagenökonomie.

Der Widerstand der Maroons konnte einige Teile der Insel lange erfolgreich verteidigen und die Ausbreitung von zerstörerischen Plantagen verhindern. Erst mit einem Abkommen zwischen Maroons und englischen Kolonisatoren im Jahr 1739 wurde Jamaika in den darauffolgenden Jahren zum führenden Zuckerexporteur des britischen Kolonialreichs (Sheridan, 1965). Jamaika wurde zur profitabelsten britischen Kolonie (Beckels, 2013, S. 92) und jamaikanischer Zucker machte schätzungsweise die Hälfte des insgesamt nach Großbritannien importierten Zuckers aus (Sheridan, 1965, S. 305). Der britische Unternehmer Sir Alexander Grant besaß in den 1760er und 1770er Jahren beispielsweise sieben Plantagen auf Jamaika, die jährlich einen Gewinn von 3.450 Pfund brachten (2010 ca. 5,19 Millionen Pfund), was einem „Return of Investment“ von 29% entsprach (Beckels, 2013, S. 104). Die von den britischen Kolonisatoren installierte Plantagenökonomie auf Jamaika war abhängig von versklavter Arbeitskraft. Zwischen 1700 und 1774 verkauften englische Menschenhändler auf Jamaika ca. 500.000 verschleppte und versklavte Afrikaner:innen (Beckels, 2013, S. 104). Im gleichen Zeitraum stieg die Anzahl der Versklavten auf der Insel insgesamt nur um 150.000, was die brutalen und lebenszerstörenden Bedingungen deutlich macht, unter denen Versklavte auf Jamaika lebten. 1834 waren knapp die Hälfte der Menschen, die im britischen Empire versklavt waren und als Besitz von Plantagenbesitzern oder reichen Kaufmännern galten, auf Jamaika konzentriert (Beckels, 2013, S. 151). Nach zahlreichen Aufständen von Versklavten und einer Abolitionsbewegung in England wurde 1834²³ die Abschaffung der Sklaverei im britischen Empire durch die britische Regierung durchgesetzt. Allerdings nur unter der Bedingung, dass der britische Staat eine Kompensation an die Sklavenbesitzer zahlte. Diese betrug knapp 11 Millionen Pfund²⁴ allein für die über 300.000 versklavten Afrikaner:innen, die 1834 auf Jamaika leben mussten (Rojas, 2018). Diese Zahlen machen zum einen das Ausmaß der Gewalt durch Versklavung und zum anderen den immensen Wert deutlich, den Jamaika für die britische Kolonialmacht hatte. Diesen historischen Bezug zu beachten ist wichtig, um die gegenwärtige Ungerechtigkeit zu verstehen und die Frage danach zu beantworten, welchen welche Rolle Schuld und Schulden sowohl für Jamaika als

²³ Nach der formalen Abschaffung der Sklaverei 1834, wurde das sogenannte *Apprenticeship System* eingeführt. Dieses System war ein Versuch der Plantagenbesitzer die Kontrolle über Arbeitskraft zu behalten und setzte die Zwangsarbeit für Schwarze Menschen fort, indem es ehemals Versklavte dazu zwang für weitere sechs Jahre für ihre Master zu arbeiten. Erst 1838 kam es durch den Widerstand der Schwarzen Menschen zur vollständigen Emanzipation (Jamrock Museum, 2025).

²⁴ Die 11 Millionen Pfund beziehen sich auf die Höhe der damaligen Zahlung. Der heutige Wert der Kompensation der Sklavenbesitzer alleine im Parish St. Mary würde 711 Millionen Pfund betragen (Rojas, 2018).

auch für jene, die von Jamaikas Kolonisierung profitierten, insbesondere Großbritannien, haben (vgl. Kapitel 2.3). Saidyia Hartman weist darauf hin, dass diese Zahlen ein einseitiges und für immer unvollständiges Bild der Gewalt zeichnen: „Nichts davon wird je all die Dinge, die [wir] nie wissen werden, kompensieren. Nichts davon bringt [uns] näher daran eine Leere mit einem Namen oder ein herausgerissenen [engl.: X-ed] Ort mit einem indigenen Dorf zu füllen.“ (S. V. Hartman, 2008, S. 79, Übers. d. A.).

Nach der Abschaffung der Sklaverei auf Jamaika wurden die Mechanismen der Plantagenökonomie de facto fortgesetzt (Girvan, 1971). Auch wenn die Profitabilität der Zuckerplantagen langsam zurückging (Girvan, 1971, S. 7), machten unter anderem Flensburger Kaufleute auch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und Anfang des 20. Jahrhunderts weiterhin mit der jamaikanischen Plantagenökonomie Profite (vgl. Kapitel 3). Nach massiven Aufständen ab den 1930er Jahren gegen die kolonialen Behörden und die ökonomische Ungleichheit und mit den globalen Dekolonisierungsbewegungen nach dem zweiten Weltkrieg wurde Jamaika 1962 unabhängig vom britischen Empire. Jamaika wurde als konstitutionelle Monarchie mit parlamentarischem System unabhängig, so blieb der*die britische König*in formal Oberhaupt des Staates. Obwohl diese*r weitestgehend nur symbolische Macht hat, bestehen so prozessuale und repräsentative Ungerechtigkeiten fort. Auch extraktive Ökonomien und soziale Ungleichheit prägten die Insel weiter. Insbesondere der Export von Bauxit, einem aluminiumreichen Erz, wurde nach dem zweiten Weltkrieg zum Haupttreiber des jamaikanischen Wirtschaftswachstums. Das Erz wurde in Jamaika von multinationalen Unternehmen in Minen abgebaut und zur Weiterverarbeitung in die USA, nach Kanada und Skandinavien verschifft. Diese ausbeuterischen Verhältnisse verschärften sich in einer Phase hoher Auslandsverschuldung. Während der Schuldenkrise der 1980er Jahre kam in Jamaika der von den USA unterstützte Edward Seaga an die Macht. Mit Seaga wurde Jamaika zum kapitalistischen Modellprojekt nach US-amerikanischem Vorbild gegen den Sozialismus. Die USA erklärten: „Das freimarktwirtschaftliche Jamaika und nicht das marxistische Kuba sollte das Modell für den Kampf gegen Armut und für Demokratien in Zentralamerika sein“ (zitiert in McAfee, 1991, S. 126). US-amerikanische Entwicklungshilfe, IWF-Kredite und Weltbank-Kredite schossen in die Höhe. Ziel war es, neue ausländische Investor:innen anzulocken und die jamaikanischen Exporte zu steigern. 1988 hatte Jamaika externe Staatsschulden in Höhe von 1.875 USD pro Kopf, damals eine der größten pro-Kopf-Verschuldungen der Welt (McAfee, 1991, S. 127). Mit den Schulden kamen vom IWF verordnete Sparprogramme hinzu, die unter anderem dazu führten, dass die pro-Kopf Ausgaben im Gesundheitssektor um 33% zurückgingen und eine Privatisierung der Versorgungssysteme eingeführt wurde (McAfee, 1991, S. 127). Ende der Amtszeit Seagas 1988 betrug die externen Schulden insgesamt 4,4 Milliarden USD und Jamaika zahlte alleine im Finanzjahr 1988/89 an den IWF und die Weltbank 213 Millionen bzw. 75 Millionen USD (McAfee, 1991, S. 130). Auch wenn

sich das Verhältnis zwischen BIP und externer Verschuldung in Jamaika in den letzten 10 Jahren halbiert hat – von 144% im Jahr 2012 zu nur 72% im Jahr 2023 (Arslanalp et al., 2024), hat die jahrzehntelange Sparpolitik und Privatisierungspolitik bis heute Folgen für das Sozialsystem und die Durchschnittseinkommen.

Eine Aufarbeitung dieser andauernden Ungerechtigkeit fordert die karibische Bewegung für Reparationen, deren Teil die CARICOM Reparations Commission ist. Jamaika ist als Teil der CARICOM auch Teil des Zehn-Punkte-Reparationsplans, in dem insgesamt 13 karibische Staaten einen „Weg für Versöhnung, Wahrheit und Gerechtigkeit für Opfer [von Versklavung und Genozid] und deren Nachfahren“ formulieren (CARICOM Reparations Commission, 2025). Teil dieses Plans sind unter anderem eine umfassende Entschuldigung durch europäische Regierungen, europäische Finanzierung von Programmen zur Stärkung der indigenen Bevölkerung, für Bildung, die Adressierung der Gesundheitskrise – insbesondere von chronischen Krankheiten wie Bluthochdruck und Typ II Diabetes – eine Streichung der Staatsschulden der karibischen Staaten und finanzielle Kompensation als Teil der Heilung der Traumata durch Versklavung und Kolonisierung (CARICOM Reparations Commission, 2025). Im Juni 2025 hat Jamaika außerdem über King Charles III von England bei der englischen Regierung (Judicial Committee of the Privy Council) eine Anfrage zu Reparationen für Versklavung und deren Nachwirkungen eingereicht (Demony, 2025).²⁵

5.2. Klimagerechtigkeit in der Karibik

Die Karibik ist der Ort, „an dem die Alte Welt und die Neue Welt das erste Mal zusammentrafen – in einem Versuch [...] sie zu ein und derselben Totalität zu machen“ (Ferdinand, 2022, S. 12, Übers. d. A.). Die spezifische Form der karibischen Einbindung in die Weltwirtschaft ist durch „indigenen Genozid, afrikanische Versklavung, die Ausbreitung des Plantagenkomplexes und die globalen Migrationsbewegungen durch Imperien umspannende Systeme von Zwangsarbeit [engl.: *indentured labor*], sexueller Ausbeutung, Kolonialwarenhandel, kolonialen Bürokratien und Schifffahrtslogistik“ geprägt (Sheller, 2018, S. 978, Übers. d. A.). Diese Position im Weltwirtschaftssystem veränderte sich zuerst mit der Unabhängigkeit der USA 1776 und danach noch einmal ab Mitte des 20. Jahrhunderts durch die globale Nachfrage nach fossilen Brennstoffen, Guanodünger, Metallen und Baustoffen. Ab 1950 waren es Ölbohrinseln in maritimen Territorien, Raffinerien und Bauxit-Steinbrüche, genauso wie von den USA installierte und genutzte Marinebasen, militärischen Testgebiete und U-Boothäfen sowie Prostitution für Soldaten und später Touristen, welche die Karibik prägen (Sheller, 2018, S. 978). Extraktion und Gewalt in der Karibik wurde von Beginn an durch Paradies-Narrative

²⁵ Da der König formal Staatsoberhaupt Jamaikas ist, kann er Anfragen für Jamaika an das Judicial Committee of the Privy Council richten. Die rechtliche Schlagkraft der Entscheidungen des Rats kann variieren. Sie kann entweder als rechtskräftiges Urteil oder als nicht bindende Empfehlungen aufgefasst werden (Demony, 2025).

verschleiert und insbesondere seit den 1950er Jahren durch die Bildproduktion der Tourismusindustrie weiter unsichtbar gemacht (Sheller, 2018, S. 978). Die Kolonialität in der Karibik wird heute durch eine andauernde hierarchische Strukturierung von Arbeitskraft, Abwertung und Aneignung von Wissen, Verschuldung und Strukturanpassungsprogramme sowie die Produktikon bestimmter karibischer Bevölkerungsgruppen als entbehrlich und andersartig insbesondere im Kontext der Klimakrise deutlich (Baptiste & Robinson, 2023).

Teil von Kolonialität in der Karibik sind auch die Bankgeschäfte der Wall Street Akteure in der Region, welche imperiale Einflussnahme bis heute fortführen (vgl. Hudson, 2018). Nicht nur Privatbanken der Wall Street, auch nationale und multinationale (Entwicklungs-)Banken sind wichtige Finanzakteure in der Karibik. Unter dem Stichwort *Blue Economy* führen insbesondere internationale Finanz- und Entwicklungsakteure wie die Weltbank seit 2020 Entwicklungsprojekte durch, die an Wirtschaftsprozesse rund um maritime Ökosysteme anschließen (vgl. World Bank, 2025b). Dies umschließt neben Fischerei und Tourismus auch Abwassermanagement, Transport, Logistik, Naturschutz und Energieproduktion (World Bank, 2023). Während die Weltbank selbst definiert, dass es dabei um „die nachhaltige Nutzung maritimer Ressourcen für Wirtschaftswachstum, bessere Lebensbedingungen und Arbeitsplätze“ geht (World Bank, 2025b, Übers. d. A.), stellt der afrokaribische Wissenschaftler Keston K. Perry fest, dass dabei Plantagenlogiken fortgesetzt werden. Darunter benennt er unter anderem die Fortführung eines wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnisses der karibischen Staaten von den USA oder Europa und die Extraktion von Profit durch schuldenbasierte Finanzinstrumente (Perry, 2022).

Weiterhin weißt Perry darauf hin, dass die in der *Blue Economy* verwendeten Finanzinstrumente die Souveränität karibischer Staaten einschränken, indem sie Entscheidungsmacht und Gestaltungsmacht an die Geldgeber übertragen (Perry, 2022). Dies schließt an einen weiteren Aspekt von Klimagerechtigkeit in der Karibik an: Die Eroberung und Ausbeutung hauptsächlich durch britische, französische und spanische Kolonisatoren haben die Region fragmentiert und einen Flickenteppich von Überseeterritorien mit verschiedenen Graden an Autonomie, Souveränität und Sprachen zurückgelassen. Nur die Hälfte der 32 Inselgruppen in der Karibik sind unabhängig (Bonilla & Hantel, 2016). Die andere Hälfte wird von Großbritannien, Frankreich, den Niederlanden als Überseegebiete oder als Außengebiet der USA in der Karibik regiert. Diese unterschiedlichen Verwaltungsformen wirken sich auch auf den Zugang zu Ressourcen für Klimaschutz und -anpassung aus. Zum einen kann eine eingeschränkte Selbstverwaltung zur Vertiefung von Ungerechtigkeiten innerhalb der karibischen Gesellschaften führen (Baptiste & Robinson, 2023). Zum anderen, und das ist im Zuge der vorliegenden Arbeit relevanter, ergibt sich aus dem Verwaltungsstatus als Außengebiet oder Überseegebiet für die Karibik eine besondere Position, wenn es um internationale (finanzielle) Unterstützung oder Verhandlungen geht. So können die niederländischen In-

seln, Aruba, Bonaire, Curacao, St. Eustatius und Saba beispielsweise keine multilaterale Klimafinanzierung erhalten, da sie formal zu Europa gehören, obwohl die Niederlande keine Klimafinanzierung für die Gebiete bereitstellen (Misiedjan, 2023).

Anders als in anderen Regionen des Globalen Südens gibt es in der Karibik keine vereinte Massenbewegung für Umweltgerechtigkeit (Baptiste & Robinson, 2023, S. 558f). Das heißt jedoch nicht, dass Umweltgerechtigkeit ein zweitrangiges Thema in der Karibik wäre. Im Gegenteil, lange bevor der Begriff „Anthropozän“ prominent wurde und die Klimakrise im öffentlichen Bewusstsein verankert war, arbeiteten karibische Künstler:innen und Autor:innen zu Themen von Natur, Klima und Umwelt (Noxolo, Cummings & Rhiney, 2025). Dabei war und ist dieses Nachdenken über Beziehungen zu Natur und zur Erde schon immer davon geprägt die Grenzen zwischen menschlichem und nicht-menschlichen zu transzendieren und das mehr als menschliche (engl.: *more than human*) mit einzuschließen (Noxolo, Cummings & Rhiney, 2025). Diese vielfältigen karibischen Perspektiven auf Klima, Umwelt und Natur werden in dem 2025 veröffentlichten Routledge *Handbook of Caribbean Studies* (Noxolo, Cummings & Rhiney, 2025) deutlich. Hierzu gehört nicht nur Mimi Shellers Theoretisierung von Klimakolonialität in der Karibik (vgl. Kapitel 2.1), sondern beispielsweise auch ein Beitrag der Wissenschaftlerin April Karen Baptiste zu ökologischen Weltanschauungen (engl.: *environmental worldviews*) in der Karibik, deren Verständnis wichtig ist, um lokal verankerte Diskurse zu Klimagerechtigkeit zu führen (Baptiste, 2025). Diese lokale Verankerung in Ansätzen herzustellen ist der Versuch dieses Unterkapitels. Klimafinanzierung durch andere oder spezifischere karibische Perspektiven zu betrachten, obliegt jedoch zukünftiger Forschung zu diesen Themen.

5.3. Klimakrisenfolgen auf Jamaika

Um die Anpassungsfähigkeit eines Staates gegenüber den Auswirkungen der Klimakrise zu messen, haben Wissenschaftler:innen der University of North Dame Global Adaptation Initiative (ND-GAIN) den ND-GAIN Country Index entwickelt.²⁶ Jamaika befindet sich im ND-GAIN Index Ranking aus dem Jahr 2023 auf Platz 88 von 187 (Platz 1 gibt die größte, Platz 187 die geringste Adaptionfähigkeit an). Ein genauerer Blick verrät, dass Jamaika sich sowohl

²⁶ Der Index betrachtet die Vulnerabilität des Staates aufgrund seiner geographischen Lage und seiner sozio-ökonomischen Bedingungen sowie die Bereitschaft eines Staates, Adaptionmaßnahmen umzusetzen, indem Investitionen wirksam genutzt werden, die Regierung aktiv ist, die Bevölkerung sensibilisiert und privatwirtschaftliche Maßnahmen gefördert werden (Chen et al., 2024). Die Vulnerabilität wird für sechs lebenswichtige Sektoren betrachtet: Ernährung, Wasser, Gesundheit, Ökosystemleistungen, menschlicher Lebensraum und Infrastruktur. Die Berechnung der Vulnerabilität, setzt sich dabei aus der Exposition gegenüber physischen Faktoren der Klimakrise, der Abhängigkeit der Bevölkerung von klimaabhängigen Wirtschaftssektoren und von durch die Klimakrise gefährdeten Ökosystemen sowie der Fähigkeit die betroffenen Sektoren zu unterstützen und auf Schäden zu reagieren zusammen (Chen et al., 2024). Readiness misst die „Bereitschaft zur effektiven Nutzung von Investitionen für Anpassungsmaßnahmen dank eines sicheren und effizienten Geschäftsumfelds“ und setzt sich aus ökonomischer, institutioneller und sozialer Readiness zusammen (Chen et al., 2024).

bei Bereitschaft auf Klimakrisenfolgen zu reagieren als auch bei der Vulnerabilität ihnen gegenüber genau im Mittelfeld befindet. Jamaika ist insbesondere im Bereich der Nahrungs- und Gesundheitsversorgung vulnerabel (ND-GAIN, 2025). Der vorhergesagte Ausfall von Ernten sowie die landwirtschaftliche Anpassungsfähigkeit durch technologische Kapazitäten (Düngemittel, Pestizide, Bewässerung, Maschineneinsatz) weisen besonders kritische Werte auf. Im Gesundheitssektor ist es insbesondere die geringe Anzahl an medizinischem Fachpersonal auf der Insel, die eine besondere Vulnerabilität verursacht.

Auch das *Climate Change Policy Framework for Jamaica* der jamaikanischen Regierung aus dem Jahr 2023 benennt die Landwirtschaft und Fischerei auf Jamaika als besonders bedroht von der ökologischen Krise (Government of Jamaica, 2023, S. 34). Fluten in Folge starker Regenfälle und Hurrikans zerstören Nutzpflanzen und töten Nutztiere. Dürren und veränderte Niederschlagsmuster sind ein weiteres Problem für die Landwirtschaft. Der Temperaturanstieg führt zu einer Zunahme von Schädlingen wie z.B. der Zuckerrübenmotte. Auch die Versalzung des Bodens durch den Meeresspiegelanstieg, stellt Bäuer:innen vor Probleme. Damit ist die Ernährungssicherheit bedroht. Der Landwirtschaftssektor ist jedoch nicht nur besonders bedroht von der Klimakrise, er ist auch einer der Hauptkonsumenten von Energie und Wasser auf der Insel. Dieser Fakt hebt die Bedeutung des Sektors nicht nur für Anpassung sondern auch für Klimaschutz hervor.

Meeresspiegelanstieg und Dürren haben auch Auswirkungen auf die Trinkwasserversorgung auf Jamaika. Das Eindringen von Meereswasser in das Grundwasser führt zu einem jährlichen Verlust von ca. 100 Millionen Kubikmetern Wasser, was ca. 10 % der lokalen Verfügbarkeit entspricht. Meeresspiegelanstieg, Sturmfluten und Hurrikans sind zudem bedrohlich für Versorgungsinfrastrukturen, die sich oft in Küstennähe befinden. Auf Jamaika lebten 2017 schätzungsweise 82% der Bevölkerung fünf Kilometer weit von der Küste entfernt (Government of Jamaica, 2023, S. 33). Auch kritische Infrastruktur wie Häfen und der Flughafen sowie wirtschaftlich wichtige Infrastruktur der Tourismuszentren befinden sich in Küstennähe. Kingston ist eine von zehn Städten, die laut Prognosen ohne Küstenschutz und bei einem Worst-Case-Szenario von Temperaturanstiegen bis Ende des Jahrhunderts 5% ihrer Fläche durch den Meeresspiegelanstieg verlieren (UNDP, 2023).

Auch die Auswirkungen der Klimakrise auf die menschliche Gesundheit werden im *Climate Change Policy Framework* der jamaikanischen Regierung benannt. Neben Verletzungen und Todesfällen durch Extremwetterereignisse führen der Temperaturanstieg, Dürren und Fluten zu einer größeren Verbreitung von Vektorkrankheiten (Government of Jamaica, 2023, S. 37). Diese Krankheiten zusammen mit einem prognostizierten Anstieg von Atemwegserkrankungen und Stress-verbundenen Krankheiten insbesondere durch urbane Hitze führen zu einer erheblichen Mehrbelastung des Gesundheitssystems (Government of Jamai-

ca, 2023). Mit diesen Hintergrundinformationen wird deutlich, warum eine geringe Anzahl an medizinischem Fachpersonal für die Vulnerabilität Jamaikas so kritisch ist.

Eines der größten Probleme ist die Nutzung fossiler Energien. 2023 wurden 114,5%²⁷ des Netto-Energiekonsums auf Jamaika importiert (International Energy Agency, 2025). Erdöl bildet die mit Abstand größte Energiequelle auf Jamaika und machte im Jahr 2023 65,4% der Energienutzung aus (International Energy Agency, 2025). Die größten Sektoren für den Erdölkonsum sind dabei Industrie (15,4%, insbesondere Bauxit-Abbau) und Transport (70,4%) (International Energy Agency, 2025). Der Anteil an erneuerbaren Energien am gesamten Energiekonsum auf Jamaika betrug 2021 nur 7,21 % (International Energy Agency, 2025).

Die lokalen Journalist:innen bei „Climate Tracker“ thematisieren ebenfalls die Themen Energie und Landwirtschaft intensiv. Dabei nehmen sie insbesondere individuelle und intersektionale Betroffenheiten in den Blick. In der kleinbäuerlichen Landwirtschaft sind beispielsweise Frauen besonders von Ernteverlusten in Folge des Klimawandels betroffen, da sie oft zusätzlich zu ihrer landwirtschaftlichen Tätigkeit Sorgearbeit für ihre Familien übernehmen und ihre Einkommensalternativen geringer sind als die von Männern (Taylor, 2023). Auch die Hitze in Städten hat Auswirkungen auf das Ernährungssystem, indem sie die Arbeit von Marktverkäufer:innen erschwert. Diese leiden unter der extremen Hitze körperlich und mental und müssen zudem mit fortschreitender Tageszeit ihr von der Hitze ausgetrocknetes Gemüse und Obst zu geringeren Preisen anbieten (McLean, 2024). 2022 sanken die Ernteerträge jamaikanischer Bäuer:innen innerhalb von 3 Monaten um 9% durch eine Periode extremer Hitze. In einem Interview mit der Journalistin Kelesha Williams erklären zwei Bäuerinnen, wie die extreme Dürre und die anschließenden starken Regenfälle zu Ernteausschlägen und in der Konsequenz zu einer Abhängigkeit von importierten Lebensmitteln geführt haben (Williams, 2023). Eine der beiden erklärt auch, dass es keine Warnung vor den Regenfällen gab und so die Felder nicht darauf vorbereitet werden konnten (Williams, 2023).

Die Klimakrise bedroht außerdem Orte und Praktiken auf Jamaika, die wichtig für die kulturelle Identität von Maroon Gemeinschaften und indigenen Gemeinschaften sind (Coley, 2024b). Dies beeinflusst den Aufbau von Resilienz, da tradiertes Wissen über das Land und die Natur verloren geht. Um diesem Wissensverlust entgegenzuwirken, haben einige lokale Akteure den Workshop „Teaching Climate Justice and Resilience Through Ancestral Plant Heritage in Jamaica“ veranstaltet (Clayton, 2023). Der Verlust von kultureller Identität hat auch psychologische Folgen für die Betroffenen. Die Auswirkungen der Klimakrise auf die mentale Gesundheit der Bevölkerung werden in vielen Artikeln auf „Climate Tracker“ thematisiert.

²⁷ Eine Zahl von über 100% kommt zustande, indem Jamaika mehr Energie(träger) importiert als auf der Insel konsumiert wird, beispielsweise indem Rohöl importiert, auf Jamaika raffiniert und dann weiterverkauft wird.

tisiert (Coley, 2024a, 2024b; Sukhnandan et al., 2023). In den Regierungsdokumenten hingegen kommt dieses Thema nur ein einziges Mal und im ND-GAIN Index gar nicht vor.

Der Verlust von kultureller Identität und die Einschränkung von öffentlichen Räumen zur Entspannung und Abkühlung spielen auch eine Rolle, wenn es um den Verlust von Sandstränden geht. Jamaikas Strände sind nicht nur durch Erosion und einen extremen Anstieg von Sargassum (Seegras) bedroht, sondern auch durch den Tourismus. Nur 1% der Strände auf Jamaika sind öffentlich zugänglich (Falak & Gonzáles, 2025). Deshalb kämpft die lokale Bevölkerung für einen größeren Zugang zu Stränden. Der Kampf um den Zugangsgerechtigkeit zu Stränden ist auf zahlreichen karibischen Inseln zu beobachten (vgl. Diaspora Pa'lante Collective, 2025; Falak & Gonzáles, 2025; The Nassau Guardian, 2021). Diese Perspektive macht die destruktiven Seiten und kolonialen Kontinuitäten der Tourismusindustrie deutlich, die im Policy Framework der Regierung und im ND-GAIN Index nicht abgebildet werden.

Dieses Kapitel hat die Kolonialgeschichte Jamaikas, die Verwebungen von Kolonialismus und Klimagerechtigkeit in der Karibik und die Klimakrisenfolgen auf Jamaika dargestellt und deutlich gemacht, dass insbesondere in der Landwirtschaft, im Energiesektor und im Gesundheitssektor (inklusive mentaler Gesundheit) Handlungsbedarf besteht. Eine Herausforderung Jamaikas, sowie vieler weiterer karibischer Inseln, die bisher keine Erwähnung gefunden hat, ist dabei, dass die Staaten durch ihre Klassifizierung als *middle-income country* am Kapitalmarkt oft keine vergünstigten Kredite aufnehmen können, um die notwendigen Klimaschutz- und -anpassungsmaßnahmen zu finanzieren. Fonds wie der GCF, bei denen Jamaika als SIDS-Anspruch auf konzessionäre Kredite hat, sind somit für Jamaika bzw. jamaikanische Akteure eine besonders attraktive Quelle für Gelder, um Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekte durchzusetzen. Hier machen niedrigere Zinssätze und längere Laufzeiten den Kredit günstiger. Im nächsten Kapitel geht es darum genauer zu betrachten, von welchen GCF-Finanzierungsprojekten Jamaika Teil ist und welche Bereiche diese adressieren.

6. Analyse und Systematisierung der GCF-Projekte

Ein erster Überblick über die GCF-Projekte mit angestrebter Beteiligung Jamaikas zeigt, dass insgesamt sieben bewilligte GCF-Projekte die Umsetzung von Projekten auf Jamaika anstreben. Außerdem bekommen vier Projekten, welche ebenfalls eine Umsetzung von Projekten auf Jamaika anstreben, die Unterstützung der PPF zur Vorbereitung des Projektantrags. Für diese Projekte sind in den folgenden Tabellen Informationen zur ausführenden Organisation, Finanzierungsbetrag und Finanzierungszweck zusammengefasst. Außerdem bestehen zwischen dem GCF und zwei jamaikanischen Institutionen, dem Jamaica Social Investment Fund (JSIF) und der Development Bank of Jamaica (DBJ), Akkreditierungsabkommen (Green Climate Fund, 2024c, 2024b). Beide Institutionen können die Direct-Access-Modalität (vgl. Kapitel 4) nutzen, da sie zur Weitergabe von Geldern bevollmächtigt sind, haben jedoch bisher keine Projektanträge eingereicht.²⁸ Ziel dieses Kapitels ist es, die Informationen aus den GCF-Projektanträgen zu systematisieren und zu analysieren. Dabei habe ich entsprechend der Forschungsfrage (siehe auch Kapitel 3): Akteure, Interessen und (räumlichen) Beziehungen zwischen ausführenden Organisationen, Empfänger:innen und ggf. weiteren Akteuren identifiziert. Daraus ziehe ich Schlüsse zu den Zielen und Absichten der Projekte und den verwendeten Finanzierungsinstrumenten.

Insgesamt sind über die sieben genehmigten GCF-Projekte 791,71 Millionen USD Finanzierung zugesagt (Green Climate Fund, 2025g). Alle sieben Projekte streben jedoch die Umsetzung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen in mehreren Staaten an. Damit verteilt sich die Geldsummen auf verschiedene Empfängerstaaten. Vier der Projekte schließen neben Lateinamerika und der Karibik noch mindestens die Regionen Afrika sowie Asien und Pazifik mit ein. Drei der Projekte sind ausschließlich auf die Region Lateinamerika und Karibik bezogen. Keines der Projekte fokussiert sich alleine auf Jamaika. Ob sich dies für weitere SIDS ebenso verhält, wäre eine Frage für die zukünftige Forschung. Die Implikationen solcher Projekte mit breitem geographischem Fokus werden in Kapitel 7 diskutiert. Vier der Projekte werden von öffentlichen Akteuren, insbesondere Entwicklungsbanken und einer Umwelt-NGO, ausgeführt, drei von privaten Akteuren. Dabei handelt es sich zweimal um den privaten Kapitalverwalter Pegasus Capital Advisors LP mit Sitz in den USA und einmal um die private MUFG Bank mit Sitz in Japan. Auffällig ist, dass nur eine ausführende Organisation ihren Sitz in der Karibik hat, alle anderen sechs Projekte werden von internatio-

²⁸ Die DBJ will laut eigenen Aussagen mit dem durch die Akkreditierung beim GCF verfügbar gemachten Geld eine Blue-Green Facility einrichten, über die nachhaltige Projekte in Jamaika mit Krediten und Zuschüssen finanziert werden können (Barrett, 2024). Darüber hinaus arbeitet die jamaikanische Börse seit 2021 mit dem GCF zusammen, um einen grünen Anleihen-Markt für Jamaika zu schaffen (Jackson, 2024a).

nalen Organisationen durchgeführt, die ihren Sitz im Globalen Norden haben. Das am häufigsten verwendete Finanzinstrument (insgesamt 452,5 Millionen USD) in den sieben Projekten sind Kapitalinvestitionen. Das am zweitmeisten verwendete Instrument sind Kredite (215,8 Millionen USD). Nur knapp über 98,4 Millionen USD sind Zuschüsse.

Neben den sieben bereits zugesagten Projekten befinden sich vier Projekte, die Jamaika betreffen sollen, gerade in der Phase der Projektentwicklung und nehmen die Unterstützung der PPF in Anspruch (Tab. 3). Diese Projekte haben einen geographisch sehr viel engeren Fokus, welcher nicht über die Karibik hinausgeht und in einem Fall nur Jamaika adressiert. Drei der Projekte werden von regionalen DAEs entwickelt, zwei von der Caribbean Development Bank (CDB) und eines vom Caribbean Community Climate Change Centre (CCCCC). Das vierte Projekt wird von der Food and Agriculture Organization der Vereinten Nationen (FAO) entwickelt. Im Rahmen des Projekts soll mit der FAO-Vertretung auf Jamaika zusammengearbeitet werden (Green Climate Fund, 2023a). Dieses Projekt ist das einzige, welches sich nur auf Jamaika konzentriert.

Bei einem Blick auf die zeitliche Abfolge der verschiedenen Projekte ist auffällig, dass die ersten Projekte 2020-2024 alle von internationalen Organisationen eingereicht und ausgeführt werden. Erst 2025 wurde für Jamaika mit dem Projekt der CDB das erste von einer regionalen Organisation ausgeführte Projekt bewilligt. Dabei hatte die CDB bereits 2020 einen Projektvorbereitungsantrag für ein anderes Projekt eingereicht, dessen Umsetzung in ein tatsächliches Projekt bis heute nicht erfolgt ist. Das zeigt, dass die CDB durchaus von Beginn an versucht hat über den GCF-Mittel zu bekommen. Auffällig ist außerdem, dass alle Organisationen, die Unterstützung zur Vorbereitung beantragt haben, bis auf eine Ausnahme (die FAO), regionale Organisationen sind.

In den folgenden Unterkapiteln beschreibe ich einige Auffälligkeiten der GCF-Projekte genauer. Die ersten beiden Unterkapitel widmen sich insbesondere den von der MUFG Bank, der IDB Invest und den beiden von Pegasus Capital Advisors LP²⁹ ausgeführten Projekten und besprechen den Aufbau von finanzieller Infrastruktur und die Produktion von Investierbarkeit (hier beziehe ich mich auf das von Tilley geprägte Konzept, vgl. Kapitel 2.2) als Ziele und Absichten der Projekte. Das letzte Unterkapitel widmet sich dem Sub National Climate Fund und dem Projekt im Energiesektor der CDB genauer mit einer Systematisierung der Akteure und Finanzinstrumente. Dabei konzentriere ich mich auf die bestätigten Projektanträge. Auch wenn Jamaika nur eines von vielen Empfängerländern ist, lassen sich auf Basis der in dieser Arbeit betrachteten empirischen Grundlage Muster für Finanzierungsprogramme identifizieren.

²⁹ Damit ist auch indirekt das von der IUNC ausgeführte Projekt Teil, da dieses als technische Unterstützungseinrichtung an den Sub national Climate Fund von Pegasus Capital Advisors LP angeschlossen ist.

Tabelle 2. GCF-Projekte mit (angestrebter) Beteiligung von Jamaika.

Projekttitle	Zusage	Programm-region	Ausführender Akteur			GCF-Mittel in Mio. USD für gesamtes Projekt	Projektziele
			Akteur	Akteuertyp	Akteurs-sitz		
Global Sub National Climate Fund (SnCF) - Equity	Nov 2020	Asien-Pazifik, Lateinamerika, Karibik, Afrika, Mittelmeer	Pegasus Capital Advisors LP	privater Kapitalverwalter	USA	Equity: 150	Aufbau finanzieller Infrastruktur, Kapitalinvestitionen in und konzessionäre Kredite für mittelgroße Klimaschutz- und anpassungsprojekte; Investierbarkeit herstellen; De-risking
SnCF Technical Assistance Facility	Nov 2020	Asien-Pazifik, Lateinamerika, Karibik, Afrika, Mittelmeer	International Union for Conservation of Nature	internationale NGO	Schweiz	Zuschuss: 18,5	technische Unterstützung für Projekte, in die SnCF investiert
Global Fund for Coral Reefs (GFCR) Investment Window	Okt 2022	Asien-Pazifik, Lateinamerika, Karibik, Afrika	Pegasus Capital Advisors LP	privater Kapitalverwalter	USA	Equity: 125	Investitionen in Unternehmen, die zum Korallenriffschutz beitragen; Investierbarkeit herstellen; <i>de-risking</i> ; kombiniert mit Zuschüssen aus UN Fonds u.a. für technische Unterstützung
E-Mobility Program for Sustainable Cities	Jul 2022	Lateinamerika, Karibik	Inter-American Development Bank (IDB)	internationale Entwicklungsbank	USA	Zuschuss: 55 Kredit: 145 Gesamt: 200	Elektrische Transportsysteme stärken, Fokus auf öffentliche Verkehrssysteme; Grüner Wasserstoff und Vehicle-to-Grid Pilotprojekte; technische Unterstützung
Project Gaia	Okt 2023	Asien-Pazifik, Lateinamerika, Karibik, Afrika	MUFG Bank	Privatbank	Japan	Equity: 152,5	Aufbau einer Finanzierungsplattform für quasi-staatliche und subnationale Partner; Finanzierung durch Kredite und Kapitalinvestitionen; Investierbarkeit herstellen; <i>de-risking</i> ; technische Unterstützung
Caribbean Net-Zero and Resilient Private Sector	Jul 2024	Lateinamerika, Karibik	IDB Invest	Privatsektorbereich von Entwicklungsbank	USA	Zuschuss: 19 Kredit: 50 Equity: 25 Garantie: 25 Gesamt 119	Portfolio von Energie- und Infrastrukturunternehmen für Investitionen aufbauen; on-lending durch Finanzinstitutionen; Investierbarkeit herstellen; <i>de-risking</i> ; Beratungsdienstleistungen für Unternehmen

Scaling up the Deployment of Integrated Utility Services (IUS)	Jul 2025	Karibik (Jamaika, Barbados, Belize)	Caribbean Development Bank (CDB)	regionale Entwicklungsbank	Barbados	Zuschuss: 5,9 Kredit: 20,8 Gesamt: 26,7	Unterstützung von nationalen Energieunternehmen bei Umsetzung von erneuerbaren und effizienten Energietechnologien bei Kund:innen
--	----------	-------------------------------------	----------------------------------	----------------------------	----------	---	---

Tabelle 3. Zugesagte GCF-Projektvorbereitungsunterstützung von Projekten mit (angestrebter) Beteiligung Jamaikas.

Projekttitel	Zusage	Programmregion	Ausführender Akteur			Beantragte GCF-Mittel für Projektvorbereitung, in Mio. USD	Bereich und Ziele (des finalen Projekts, nicht der Projektvorbereitung)
			Name	Art	Sitz		
Transforming Finance to Unlock Climate Action in the Caribbean	Sept 2020	Belize, Jamaika, St. Lucia	Caribbean Development Bank (CDB)	regionale Entwicklungsbank	Barbados	nicht transparent	Aufbau von finanzieller Infrastruktur, konzessionäre Kredite für kleine und mittlere Unternehmen sowie Hausbesitzer:innen über nationale Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen
ADAPT Jamaica: Enhancing climate change resilience of vulnerable smallholders in Central Jamaica	Apr 2023	Jamaika	Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO)	internationale Organisation	Italien	0,3	Klimaanpassung, Landwirtschaft, Katastrophenwarnsystem, technische Unterstützung, Kapazitätsaufbau, Mikrofinanzierungsinfrastruktur
Blue Co Caribbean Umbrella Coordination Programme	Nov 2023	Karibik	Caribbean Development Bank (CDB)	regionale Entwicklungsbank	Barbados	nicht transparent	Aufbau von finanzieller Infrastruktur für Stärkung von Blue Economy, Aufbau von drei Blue Economy Projekten als Vorbild, Vorbereitung einer Projekt-Pipeline
The Road to Resilient (R2R) fisheries - adopting ecosystem-based adaptation in four CARICOM Member States	Feb 2024	Belize, Grenada, Jamaika, Saint Kitts und Nevis	Caribbean Community Climate Change Centre	Regionale Institution, Teil der CARICOM	Belize	0,98	Klimaanpassung, Fischerei, Meeres- und Küstenökosysteme schützen, technische Unterstützung, Wissensvermittlung und -management

6.1. Finanzinfrastruktur von Luxemburg in die Karibik

Beim genaueren Betrachten der Finanzierungsanträge ist zu erkennen, dass drei der sieben Projekte zunächst Unternehmen in Luxemburg gründen. Legt man die Informationen zu ausführender Organisation und Finanzinstrument dieser Projekte nebeneinander, ist auffällig, dass sie alle von privaten Finanzakteuren (Pegasus Capital Advisors LP und MUFG Bank) durchgeführt werden und vom GCF mit Kapitalinvestitionen unterstützt werden. Die anderen vier Projekte dagegen werden weitestgehend mit Zuschüssen und Krediten finanziert. Schaut man genauer auf die drei mit Kapitalinvestitionen unterstützten Projektvorhaben, werden weitere Parallelen zwischen ihnen deutlich. Wie die beiden Namen der Projekte von Pegasus Capital Advisors LP – Global Sub national Climate Fund (SnCF) und Global Fund for Coral Reefs (GFCR) Investment Window – deutlich machen, baut der private Kapitalverwalter in den beiden Projekten global operierende Private Equity Fonds auf. In diese Fonds sollen institutionelle Investor:innen investieren, um Geld für Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekte bereitzustellen (vgl. Kapitel 4.2 für eine Definition von institutionellen Investor:innen und grobe Funktionsweise von Private Equity Fonds). Luxemburg bietet dafür besondere rechtliche Rahmenbedingungen. Auf der Website des Finanz- und Unternehmensberatungsunternehmens Ogier werden diese von einem Berater folgendermaßen formuliert:

„Was Luxemburg so erfolgreich macht, ist [...] die Auswahl an Vorschriften und Rechtsformen, die den unterschiedlichen Bedürfnissen der Anleger gerecht werden. Diese Instrumentenpalette ist besonders attraktiv für Private Equity Fonds, die je nach ihrer Strategie verschiedene Unternehmensformen mit spezifischen Fonds-Bezeichnungen kombinieren können, wie beispielsweise dem Reserved Alternative Investment Fund (RAIF) oder der Luxembourg Investment Company in Risk Capital (SICAR).“
(Hauber, 2025, Übers. d. A.).

Die Studie der Geograph:innen Dariusz Wójcik, Michael Urban und Sabine Dörry (2022) stellt fest, dass Luxemburg dabei eher als Satellitenstandort US-amerikanischer Kapitalverwalter fungiert. Dies ist dabei spezifisch für Luxemburg da die nationale Gesetzgebung dies ermöglicht bzw. begünstigt. Auch der SnCF und der GFCR werden von einem US-amerikanischen Kapitalverwalter gemanagt und nutzen luxemburgische Unternehmensformen. Der SnCF soll über schuldenbasierte Instrumente und Kapitalinvestitionen Gelder für subnationale Institutionen, die sich für Klimaschutz einsetzen, verfügbar machen (Green Climate Fund, 2020b, 2021a). Der GFCR soll Kapitalinvestitionen in Unternehmen tätigen, die zum Schutz von Korallenriffen beitragen. Auch das Project GAIA der japanischen Privatbank MUFG baut einen Private Equity Fonds in Luxemburg auf und hat damit zum Ziel, eine „Finanzierungsplattform“ zu *schaffen*, die „neue Finanzinstrumente und Partner:innen“ für

quasi-staatliche und subnationale Behörden ermöglicht, um Klimaschutzprojekte zu finanzieren (Green Climate Fund, 2023c, S. 4).

Private Equity Fonds haben sich in den letzten 30 Jahren zu einem zentralen Akteur globaler Finanzflüsse entwickelt (Appelbaum & Batt, 2014, S. 1). Die Fonds adressieren als Investor:innen insbesondere reiche Individuen, Stiftungen und Institutionen (Appelbaum & Batt, 2014; Ouma, 2020). Dabei versprechen sie überdurchschnittliche Gewinne durch Investitionen, bei denen meist nicht-börsennotierte Unternehmen (santeile) aufgekauft und anschließend gewinnbringend verkauft werden sollen (Appelbaum & Batt, 2014, S. 1). Dafür verwenden die Fonds Kredite und Kapitalinvestitionen als Finanzinstrumente. Spezifisch für diese Fonds ist die Struktur einer „Limited Partnership“ bestehend aus General Partner und Limited Partner. Die Funktionsweise dieser Struktur genauer zu erklären und nachzuvollziehen, geht über den Rahmen dieser Arbeit hinaus, und ist Gegenstand ganzer Bücher (vgl. Appelbaum & Batt, 2014). Wichtig für das Verständnis an dieser Stelle sind zwei Funktionen dieser Struktur, die Stefan Ouma (2020) mit Bezug auf Applebaum und Batt (2014) und Fraser-Sampson (2012) folgendermaßen benennt: Die „Limited Partnership“ ist sowohl eine organisatorische Struktur, um Wert für Investor:innen zu extrahieren, also Gewinne zu erzielen, als auch eine legale Struktur, um Investitionsrisiken und Entscheidungsverantwortung vom Limited Partner, hinter dem die eigentlichen Investor:innen stehen, auf den General Partner, auszulagern. Dass die Struktur einer Limited Partnership eine sorgfältig und intentional gestaltete finanzielle Infrastruktur ist, um diese beiden Funktionen zu erfüllen, zeigt auch die Tatsache, dass alle drei Investmentfonds (SnCF, GFCR, GAIA) für die Rolle des General Partner und des Investmentfondsmanager Unterfirmen in Luxemburg gegründet haben (Green Climate Fund, 2020b, 2021a, 2023c). Der Investmentfondsmanager ist dabei eine Einrichtung, die unter luxemburgischem Recht operiert, allerdings von den Kapitalverwaltern oder Banken (in diesem Fall Pegasus Capital Advisors LP bzw. der MUFG Bank) kontrolliert wird, und Investitionsentscheidung trifft.

Letztlich geht es in allen drei Projekten, dem SnCF, dem GFCR und Projekt GAIA um den Aufbau von finanzieller Infrastruktur. Die ausführenden Akteure agieren als Vermittler, die Gelder für Klimaschutz- und -anpassungsprojekte verfügbar machen wollen. Dabei gibt es meist zwei Ziele: zum einen Zugänge zu Finanzierungsmöglichkeiten für Akteure zu schaffen, die bisher nur schwer an private finanzielle Mittel kommen konnten (Green Climate Fund, 2023c, S. 10), zum anderen private Gelder für Klimaschutz und -anpassung zu mobilisieren (vgl. Green Climate Fund, 2021a, S. 4). Für beides braucht es finanzielle Infrastruktur. In den zugehörigen Projektanträgen beschreiben die ausführenden Akteure, „Pipelines“ aufbauen zu wollen (Green Climate Fund, 2020b, S. 12, 2021a, S. 12, 2023c, S. 11), um Investitionen in bestimmte Projekte oder Unternehmen tätigen zu können. Zu solchen Investitionspipelines gehören alle notwendigen Schritte, um eine Investition tätigen zu können – von der

Mobilisierung des Geldes über die rechtliche Infrastruktur diverser Subunternehmen bis zur Investition in ein bestimmtes Klimaschutzprojekt in einem der Zielländer. Der Begriff „Pipeline“ schließt hier einerseits an seine Verwendung in der Informatik an: Eine Pipeline meint hier eine Datenverarbeitung, bei der jedes Element der Rohdaten einem Fließbandprinzip folgend einer Reihe von Teilprozessen unterzogen wird. Ähnlich sind bei einer Investitionspipeline zahlreiche Zwischenschritte, die jedes Portfolio-Projekt durchläuft.

Andererseits schließt der Begriff auch an seine Verwendung als materielle Infrastruktur zur Energieversorgung an. Auch finanzielle Pipelines kanalisieren gewissermaßen die Verteilung von finanziellem Kapital. Ähnlich wie eine Gaspipeline hat eine Investitionspipeline materielle Komponenten, die Orte miteinander verbinden, von brachliegenden Zuckerrohrplantagen auf Jamaika zu Briefkastenfirmen in Luxemburg, über Büroräume von Zertifizierungsunternehmen in der Schweiz bis zu den verglasten Hochhäusern der Kapitalverwalter in den USA. Die finanzielle Infrastruktur hat auch – wieder ähnlich wie eine Energieinfrastruktur – materielle Auswirkungen an den Orten der Extraktion. Während diese bei fossiler Energieinfrastruktur jene Orte sind, an denen Gas, Kohle oder Öl abgebaut wird (Frackingfelder, Tagebaulöcher, Bohrfelder), ist der Ort der Extraktion bei der finanziellen Infrastruktur jener, an dem gewinnbringend investiert werden soll, um damit Wert für die Investor:innen zu extrahieren. Materielle Auswirkungen sind dabei zum Beispiel neue Bauprojekte oder Standorterweiterungen, die ggf. mit neuen Arbeitsplätzen verbunden sind. Auch werden niedrigere Löhne für Arbeiter:innen und Standortschließungen durchgesetzt, wenn internationales Kapital rein gewinnorientiert agiert (Appelbaum & Batt, 2014, S. 11). Der Aufbau von finanzieller Infrastruktur beinhaltet dabei neben der Gründung von weiteren rechtlichen Strukturen (Limited Partner, General Partner, Investmentfondsmanager für Private Equity) auch prozessuale Infrastruktur wie die Entwicklung von Entscheidungsprozessen, die Gründung von (Aufsichts-)Räten und die Formulierung von Investitionsrichtlinien. Beispielhaft dafür stehen die Organigramme für Entscheidungsprozesse und Institutionsstrukturen in den Finanzierungsanträgen (vgl. Green Climate Fund, 2020b, S. 26, 2021a, S. 27, 29, 2023c, S. 14).

Die Projekte international agierender, privater Kapitalverwalter oder privater Banken sind nicht die einzigen, die finanzielle Infrastruktur aufbauen. Auch das Projekt der Privatsektor-Abteilung der Interamerican Development Bank (IDB), IDB Invest, Caribbean Net-Zero and Resilient Private Sector (im Folgenden Caribbean Private Sector), baut ein Investmentportfolio auf, über das Gelder zu von der IDB Invest bestimmten Konditionen an ausgewählte Unternehmen und Finanzakteure in der Karibik weitergegeben werden. Ziel des Projekts ist es dabei, ein Portfolio nachhaltiger Unternehmen im Privatsektor der Karibik aufzubauen, um Unternehmen bei einer Transformation hin zu Resilienz und Klimaneutralität (finanziell) zu unterstützen. Investiert werden soll sowohl in neue als auch bereits existierende Kunden der

IDB Invest, die als lokale Finanzinstitutionen Gelder (weiter)verleihen oder Projekte in den Bereichen Energie oder Infrastruktur entwickeln. Als Finanzinstrumente kommen dabei zu 25% Kapitalinvestitionen, zu 50% Schuldenbasierte Instrumente und zu 25% Garantien oder andere Risikoabsicherungsinstrumente zum Einsatz. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass alle vier genannten Projekte (SnCF, GFCR, GAIA und Caribbean Private Sector) eine finanzielle Infrastruktur aufbauen, die zusätzliche Prozesse, Entscheidungsstrukturen und Instrumente schafft.

6.2. Projektziele: Herstellung von Investierbarkeit und *de-risking*

Das erwartete Ergebnis des Projekts der IDB Invest ist, dass „Projekte bankfähig und bereit für Klimainvestitionen sind“ (Green Climate Fund, 2024d, S. 4, Übers. d. A.). Das Wort bankfähig (engl.: *bankable*) meint dabei letztlich, dass Investitionen „gewinnbringend sind und mit einem akzeptablen Risiko den Erwartungen von Investor:innen entsprechen“ (Wullweber et al., 2025, S. 10, Übers. d. A.). Auch SnCF, GFCR und GAIA haben das Ziel private Mittel für Klimafinanzierung zu mobilisieren (vgl. Green Climate Fund, 2020b, S. 17, 2021a, S. 15, 2023c, S. 38). In diesen drei Fällen können institutionelle Investor:innen, die privates Kapital verwalten, direkt in die aufgebauten Fonds investieren. Um privates Kapital zu mobilisieren, muss Investierbarkeit hergestellt werden. Investierbarkeit herstellen oder „bankfähig machen“ erfordert verschiedene Handlungen. Grob lassen sich diese in drei Ebenen unterscheiden: 1) Es geht um eine finanzielle Absicherung von risikoadversen privaten Investor:innen durch bestimmte Finanzinstrumente. Dies kann als finanzielles *de-risking* gesehen werden (vgl. Gabor, 2023, S. 7). 2) Es braucht bestimmte rechtliche und organisatorische Strukturen, die es zum einen für Unternehmen ermöglichen, Kredite zu erhalten und Aktien oder Unternehmensanteile zum Verkauf zu bieten und die zum anderen im lokalen Finanzsystem den Zugang für ausländisches Kapital vereinfachen. Dafür braucht es politische, rechtliche sowie organisatorische Rahmenbedingungen. Dies kann als regulatorisches *de-risking* gesehen werden (vgl. Gabor, 2021, S. 6). 3) Letztlich ist auch eine bestimmte affektive Infrastruktur Teil davon Projekte bankfähig zu machen: Bei Investor:innen muss das Vertrauen geschaffen werden, dass Investitionen finanziell gewinnbringend sind und – im spezifischen Fall der Klimafinanzierung – der Beitrag zum Klimaschutz gesichert ist. Im Folgenden gehe ich auf alle drei Ebenen mit konkretem Bezug auf die GCF-Projekte nochmals ein.

Sowohl bei SnCF, GFCR als auch GAIA werden die vom GCF in Form von Kapitalinvestitionen bereitgestellten Gelder in einer *first-loss* Position eingesetzt. Das heißt, dass dieser Investitionsanteil als erstes an Wert verliert, sollte die Investition sich insgesamt als nicht gewinnbringend herausstellen (vgl. Green Climate Fund (2021a, S. 20) für das Prinzip dieser Risikoverteilung). Auch das Projekt Caribbean Private Sector der IDB Invest setzt finanzielle Risikominderungsinstrumente ein (Green Climate Fund, 2024d, S. 34). Spezifisch werden

hier Risikokapital und Garantien genannt. Risikokapital stellt ähnlich wie die *first-loss* Position den Teil der Investition dar, auf den sich ein Wertverlust als erstes auswirkt. Garantien sind wie in Tabelle 1 beschriebene Zahlungsverpflichtungen, welche die IDB Invest an andere Investor:innen zusichert, sollten diese Zahlungsausfälle erfahren. Damit werden konkrete finanzielle *de-risking*-Instrumente eingesetzt, um Investierbarkeit herzustellen.

Neben den finanziellen *de-risking*-Instrumenten setzen auch alle vier Projekte technische Unterstützung mit dem Ziel Investierbarkeit herzustellen ein. Teile dieser technischen Unterstützung werden dazu genutzt, eine rechtliche und organisatorische Struktur herzustellen, die als regulatorisches *de-risking* verstanden werden kann. So wird beispielsweise beim SnCF für das separat von der IUCN ausgeführte GCF-Projekt, die Technical Assistance Facility for the Global Subnational Climate Fund, formuliert: „Die technische Unterstützung soll [dabei] eine robuste Pipeline bankfähiger Projekte für den Fonds ermöglichen.“ (Green Climate Fund, 2020b, S. 5). Unterstützt wird die Identifikation und Dokumentation eines klaren Klimaschutzpotentials, die Entwicklung von Ökosystem-basierten Lösungen, das Design von Finanzinstrumenten, die das Risiko für private Investor:innen vermindern (also finanzielles *de-risking*), und der Aufbau von Kapazitäten, um das Projekt bankfähig zu machen (Green Climate Fund, 2020a, S. 5). Ähnlich besteht auch der GCFR aus zwei Teilen: dem von Pegasus Capital Advisors LP implementierten Investment Window, das als Private Equity Fonds strukturiert ist (siehe Tabelle 2, dieses ist in dieser Arbeit gemeint, wenn von GCFR gesprochen wird), und ein vom UN Multi-Partner Trust Fund Office verwaltetes Grant Window. Dieses Grant Window ist kein GCF-Projekt und vergibt Zuschüsse für technische Unterstützung, Kapazitätsaufbau, Notfallkredite, Monitoring und Evaluation (Green Climate Fund, 2021a, S. 18). Im Finanzierungsantrag für das Investment Window des GCFR ist dabei klar formuliert, dass das Grant Window auch dazu beitragen soll „eine ermöglichende Umgebung für das Investment Window“ zu etablieren, indem z.B. mit „technischer und wissenschaftlicher Expertise“, „lokalem Wissen“ und „Netzwerken vor Ort“ bei der Überprüfung des Investitionsrisikos (der so genannten Due-Diligence-Prüfung) unterstützt und so zu einem *de-risking* der Unternehmenslandschaft beigetragen wird (Green Climate Fund, 2021a, S. 26f). Auch der GAIA Fonds der MUFG Bank hat eine parallele von der kanadischen Entwicklungsförderungsinstitution FinDev Canada und anderen Gebern finanzierte Einrichtung für technische Unterstützung. Diese soll „den Transaktionsprozess stärken, die Klimaschutzwirkung und Erfolgsrate verbessern und sicherstellen, dass die Projekte ökologische und soziale Standards sowie Gender-Richtlinien einhalten“ (Green Climate Fund, 2023c, S. 13). Außerdem soll die technische Unterstützung dazu dienen, potentielle Empfänger:innen darin zu unterstützen „finanziell tragfähige Projekte zu entwickeln“ (Green Climate Fund, 2023c, S. 14, Übers. d. A.). Auch das Caribbean Private Sector Projekt der IDB Invest hat neben dem durch Kredite finanzierten Teil, mit dem über den oben beschriebenen Aufbau von finanzieller

Infrastruktur, Kredite, Kapitalinvestitionen und Garantien für den Privatsektor bereitgestellt werden sollen, auch noch einen Zuschussbasierten Teil. Dieser umfasst Beratungsleistungen, um “gendersensible und materiell nachhaltige Maßnahmen im privaten Sektor zu fördern und Bereitschaft für Klimainvestitionen [engl.: *Climate Investment-Readiness*] herzustellen” (Green Climate Fund, 2024d, S. 4, Übers. d. A.).

Während in allen vier Fällen erst einmal unklar bleibt, was genau unterstützt wird, wenn beispielsweise finanziell tragfähige Projekte entwickelt werden, Kapazitäten aufgebaut oder die Bereitschaft für Klimainvestitionen gestärkt werden sollen, ist deutlich, dass es in allen Fällen insgesamt darum geht, die Projekte für privates Kapital attraktiv zu machen. Die technische Unterstützung ist also auch eine Unterstützung, um ein gewinnorientiertes Projekt und damit bestimmte organisatorische und rechtliche Formen aufzubauen. Teil der technischen Unterstützung ist daneben die Sicherstellung bestimmter (ökologischer und sozialer) Standards und der Nachweis über einen Beitrag zum Klimaschutz. Mit diesen Maßnahmen wird auch Vertrauen (auf Seiten der Investor:innen) aufgebaut, dass die Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekte tatsächlich wirksam *und* wirtschaftlich sind. In den Finanzierungsanträgen wird die langjährige Erfahrung der ausführenden Akteure (vgl. Green Climate Fund, 2020b, S. 9) oder die Zusammenarbeit mit erfahrenen Partner:innen (vgl. Green Climate Fund, 2020b, S. 5) betont. Dazu werden Bilder von schützenswerten Ökosystemen (z.B. von Korallenriffen, vgl. visuell auf der Website des GFCR und narrativ in Green Climate Fund, 2021a, S. 4) oder technisch kompetente und stabile Unternehmen(landschaft) produziert. All das spricht potentielle Investor*innen auch auf einer affektiven Ebene an und soll Vertrauen vermitteln.

6.3. Akteurskonstellationen der Projekte

Bisher lag der Fokus in der Analyse auf den vier Projekten, die zum Ziel haben, finanzielle Infrastruktur aufzubauen, und dem an den SnCF angeschlossenen Technischen-Unterstützungs-Projekt der IUCN. Die bisher am wenigsten betrachteten Finanzierungsprojekte sind das E-Mobility Program for Sustainable Cities der IDB (im Folgenden E-Mobilitätsprojekt) und das Scaling Up the Deployment of Integrated Utility Services Projekt der CDB (im Folgenden IUS Projekt). In diesem Unterkapitel werfe ich auf beide Projekte einen kurzen Blick, bevor ich das IUS Projekt der CDB gemeinsam mit dem SnCF von Pegasus Capital Advisors genauer betrachte und in einer schematischen Darstellung für beide Projekte Finanzströme und Akteurskonstellationen vergleiche (siehe Abbildung 2 und 3). Abschließend nehme ich nochmal die geographische Verteilung aller Akteure in den sieben Projekten in den Blick.

Das E-Mobilitätsprojekt der IDB hat zum Ziel, elektrische Transportsysteme zu stärken. Der Fokus soll dabei auf öffentlichen Verkehrssystemen liegen. Schwerpunkte des Programms sind es, klimaresiliente Verkehrsinfrastruktur zu entwickeln, die Klimaresilienz des

Stromnetzes durch Pilotprojekte mit grünem Wasserstoff zu stärken, Vehicle-to-Grid-Projekte zu erhöhen und elektrifizierte integrierte urbane Mobilität zu stärken (Green Climate Fund, 2022a). Auch technische Unterstützung ist Teil der Maßnahmen. Im Projektantrag ist dabei explizit genannt, dass dafür die 55 Millionen USD Zuschüsse, die Teil der GCF-Finanzierung sind, genutzt werden (Green Climate Fund, 2022a, S. 4). Diese technische Unterstützung soll die Fokussierung einer „Gender-Perspektive“, die „Implementierung von neuen Unternehmensmodellen für E-Busse“, die „Erarbeitung und Umsetzung von für E-Mobilität förderlichen politischen Maßnahmen“, die „Anwendung von Methoden zur Identifikation von Klimarisiken“, die „Wissensproduktion zu Wasserstoff und V2G“ sowie „Trainings für Stakeholder“ umfassen (Green Climate Fund, 2022a, S. 32, Übers. d. A.). Während diese Zitate zwar bestimmte Ziele für die technischen Unterstützungsaktivitäten angeben, bleibt letztlich wieder vage, was genau unter den Stichworten zu verstehen ist und umgesetzt wird. Neben den genannten 55 Millionen USD Zuschüssen wird das Projekt vom GCF mit 145 Millionen USD Krediten unterstützt, diese werden insbesondere zum Aufbau von elektrifizierter Transportinfrastruktur wie Ladestationen oder E-Bus-Flotten verwendet. Den Kredit nimmt die IDB beim GCF auf und vergibt ihn an die Akteure im Transportsystem als Kredite zur Umsetzung von E-Mobilitäts-Maßnahmen weiter. Diese müssen die Kredite durch Gewinnerwirtschaftung an die IDB zurückzahlen.

Das IUS Projekt der CDB ist das Projekt mit der geringsten GCF-Unterstützung (26,7 Millionen USD)³⁰. Das Projekt wird in der ersten Phase zunächst in Barbados, Belize und Jamaika in Zusammenarbeit mit je einem nationalen Energieversorgungsunternehmen umgesetzt. Interessant ist, dass diese Energieversorgungsunternehmen in Barbados und Jamaika privat und mehrheitlich in der Hand von ausländischen Firmen sind. In Barbados ist das kanadische Unternehmen Emera Inc. 100%iger Eigentümer von Barbados Light and Power Limited (Green Climate Fund, 2025e, S. 2). 80% der Eigentumsanteile an der Jamaica Public Services Company werden von der Marubeni Corporation aus Japan und der East-West Power Corporation aus Südkorea gehalten (Green Climate Fund, 2025e, S. 2). Jamaika selbst besitzt nur 19% des Unternehmens (Green Climate Fund, 2025e, S. 2). Damit arbeitet die CDB in zwei von drei Fällen mit Unternehmen zusammen, deren Eigentumsstruktur im Globalen Norden verortet ist und deren erwirtschaftete Profite zumindest teilweise in den Globalen Norden fließen.

Ziel des IUS-Projekts ist es, Maßnahmen im Bereich erneuerbare Energien und Energieeffizienz bei Kund:innen der Energieversorgungsunternehmen durchzusetzen. Dazu sollen Bildungsprogramme für Kund:innen finanziert, Installationskosten unterstützt und die Möglichkeit einer monatlichen Ratenzahlung für Kund:innen zum Abbezahlen der installierten

³⁰ Das Projekt der IUCN mit 18,5 Millionen USD ist dabei ausgenommen, da dieses letztlich zum SnCF gehört.

Energiemaßnahmen geschaffen werden (vgl. Abbildung 2). Die CDB nutzt Zuschüsse des GCF, um technische Unterstützungsprogramme wie Öffentlichkeitskampagnen oder Wissenstransfer zu den Energieeffizienzmaßnahmen und erneuerbaren Energien zu finanzieren (Green Climate Fund, 2025e, S. 32ff). Die über Kredite bereitgestellten Gelder des GCF sollen gemeinsam mit Geldern der CDB ermöglichen, dass die Energieunternehmen Maßnahmen bei ihren Kund:innen umsetzen und die Kosten dafür in Ratenzahlungen zurückbekommen (Green Climate Fund, 2025e, S. 37). Die als Kredite vergebenen Gelder fließen am Ende zu konzessionären Bedingungen, also z.B. mit niedrigerem Zinssatz wieder zurück an die CDB und von dort in Teilen an den GCF.

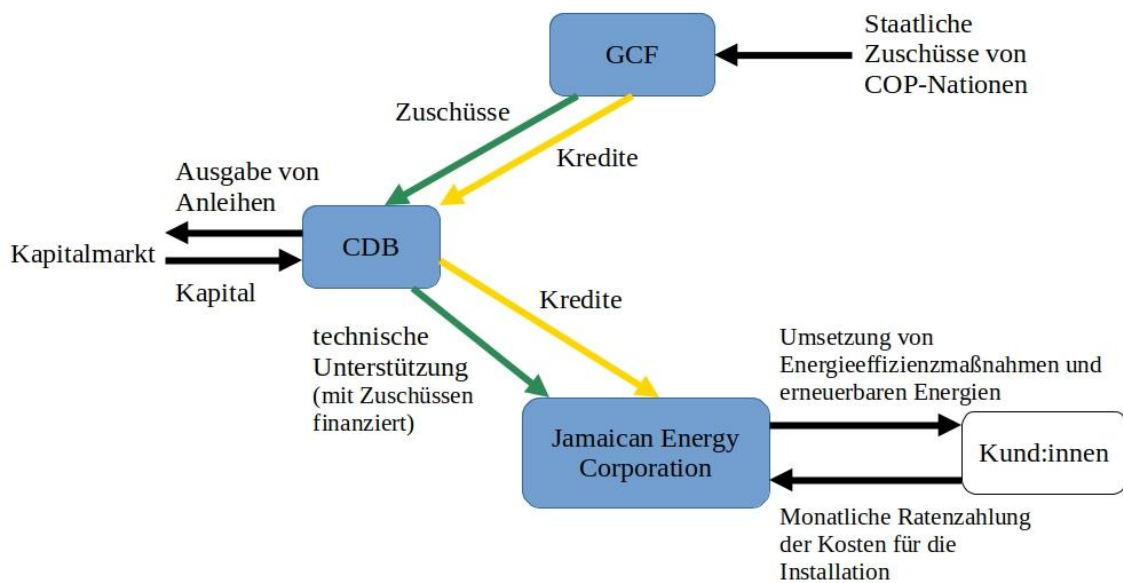


Abbildung 2. Schematische Darstellung der Finanzströme und Akteurskonstellation für das bewilligte Projekt *Scaling up the Deployment of Integrated Utility Services* der CDB. Eigene Darstellung.

Während bei den gerade beschriebenen Projekten im Transportsektor und Energiesektor relativ klar ist, welche Mitigations- und Adaptionenziele mit den mobilisierten Geldern tatsächlich umgesetzt werden, bleibt dies bei den Private Equity Fonds (SnCF, GFCR und GAIA) sowie dem Projekt der IDB Invest unkonkreter. Es werden zwar Bereiche definiert, in die investiert werden soll (am konkretesten beim GFCR für Korallenriffschutz). Letztlich wird die tatsächliche Umsetzung von Maßnahmen durch die Fondsgelder aber erst mit der Investitionsentscheidung bestimmt. Anstelle einer konkreten Maßnahme (wie Energieeffizienzmaßnahmen in Haushalten oder Vergrößerung der Flotten von elektrischen Fahrzeugen) werden hier eher vage Ziele wie „Aufbau finanzieller Infrastruktur“, „Investierbarkeit herstellen“ und „de-risking“ genannt. Diese Beobachtung schließt auch an die von Kalinowski (2024) gemachte Feststellung an, dass die auf den Privatsektor fokussierten Projekte des GCF einen

deutlich breiteren geographischen Fokus haben (vgl. auch Tabelle 2) und weniger zielgerichtet sind (vgl. Kapitel 4.2).

Zusätzlich zu dieser geringeren Konkretetheit sind die Finanzströme und Akteurskonstellationen in diesen Projekten deutlich komplizierter (siehe schematisierte Darstellung der SnCF-Finanzkonstellation in Abb. 3). Zunächst ist auffällig, dass hier eine deutlich größere Anzahl an Akteuren involviert wird. Mit dem SnCF wird eine rechtliche Struktur geschaffen, die von Pegasus Capital Advisors LP als ausführendem Akteur gemanagt wird. Sowohl der GCF als auch andere institutionelle Investor:innen investieren in den SnCF und generieren Gewinne. Die Höhe der Auszahlungen kann zwischen den beiden Akteuren variieren, da der GCF in einer first-loss position investiert und so Verluste als erstes auf ihn umgelegt werden (vgl. Kapitel 4.2). Mit dem Geld von GCF und anderen institutionellen Investor:innen investiert der SnCF in verschiedene regionale Portfolios, z.B. das lateinamerikanische und karibische Portfolio. Ein Portfolio ist dabei ein Katalog verschiedener Projekte, in die alle investiert wird, um das Risiko der Investitionen zu streuen. Die Investitionsentscheidungen, in welche Projekte genau investiert wird und mit welcher Kapitalstruktur, also wie viel als Kredit und wie viel als Kapitalinvestition fließt, werden vom Investment Committee und dem Technical Committee getroffen. Die Portfolioprojekte werden dabei durch die von der IUCN verwaltete Project Preparation Facility vorgeschlagen und vorbereitet. Auf Jamaika befindet sich gerade laut Website des SnCF ein Projekt in Vorbereitung. In der Siedlung Golden Grove soll eine Modell-Kokosnussfarm auf der Fläche einer ehemaligen Zuckerrohrplantage entstehen. Die Modell-Kokosnussfarm soll agroforstwirtschaftliche Methoden anwenden und Weiterverarbeitungsstruktur für Kokosnüsse aus lokalem kleinbäuerlichem Anbau bereitstellen. Dazu soll durch den SnCF in ein lokales Unternehmen investiert werden.

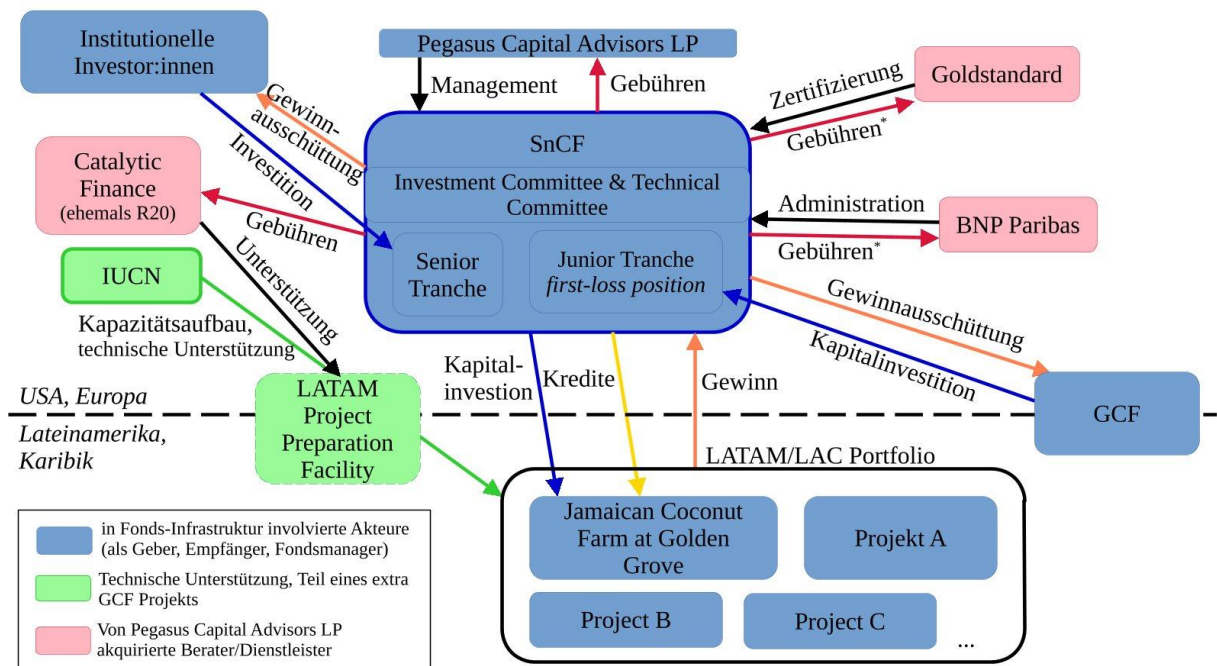


Abbildung 3. Schematische Darstellung der Finanzströme und Akteurskonstellation für den SnCF. Mit der Unterteilung in USA/Europa und Lateinamerika/Karibik wurde zudem eine finanz-räumliche Schematisierung vorgenommen. Eigene Darstellung.

*Über die Bezahlung von Goldstandard und BNP Paribas für ihre Dienstleistungen ist im Projektantrag keine Information zu finden, es ist jedoch anzunehmen, dass sie entweder von Pegasus Capital Advisors oder dem Fonds eine Gebühr erhalten.

Hinzu zu den bereits erwähnten Akteuren kommen drei weitere Akteure, die gegen Gebühren Dienstleistungen übernehmen. Alle drei Dienstleister haben ihren Sitz in Europa. Abb. 3 zeigt die räumliche Verteilung zwischen USA, Europa, Lateinamerika und Karibik bereits schematisch durch die Anordnung der Akteure. Hier wird bereits erkennbar, dass sich Akteure, die Entscheidungen treffen und Gewinnausschüttungen bzw. Gebühren erhalten im Globalen Norden befinden. Diese räumliche Verteilung wird in Abb. 4 für den Großteil der sieben Projekte erkennbar. Abb. 4 verortet alle ausführenden Akteure sowie zentrale in den Projektanträgen genannte Partner:innen geographisch. Grundlage sind die Akteure, die in den sieben bestätigten Finanzierungsanträgen entweder als ausführende Akteure genannt sind oder die zu einem späteren Zeitpunkt bekannt gegeben haben, dass sie zentrale Beratungs- oder Administrationsrollen im Projekt übernehmen (z.B. Pollination Group, 2023). Für eine Auflistung aller Akteure mit Rolle, zugehörigem GCF-Projekt und Staat des Sitzes siehe Tabelle 4 im Anhang. Die Schematisierung in die vier Rollen, ausführender Akteur, Beratung, Administration und ausführender Partner, entstand auf Grundlage der in Abb. 2 und 3 schematisierten Akteurskonstellationen. Als „ausführend“ sind die Akteure benannt, die den Finanzierungsantrag beim GCF eingereicht haben. Als „ausführender Partner“ sind Institutionen benannt, die später bei der Verwendung der Gelder zur Umsetzung der im Projektantrag angekündig-

ten Ziele beteiligt sind. Zu beachten ist, dass ich die IUCN (vgl. Tabelle 2) als Berater:in kategorisiert habe, da diese ähnlich wie FinDev Canada eine technische Unterstützungsrolle übernimmt.

Auch wenn individuelle Unterschiede zwischen den Projekten bestehen, verdeutlicht Abb. 4 insgesamt hierarchische Beziehungen zwischen international agierenden europäischen, nordamerikanischen und multinationalen Akteuren als ausführende Organisation, Berater:innen und Administrator:innen auf der einen und lokalen Akteuren als passive Empfänger:innen von Geldern und technischer Unterstützung auf der anderen Seite. Die Projekte der IDB und CDB benennen in ihren Anträgen als einzige konkrete lokale Partner:innen (Transportunternehmen und lokale Behörden im Projekt der IDB und Energieunternehmen im Projekt der CDB). Die in Abb. 4 als ausführende Partner:innen kategorisierten Akteure auf Jamaika stammen nur aus diesen beiden Projekten. Die vier anderen Projekte (SnCF, GFCR, GAIA, Caribbean Private Sector) führen in ihren Projektanträgen ausschließlich international agierende Partner:innen auf. Lokale Akteure, mit denen konkret zusammengearbeitet werden soll, sind in diesen Projekten nur vage als „lokale Behörden“ oder „lokale Unternehmen“ benannt. Stattdessen werden europäische Beratungsfirmen, Banken und NGOs sowie nordamerikanische und multinationale Entwicklungsinstitutionen als Partner:innen für die Projektumsetzung benannt.

Für den GFCR nennt Pegasus Capital Advisors LP lediglich die „Unterstützung durch sein umfangreiches Netzwerk technischer Partner wie SYSTEMIQ, BNP Paribas und andere“ (Green Climate Fund, 2020, S. 17, Übers. d. A.). Die MUFG Bank arbeitet für GAIA insbesondere mit FinDev Canada als zentralem Akteur für technische Unterstützung zusammen und hat das niederländische Unternehmen Climate Fund Investors mit der Administration sowie das multinationale Unternehmen Pollination Group mit Sitz in Großbritannien, Australien und den USA mit der Beratung beauftragt (Pollination Group, 2023). Schlussendlich konzentrieren sich ausführende Akteure in den USA und Beratungs- und Dienstleistungsanbieter:innen in Europa.

In diesem Kapitel habe ich die GCF-Projekte beschrieben, die Jamaika als Zielland mit einschließen (Übersicht siehe Tabelle 2 und 3). Dabei wird erkennbar, wie die MUFG Bank und Pegasus Capital Advisors LP finanzielle Infrastruktur aufbauen, die von den USA bzw. Japan über Luxemburg bis in die Karibik reicht. Es werden Private Equity Fonds mit einer zusätzlichen rechtlichen Struktur und Entscheidungsprozessen geschaffen, die als Vermittlungsinfrastruktur zwischen GCF, privaten Kapitalakteuren und den Empfängerstaaten wirken. Anschließend ist festzustellen, dass die drei Private Equity Fonds und das Projekt der IDB Invest alle vier zum Ziel haben, mehr privates Kapital für Klimaschutz und -anpassung zu mobilisieren. Deshalb verfolgen sie eine Strategie, mit der in den jeweiligen Sektoren Investierbarkeit hergestellt werden soll. Dies wird insbesondere durch *de-risking*-Instrumente,

technische Unterstützung und das Vermitteln bestimmter Affekte wie Vertrauen oder Schützenswürdigkeit durch Narrative und Visualisierungen schützenswerter Natur erreicht. Die ersten beiden Unterkapitel haben dabei zahlreiche Gemeinsamkeiten zwischen den Projekten gezeigt, die von international agierenden Finanzakteuren ausgeführt werden und auf die Mobilisierung von privatem Kapital ausgerichtet sind. Zuletzt habe ich in einer Gegenüberstellung zwischen dem SnCF und dem IUS-Projekt der CDB herausgearbeitet, dass das IUS Projekt deutlich konkretere Maßnahmen mit lokalen Partner:innen umsetzt, während der SnCF komplexe Finanzströme und Akteurskonstellationen installiert ohne bisher konkrete Maßnahmen auf Jamaika umzusetzen. Insgesamt lässt sich so aus den Beobachtungen schlussfolgern, dass es zwei verschiedene Gruppen von Projekten gibt: Zum einen die Projekte zur Mobilisierung von privatem Kapital (die Private Equity Fonds und das Projekt der IDB Invest) und zum anderen die Projekte von Entwicklungsinstitutionen (IDB und FAO) und regionalen Organisationen (CDB und CCCCC), die konkrete lokale Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen umsetzen. Diese Unterscheidung ist auch für die folgende Diskussion relevant.

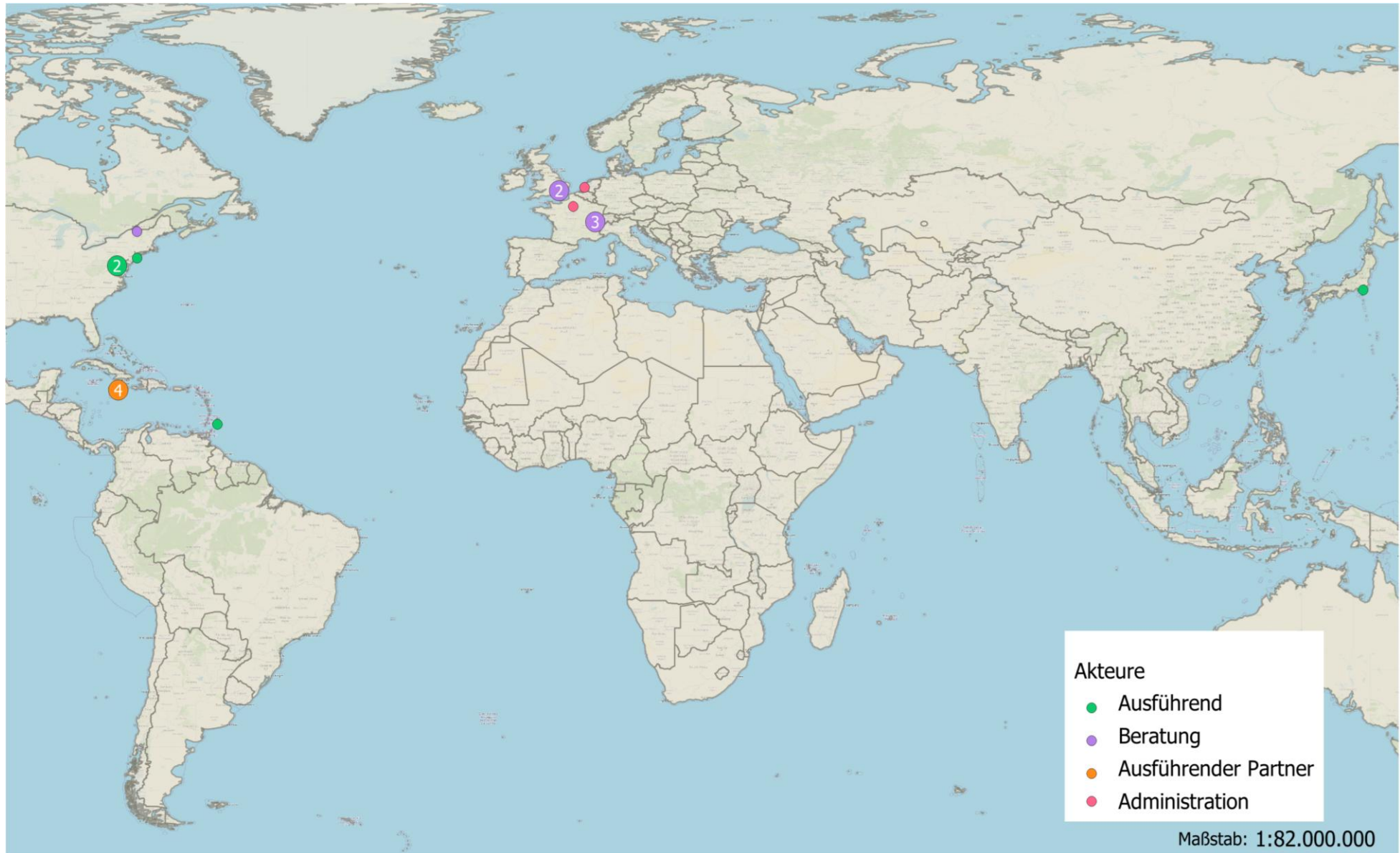


Abbildung 4. Sitz und Rolle der Akteure aus den sieben bestätigten Finanzierungsanträgen. Die mit * versehenen Akteure haben mehrere Standorte. Zahlen in den Punkten zeigen an, dass sich hier mehrere Akteure der gleichen Art befinden. Kartengrundlage ©OpenStreepMap

7. Diskussion: Ungerechtigkeitsverhältnisse in den GCF-Projekten

Ausgangspunkt dieser Arbeit war unter anderem die Beobachtung, dass die internationale (Un)gerechtigkeitsdimension der Klimakrise von UN-Institutionen vor allem durch Fragen von Klimafinanzierung adressiert wird. In Kapitel 6 habe ich versucht, zu verstehen, wie multilaterale Klimafinanzierung durch den GCF auf Jamaika funktioniert. Das bildet die Grundlage, von der aus ich nun die Ungerechtigkeitsverhältnisse sichtbar mache und ordne. Dabei greife ich auf die theoretischen Zugänge aus Kapitel 2 zu *racial capitalism* und Klimakolonialität zurück, um zu verstehen, wo Klimafinanzierungsinstrumente rassistische Hierarchien reproduzieren und diese stabilisieren, und inwiefern die aktuelle Klimafinanzierungslandschaft und -debatte Teil von Klimakolonialität ist. Bevor ich konkreter auf die theoretischen Konzepte eingehe, beleuchte ich im ersten Teil genauer, welche Implikationen für die Transformationsintensität und -ausrichtung durch diese Klimafinanzierung vorangetrieben wird.

7.1. Implikationen für Transformation

Wie Klimafinanzierung ausgestaltet wird, hat Implikationen für die Transformationsintensität und ihre Ausrichtung, die als Reaktion auf den ökologischen Kollaps stattfindet. Was wird finanziert? Wer entscheidet? Welche Beziehungen und Abhängigkeiten werden geschaffen? Welche impliziten Annahmen liegen den Klimafinanzierungsinstrumenten zugrunde? Welche Machtverhältnisse werden durch sie reproduziert? Die folgende Diskussion der im Kapitel 6 gemachten Beobachtungen und deren Bedeutung für globale Ungerechtigkeitsverhältnisse und eine sozial-ökologische Transformation konzentriert sich insbesondere auf drei Aspekte. Zunächst diskutiere ich die Akteurskonstellationen, welche innerhalb der GCF-Programme zusammenkommen. Diese Diskussion bildet den Hintergrund, vor welchem ich in einem zweiten Schritt genauer betrachte, was eigentlich in den GCF-Projekten adressiert wird. In welchen Fällen oder inwiefern sind es die in Kapitel 5.3 herausgearbeiteten Herausforderungen von SIDS und spezifisch von Jamaika? In vielen Fällen adressieren die Projekte die Klimakrise als Finanzierungsproblem (vgl. Kapitel 6). Ein zentrales Instrument dabei ist auch das in mehreren Projekten explizit zum Ziel erklärte *de-risking* von Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekten in Empfängerstaaten. Welches Verständnis von Risiko hier deutlich wird und welche Perspektiven dieses Verständnis für eine Transformation in den Vordergrund stellt, diskutiere ich als letzten Punkt in diesem Unterkapitel.

7.1.1. Machtposition von Akteuren aus dem Globalen Norden

Bis auf ein Projekt werden alle Projekte von internationalen Akteuren ausgeführt. Dabei bilden Finanzakteure (Entwicklungsbanken, private Kapitalverwalter und private Banken) die Mehrheit. Nur zwei Projekte, die sich in der Projektvorbereitung befinden, sind von Entwick-

lungsinstitutionen (der FAO und der CCCCC) eingereicht. Von nationalen jamaikanischen Akteuren gibt es bisher keinen Projektantrag, auch wenn JSIF und DBJ laut eigenen Aussagen Projekte mit dem GCF planen (Barrett, 2024; Jackson, 2024a). Zunächst scheint dies zu bestätigen, dass der Zugang zu Mitteln des GCF für kleinere, nationale Behörden oder Akteure schwieriger ist. Gründe dafür können die fehlende notwendige Expertise und fehlende Kapazitäten sein, die auch in Kapitel 4.2 bereits beschrieben wurden. Auch der Fakt, dass die CDB als regionale Organisation erst 2025 einen Projektantrag eingereicht hat, während die ersten internationalen Akteure bereits 2020 Anträge eingereicht haben, und dass in der Projektvorbereitungsunterstützung drei von vier Projekten von regionalen Organisationen sind, legen die Vermutung nahe, dass ein hoher Kapazitätsaufwand und spezifische Expertise für den Zugang zu Mitteln notwendig sind. Es ist davon auszugehen, dass diese Kapazitäten und Expertise, bei großen international agierenden Finanzakteuren oder auf sehr spezifische Finanzinstrumente ausgerichteten Akteuren in größerem Maß vorhanden sind als in regionalen Organisationen.

Diese Konzentration von Beratungsfirmen und anderen Dienstleistern im Globalen Norden bedeutet, dass Gebühren für diese Dienstleistungen als Einnahmen an europäische und nordamerikanische Firmen fließen (vgl. auch Abb. 3). Zudem kommt es bei technischer Unterstützung zu einer Marginalisierung von lokalem Wissen und alternativen (z.B. Graswurzel-förmigen) Organisationsformen (Diskussion dazu siehe auch Kapitel 7.2). Die Beobachtung, dass US-amerikanische Akteure die Projektdurchführung auf Jamaika über den GCF dominieren, knüpft an Beiträge zum imperialen Einfluss der USA in der Karibik an (vgl. insbesondere Hudson, 2018 für den Finanzsektor, aber auch insgesamt Kapitel 5.1 und 5.2). Ob sowohl die Dominanz von US-amerikanischen Akteuren als auch von Kapitalinvestitionen als Finanzinstrument ein für die Karibik spezifisches Muster bei GCF-Projekte ist, kann in dieser Arbeit nicht beantwortet werden, wäre aber eine relevante Fragestellung für weitere Arbeiten. Insgesamt werden in Abb. 4 globale Nord-Süd-Machtverhältnisse sichtbar. Diese werden weiterhin bei einem genaueren Blick auf die Entscheidungsstrukturen in den Private Equity Fonds deutlich. In diesen Projekten wird der GCF durch eine Projektzusage zum Ankerinvestor im Fonds. Der aus Empfänger- und Geberstaaten quotierte Vorstand des GCF entscheidet also über eine Investition in den Fonds. In welche Projekte genau der Fonds investiert, ist zu diesem Zeitpunkt noch unklar. Finale Investitionsentscheidungen werden letztlich in der von der ausführenden Organisation aufgebauten Finanzinfrastruktur getroffen. In den Gremien der Entscheidungsfindung sitzen mehrheitlich Repräsentant:innen der ausführenden Organisation, also aus dem Globalen Norden. Im Fall des GAIA Fonds wird die finale Investitionsentscheidung vom Credit Committee getroffen (Green Climate Fund, 2023c, S. 21). Darin sind als wahlberechtigte Mitglieder ein:e Repräsentant:in der MUFG Bank, ein:e Repräsentant:in von FinDev Canada und ein:e Repräsentant:in eines Senior Investors vertreten. Damit

sind ausschließlich Perspektiven von Geberseite vertreten und keine lokale oder nationale Perspektive aus dem Empfängerstaat. Bei den beiden von dem US-amerikanischen Kapitalverwalter Pegasus Capital Advisors LP aufgebauten Fonds liegt die Entscheidung über Investitionen bei Pegasus Capital Advisors LP selbst (Green Climate Fund, 2020b, S. 30, 2021a, S. 21). Auch beim Projekt der IDB Invest entscheidet die IDB Invest, in welche Unternehmen investiert wird (Green Climate Fund, 2024d, S. 35). Damit spielen bei den Entscheidungen über Investitionen nicht die Bedürfnisse in den jeweiligen Empfängerstaaten, sondern die Interessen von international agierenden Finanzakteuren eine Rolle. Damit wird letztlich die quotierte Entscheidungsstruktur des GCF umgangen, welche eine der zentralen Innovationen des Fonds gegenüber anderen Fonds war (vgl. Kalinowski, 2020).³¹ So werden Ungleichheiten verstärkt und Selbstbestimmung verhindert. Damit schließt diese Beobachtung auch an das von Baptiste und Robinson (2023, siehe Kapitel 2) definierte Thema der Souveränität in der Karibik an.

Neben der geographischen Verortung der ausführenden Akteure und ihrer Partner:innen für technische Unterstützung, Beratung und Monitoring ist auch die Frage relevant, ob dies private oder öffentliche Institutionen sind. Private Akteure unterliegen keiner demokratischen Kontrolle und sind meist geringerer Transparenz verpflichtet als öffentliche Akteure.³² Ein plakatives Beispiel dafür ist, dass bestimmte Teile der jährlichen Projektberichte von privaten Akteuren beim GCF nicht öffentlich zugänglich sind (vgl. den „non-disclosable“ Teil in Green Climate Fund, 2024a), was oft darin begründet liegt, dass sie von strengeren Berichterstattungsrichtlinien ausgenommen sind und/oder Vertraulichkeitsvorschriften gegenüber privaten Investor:innen einhalten müssen.

Weiterhin wird bei privaten ausführenden Organisationen im Investitionsentscheidungsprozess deutlich, dass diese in der Zusammenarbeit mit Empfängerstaaten insbesondere ihren Investor:innen gegenüber verantwortlich sind. Die Orientierung an den Interessen der Investor:innen bedeutet letztlich eine Gewinnorientierung. Dies wird auch im Standardinvestitionszyklus eines Private Equity Fonds deutlich. Dieser besteht nach dem Fundraising, in welchem um die Ankerinvestition des GCF, aber auch um weitere private Investor:innen geworben wird, aus dem Screening von Projekten, der Due-Diligence-Prüfung, den schrittweisen Investitionen, der „Value Creation“ und schließlich dem Verkauf der Unternehmen(santeile), um den Fonds zu schließen und den Investor:innen ihre Anteile mit

³¹ Es ist unklar, ob der Independent Redress Mechanism, über den Beschwerde gegen vom GCF finanzierte Projekte eingereicht werden kann, noch greifen würde, da die Entscheidung über die konkret zu fördernden Projekte zeitlich versetzt stattfindet und nicht mehr beim GCF liegt.

³² Beides bedeutet nicht, dass dies notwendigerweise bei öffentlichen Akteuren besser ist. Die Weltbank ist beispielsweise eine öffentliche Institution, eine demokratische Kontrolle der Institution ist jedoch kaum vorhanden, da zwar alle Mitgliedsstaaten theoretisch ein Stimmrecht haben, sich die Stimmanteile jedoch je nach Einzahlung bemessen und damit die G7 Staaten knapp 40% der Stimmkraft haben. Weiterhin war auch bei der IDB Invest schwer herauszufinden, welche Unternehmen konkret durch das Caribbean Private Sector Projekt gefördert werden.

erwirtschafteten Gewinnen auszuzahlen (Ouma, S. 124). In welche Klimaschutz- und -anpassungsprojekte schlussendlich investiert wird, hängt also letztlich davon ab, ob bei der Due-Diligence-Prüfung festgestellt wird, dass eine gewinnbringende Investition wahrscheinlich ist. Dabei betrachten die im Rahmen der GCF-Projekte aufgebauten Fonds zwar auch immer ökologische und soziale Ziele, doch stets in Kombination mit finanziellen Gewinnen. So betrachtet der SnCF es als Ziel des etablierten Evaluationsprozesses zur Projektauswahl, dass nur in jene Projekte investiert wird, die den „effizientesten Einsatz von Ressourcen für die größte Wirkung und den größten finanziellen Gewinn“ versprechen (Green Climate Fund, 2020b, S. 4, Übers. d. A.). Für eine Transformation bedeutet die Dominanz privater Akteure und die damit einhergehende Gewinnorientierung die Festschreibung eines gewinnorientierten, wachstumsbasierten Kapitalismus und die Vernachlässigung von Bereichen, die nicht einer strengen Effizienzlogik und Gewinnorientierung folgen, wie z.B. vielen Adaptionsprojekten in der Landwirtschaft und im Gesundheitssektor (siehe auch nächstes Unterkapitel).

7.1.2. Gewinnorientierung anstatt Adressierung lokaler Herausforderungen

Das letzte Unterkapitel hat deutlich gemacht, dass die Akteurskonstellationen der betrachteten GCF-Projekte einem Narrativ folgen, in dem internationale Finanzakteure als *die* Akteure der Transformation dargestellt werden. Die dahinterliegenden Annahmen sind folgende: Finanzakteure müssten nur die richtige Finanzinfrastruktur aufbauen und anschließend in die richtigen Fonds oder Aktien investieren, um genug Geld für eine sozial-ökologische Transformation bereit stellen zu können. Damit ließe sich weltweit genügend Klimaschutz und Klimaanpassung umsetzen. Dieses Narrativ ist Teil des von der Wirtschaftswissenschaftlerin Daniela Gabor vorgeschlagenen Konzepts des Wall Street Consensus (Gabor, 2021, siehe auch Kapitel 4.1). Insbesondere die Projekte der MUFG Bank, Pegasus Capital Advisors LP und der IDB Invest folgen diesem Modell. In diesem Unterkapitel beleuchte ich genauer, welche Implikationen dies für eine Transformation hat und inwiefern das die in Kapitel 6 herausgearbeiteten tatsächlichen Herausforderungen Jamaikas adressiert.

Daniela Gabor beschreibt den „*de-risking* Staat“ (vgl. auch Kapitel 4.1) als Staat, in dem Geld für Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen durch internationale Investor:innen bereitgestellt wird. Die Rolle des Staates ist es, das finanzielle Risiko für die Investor:innen zu minimieren. So werden Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen zu Anlagemöglichkeiten. Diese „müssen einen realen Output erzeugen“ (Ouma, 2020, S. 137, Übers. d. A.), was die finanzierten Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekte einschränkt. So wird z.B. vom SnCF vor allem in Unternehmen investiert, die ein Produkt (überwiegend Energie oder Energieinfrastruktur) herstellen, welches verkauft werden kann (Green Climate Fund, 2024a, S. 3). Die Investitionen des SnCF und des GFCR in Tourismusinfrastruktur (in beiden Fällen in eine Art „ökologisches Hotel-Resort“) belegen diese Orientierung an Gewinn ebenfalls. Der

Tourismussektor ist ein profitabler und damit wichtiger Wirtschaftssektor in der Karibik (Hanna, 2025) – Gewinne scheinen hier vergleichsweise sicher. Allerdings setzt der Sektor an vielen Stellen ökologische Zerstörung und Ungleichheit fort (beispielsweise die Einschränkung des Strandzugangs, siehe Kapitel 5.3). Das weist darauf hin, dass lokale Bedürfnisse der Gewinnorientierung untergeordnet werden. Dies ist ein weiterer Indikator dafür, dass eine Gewinnorientierung an erster Stelle steht, mit der Konsequenz, dass lokale Bedürfnisse vernachlässigt und deprivilegiert werden. Dass multilaterale Klimafinanzierung jedoch durchaus gezielt lokale Herausforderungen adressieren kann, zeigen die Projekte von regionalen Akteuren und das Projekt der FAO.

Am direktesten werden lokale Herausforderungen auf Jamaika (siehe Kapitel 5) von dem Programm der CDB zur Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienzmaßnahmen und dem Programm der FAO zur Stärkung einer resilienten Landwirtschaft adressiert. Im Projekt der FAO soll unter anderem ein Informationssystem zur Katastrophenvorwarnung aufgebaut werden (Barrett, 2025), eine Forderung, die auch konkret von einer interviewten Kleinbäuerin nach einem Sturzregen 2023 vorgebracht wurde (Williams, 2023). Daneben hat das Projekt zum Ziel sogenannte „Modell-Farmen“ aufzubauen, die als Vorbild für klimaresiliente Landwirtschaft dienen. Weiterhin sollen Unterstützungspakete u.a. mit Regenwassernutzsystemen oder Mulch an besonders vulnerable Kleinbäuer:innen verteilt werden und der Zugang zu Finanzierung für Kleinbäuer:innen verbessert werden, um diesen innerhalb von privat-öffentlichen Partnerschaften die Anwendung von „klimasmarter Landwirtschaft“ und skalierbaren Lösungen zu ermöglichen (Barrett, 2025; Green Climate Fund, 2023a). Die Effekte dieser Strategie zu beurteilen, ist im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich. Unabhängig von dieser offenen Frage ist jedoch festzuhalten, dass auf Jamaika von lokalen Akteuren bereits Bildungsangebote zu klimaresilienter Landwirtschaft existieren (vgl. Clayton, 2023), die bei der Etablierung solcher Modell-Farmen mit einbezogen werden sollten. Weiterhin gilt es zu beachten, dass Mikrofinanzierung im Bereich der Landwirtschaft oft zu Verschuldung von individuellen Betrieben führt, was wiederum zu psychischer Belastung (Vandenberghe et al., 2024) oder zur Konzentration von Landbesitz (da Bäuer:innen ihr Land verkaufen, um Schulden abzubezahlen, siehe IPES Food, 2023) führen kann. Anstelle von Krediten an Kleinbäuer:innen wäre es hier eine konkrete Alternative, Zuschüsse zu vergeben.

Das IUS-Projekt der CDB adressiert die Herausforderung einer Energiewende und einer effizienteren Energienutzung. Elektrizitäts- und Wärmenutzung ist mit 32,9% der Sektor mit den zweitgrößten Treibhausgasemissionen (International Energy Agency, 2025). D.h. das Projekt adressiert einen maßgeblichen Transformationsbedarf auf Jamaika. Der Sektor mit den größten Treibhausgasemissionen ist der Transportsektor. 61,4% des auf Jamaika verbrauchten Öls entfällt auf diesen (International Energy Agency, 2025). Damit adressiert auch

das Projekt der IDB zur Elektrifizierung des Transportsektors die Energiewende auf Jamaika und damit eine der in Kapitel 5 herausgestellten Herausforderungen.

In der Vorbereitung befindet sich ein Projekt zur Resilienzstärkung des Fischereisektors (Green Climate Fund, 2023a), welches von der CCCCC eingereicht wurde. Auch dieses adressiert die zentrale Herausforderung der Ernährungssicherheit, die sich angesichts der ökologischen Krise stellt. Daneben befinden sich noch zwei Projekte in der Vorbereitung, die beide von der CDB eingereicht wurden und zum Ziel haben, finanzielle Infrastruktur aufzubauen, um die Verfügbarkeit von konzessionären Krediten für karibische Staaten zu erhöhen (Green Climate Fund, 2020c) bzw. um Kapital für die *Blue Economy* in der Karibik zu mobilisieren (Green Climate Fund, 2023b). Das erste der beiden Projekte adressiert dabei auch eine spezifische Herausforderung vor der eine Vielzahl von karibischen Staaten stehen, die als Middle Income Countries klassifiziert werden: konzessionäre Kredite sind oft nur für Low Income Countries verfügbar (Green Climate Fund, 2020c). Beide Projektvorbereitungsanträge lassen vermuten, dass von lokalen Akteuren vorgebrachte Vorhaben zum Aufbau von finanzieller Infrastruktur deutlich besser auf lokale Bedürfnisse eingehen können. Insbesondere der Antrag des Projekts Transforming Finance to Unlock Climate Action in the Caribbean benennt lokale Entwicklungsbanken als Partnerinstitutionen und konkrete Herausforderungen für die Finanzierung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen in der Karibik.

Auch wenn die genannten Projekte konkrete Herausforderungen adressieren, bleiben sie dennoch größtenteils in Profitabilitätslogiken verhaftet. Das liegt daran, dass die zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel Kredite sind und zurückbezahlt werden müssen, was in der Konsequenz auch hier eine Ausrichtung an einer gewissen Rentabilität verursacht (vgl. auch die Regelungen im Investitionsrahmen des GCF, Kapitel 4.1). Im IUS-Projekt der CDB wird für die Installationskosten der Energieeffizienzmaßnahmen ein Kredit verwendet. Somit bleiben die Kosten letztlich bei den privaten Haushalten, die diese mit ihrer monatlichen Rechnung an das Stromunternehmen zurückzahlen. Eine Finanzierung über Zuschüsse würde stattdessen aktiv an einer Umverteilung mitwirken und Endkundinnen die Technologien kostenlos zur Verfügung stellen. Auch das Projekt der IDB zu elektrischer Verkehrsinfrastruktur wird hauptsächlich über Kredite finanziert und muss damit Gewinne zur Rückzahlung erwirtschaften. Schlussendlich orientiert die Fokussierung an einem Output eine Transformation stärker an Effizienz- und Konsistenz-Strategien als an Suffizienz-Strategien. Anstatt zu fragen, welches Maß an Verkehrsaufkommen oder Energieverbrauch für ein gutes Leben notwendig ist und wie der bestehende Energieverbrauch darauf reduziert werden kann (Suffizienz), setzen die Programme auf Elektrifizierung und Solarpanels (Konsistenz) sowie LED-Beleuchtung und energieeffiziente Klimaanlage (Effizienz).

Letztlich ist auch auffällig, dass der kritische Zustand des Gesundheitssektors auf Jamaika mit keinem der Projekte adressiert wird, obwohl in diesem Sektor von verschiedenen

Quellen eine Anpassungsnotwendigkeit festgestellt wird (vgl. Kapitel 5). Um dem Fehlen von medizinischem Fachpersonal auf der Insel entgegenzuwirken, könnte die jamaikanische Regierung beispielsweise mit Mitteln des GCF, die als Zuschuss vergeben werden, ein Ausbildungsprogramm starten. Diese Beobachtung passt zu der Erkenntnis von Kalinowski (2024), dass Privatsektorprojekte des GCF vor allem Mitigations- und weniger Adaptionsmaßnahmen umsetzen. Weiterhin zeigt diese Feststellung, dass in den GCF-Projekten (meist Frauen zugewiesene) Carearbeit in der Adressierung von Auswirkungen der ökologischen Krise übersehen wird. Stattdessen werden technische Aspekte (z.B. Energieinfrastruktur und Transportinfrastruktur) fokussiert. Diese Verengung reproduziert Muster, die mit ursächlich für die sozial-ökologische Krise sind. Dass die ökologische Krise separat von der sozialen Krise adressiert wird, setzt die Abspaltung des Reproduktiven (also z.B. Care und Bildung) vom Produktiven und die Hierarchisierung von Produktivität gegenüber Reproduktivität fort (Biesecker & Hofmeister, 2010). Körper genauso wie Natur werden als Ressourcen gesehen (Biesecker & Hofmeister, 2010), die Wirtschaft wird als getrennt von der (reproduktiven) Ökologie betrachtet (Hickel, 2022). So erscheint Technologie als Rettung, die das Problem innerhalb der menschlichen Wirtschaft löst, indem sie die Produktion von fossilen auf erneuerbare Quellen umstellt. Vernachlässigt werden dabei ein kontinuierlicher Materialverbrauch und damit einhergehende neue Formen von Kolonialismus (Hickel, 2022, vgl. auch Klimakolonialität in Kapitel 2).

7.1.3. Verschleierung von Ungerechtigkeitsverhältnissen durch Risiko-Diskurs

Fonds wie GAIA, SnCF oder GFCR investieren in Regionen, die besonders vulnerabel gegenüber der Klimakrise sind (z.B. SIDS oder LDCs), in (über)lebenswichtige Infrastruktur. Gleichzeitig entsteht ein Narrativ, welches die Investor:innen dieser Fonds als jene darstellt, die ein so großes Risiko tragen, dass staatliches Handeln notwendig ist (vgl. Kapitel 6.2). Dieses Narrativ verschleiert zugrundeliegende Ungleichheitsstrukturen: Während es für die Investor:innen um Gewinn geht, geht es für die Bevölkerungen im Globalen Süden ums Überleben. In diesem Unterkapitel möchte ich mich diesem Diskurs um Risiko widmen.

Da die Implikation, dass alleine Investor:innen Risiko tragen, eine Verzerrung ist, führe ich in diesem Unterkapitel zwei weitere Risiken ein: Neben dem finanziellen Risiko der Investor:innen existieren im Kontext von Jamaika auch das Risiko durch Klimakrisenfolgen und das Risiko *durch* Finanzialisierung und spezifisch ausländische Direktinvestitionen, wie die von Private Equity Fonds.³³ Auffällig ist, dass die Träger:innen der verschiedenen Risiken unterschiedlich sind: Das finanzielle Investitionsrisiko tragen Investor:innen, das Risiko durch

³³ Auch das Risiko durch Klimakrisenfolgen und durch ausländische Direktinvestitionen können finanzielle Risiken sein. Wenn beispielsweise durch Extremwetterereignisse Ernteerträge kann das auch finanzielle Verluste für Kleinbäuer:innen bedeuten.

Klimakrisenfolgen und die Folgen von ausländischen Direktinvestitionen trägt die jamaikanische Bevölkerung.

Im Fall des GCF federt ein mit öffentlichen Geldern gefüllter Fonds die finanziellen Risiken der Investor:innen durch seine *first-loss position* ab. Zusätzlich fließen vom GCF-Gelder in Form von Zuschüssen in technische Unterstützung, die durch ihre „making bankable“-Agenda die Risikowahrnehmung von Investor:innen senken und zur Verringerung von politischem Risiko beitragen (vgl. Kapitel 6.2). Wer genau in die in dieser Arbeit betrachteten Fonds investiert, ist nicht transparent. Allerdings ist im Fall von sogenannten Impact-Investments, also Investitionen, die über den finanziellen Gewinn hinaus auch soziale und ökologische Ziele verfolgen (O’Donohoe et al., 2010), ein globales Muster zu erkennen, in dem „die überwiegende Mehrheit der Impact-Investor:innen ihren Sitz im Globalen Norden hat, mehr als die Hälfte des Gesamtwerts der Investitionen jedoch im Globalen Süden investiert wird“ (Langley, 2020, S. 329, Übers. d. A.). Die Frage danach, wer das finanzielle Risiko trägt bzw. in größerem Ausmaß tragen würde, wenn der GCF oder Staaten des Globalen Südens keine *de-risking* Maßnahmen durchführen, lässt sich also verkürzt gesagt mit Investor:innen aus dem Globalen Norden beantworten. Zu beachten ist jedoch, dass die sozialen Gefüge im Finanzsektor komplex sind: institutionelle Investor:innen, die in Private Equity Fonds investieren, sind auch Pensionsfonds, deren Verluste aufgrund der finanzierten Altersvorsorge auch die unteren Klassen im Globalen Norden treffen würden.

Dennoch ist der eigentliche Knackpunkt, dass die Risiken, welche jene tragen, die von Klimakrisenfolgen und den Folgen einer Finanzialisierung betroffen sind, in den von Finanzakteuren geprägten Diskursen um Risiko keine Rolle zu spielen scheinen. In diesen Diskursen tragen das Risiko jene, die die Investitionen in Korallenriffschutz, erneuerbare Energieinfrastruktur, nachhaltige Landwirtschaft oder Abwasserinfrastruktur tätigen, und nicht jene, deren Ernährungssicherheit durch Dürren bedroht ist, deren Häuser von Hurrikans und Meeresspiegelanstieg bedroht sind oder deren Gesundheit von Temperaturanstieg und Infektionskrankheiten bedroht ist. Die Risiken, welchen die jamaikanische Bevölkerung durch die ökologische Krise ausgesetzt ist, wurden bereits in Kapitel 5 zusammengefasst. Interessant ist die Beobachtung, dass über diese Risiken im Diskurs um Klimafinanzierung als Vulnerabilität gesprochen wird, ohne zu benennen, dass diese Vulnerabilität sozial produziert ist (vgl. Kapitel 1 und 2.1). Damit wird die Betroffenheit von Klimakrisenfolgen naturalisiert und entpolitisiert und es wird erschwert, das Risiko, welches Investor:innen tragen, dem, welches die lokale Bevölkerung trägt, diskursiv gegenüberzustellen. Der Fall von Hurrikan Beryl und den Katastrophenanleihen, welcher zu Beginn dieser Arbeit beschrieben wurde, verdeutlicht die Absurdität und Realität dieser Verdrehung: Letztlich ist es die lokale Bevölkerung auf Jamaika, die ein doppeltes Risiko trägt, eine körperliches, durch die zerstörerische Gewalt des Sturms, und ein finanzielles in Folge nicht ausgezahlter Katastrophenanleihen.

Während das Risiko, welchem die lokale Bevölkerung durch Klimawandelfolgen ausgesetzt ist, als Vulnerabilität zumindest teilweise adressiert wird, wird das zweite Risiko, welches durch die Finanzialisierung entsteht, gar nicht adressiert. Um die Konsequenzen, die Investitionen durch Private Equity Fonds für die lokale Bevölkerung haben können, exemplarisch greifbar zu machen, möchte ich auf die Beobachtungen Stefan Oumas zurückgreifen. Ouma beschreibt in seinem Buch „Farming as a Financial Asset“, welche Effekte die Finanzialisierung von Landwirtschaft durch Private Equity Fonds hat. Auch wenn die von Ouma betrachteten Fälle sich von den tatsächlichen (oder in Jamaika bisher hypothetischen) Fällen von Private Equity Fonds unterscheiden³⁴, so überschneiden sie sich doch in ihren grundlegenden Prinzipien von Private Equity Fonds. Zentrales Merkmal ist die Ausrichtung auf eine Wertsteigerung des Investitionsobjekts (Green Climate Fund, 2023c, S. 25; vgl. Ouma, 2020, S. 151).

Drei wiederkehrende Themen, welche Ouma als Konsequenz von Investitionen durch Private Equity Fonds beschreibt, sind die der Beschleunigung der Umsetzung von Maßnahmen und die der Überwachung und Versicherheitlichung. Alle haben damit zu tun, dass Profite für die Investor:innen innerhalb von wenigen Jahren realisiert (Beschleunigung), sichergestellt und präsentiert (Überwachung) und jederzeit kapitalisiert werden können müssen (Versicherheitlichung). Auf den von Ouma beobachteten Betrieben entstand ein umfangreicher Apparat von Überwachung und Erfassung, um Investor:innen in regelmäßigen Abständen Berichte vorzulegen und diese von der Profitabilität der Investition zu überzeugen. Einer der Betriebe wurde eingezäunt, was Ouma als Versicherheitlichung zur Kontrollierbarkeit und Verringerung von Eventualitäten, die den Wert des Betriebs beeinflussen könnten, interpretiert (Ouma, 2020, S. 139). In der Folge konnten lokale Viehhirt:innen ihr Vieh nach der Ernte nicht mehr auf den Feldern weiden lassen (Ouma, 2020, S. 139).

Ouma beschreibt auch drei Fälle, in denen Investitionen durch Private Equity Fonds tatsächlich zur Verbesserung von ökologischen Standards (im Fall eines Milchbetriebs in Aotearoa Neuseeland) und zur Unterstützung von lokalen Kleinbäuer:innen (im Fall einer Verarbeitungsinfrastruktur für Geflügelfutter und einer für Milch in Tansania) geführt haben (Ouma, 2020, S. 149ff). Doch Ouma merkt auch kritisch an, dass Fonds meistens „mehrere Standbeine“ haben und jene oft risikoreicheren Portfolioprojekte, die stärker auf soziale und ökologische Verbesserungen ausgerichtet sind, von konventionelleren Projekten mit sicherer und größerer Gewinnmarge im Portfolio kompensiert werden (Ouma, 2020, S. 152). Insbesondere bei den Verarbeitungsinfrastrukturen, welche Kleinbäuer:innen unterstützen, weist Ouma darauf hin, dass diese Macht für eine Monopolstellung aufbauen. Diese kommt dadurch zu-

³⁴ Die von Ouma betrachteten Fälle befinden sich in Aotearoa Neuseeland und in Tansania und sind alle Investitionen in landwirtschaftliche Betriebe. Während einige von ihnen sogenannte „Impact Investitionen“ sind und auch soziale und ökologische Ziele verfolgen, sind es doch lange nicht alle.

stande, dass die Kontrolle über eine Verarbeitungsstruktur von der Kleinbäuer:innen abhängig sind, es leichter macht, Produktionsschritte entlang der Wertschöpfungskette vertikal zu integrieren. Im konkreten Beispiel könnten die von Private Equity Fonds (teilweise) gekauften Verarbeitungsunternehmen vorgelagerte Milch- oder Geflügelbäuer:innen aufkaufen, um den Unternehmenswert (und damit den Gewinn für Investor:innen) zu steigern. Das würde zum Aufbau einer Monopolstellung im Markt beitragen (Ouma, 2020, S. 150). Auch wenn die Macht für eine Monopolstellung in der Zeit der Investition durch den Fonds nicht ausgenutzt wird, ist der finale Schritt der Verkauf der Unternehmensanteile oder des Unternehmens. Ob folgende Eigentümer:innen nach dem Verkauf des Unternehmens(anteils) die Monopolstellung ausbauen und ausnutzen oder nicht, ist ungewiss (Ouma, 2020, S. 150).

Mit den Einblicken aus Stefan Oumas Fallstudien lassen sich die Aktivitäten der drei Private Equity Fonds in der Karibik und das Risiko, welches sie für die lokale Bevölkerung kreieren, besser verstehen. Überträgt man Oumas Beobachtungen auf das auf Jamaika geplante Portfolioprojekt des SnCF, kann beispielsweise die Kokosnuss-Farm auf Jamaika mit Verarbeitungsinfrastruktur für kleinbäuerliche Erzeugnisse (Subnational Climate Fund, 2025) für lokale Kleinbäuer:innen ein Risiko vertikaler Integration (das Aufkaufen von Farmen) darstellen.

Insgesamt werden historische Ausschließungen und Ungleichheiten reproduziert und ignoriert, wenn das Risiko einer Transformation einseitig bei denen gesehen wird, die finanzielles Kapital bereitstellen. Die Auslassung anderer Risiken, ist oft auch eine rassistische Ignoranz, weil die Betroffenen rassifizierte Bevölkerungen im Globalen Süden und die Profiteure im Globalen Norden sind. Der Diskurs um *de-risking* verschweigt das Risiko, welches Klimakrisenfolgen mit sich bringen. Was tatsächlich das Risiko für Menschen (vor allem im Globalen Süden) vergrößert, ist die Fortsetzung eines fossilen Wachstumskapitalismus und die anhaltende Untätigkeit bei Klimaschutz und -anpassung. Schlussendlich ist der Diskurs um *de-risking* Teil einer epistemischen Gewalt, die Teil von Klimakolonialität ist.

7.2. Anwendung der Theoriekonzepte: Spektakel der Klimafinanzierung

We have adequate high risk appetite and we want to encourage our partners to venture into new territories for low-carbon and climate-resilient investment.

(Green Climate Fund, 2019c, S. 4)

Dieses Zitat ist in der Broschüre der *Private Sector Facility* des GCF zu finden. Es schließt an die in Kapitel 6 und 7.1. beobachteten und diskutierten Themen von Investierbarkeit und *de-risking* an. In der verwendeten (Bild)Sprache schließt es außerdem an koloniale Imaginationen von Entdeckern und *frontier finance* (vgl. Ilias Alami, Kapitel 2.2) an. Ein „adäquater Risiko-Appetit“, „etwas wagen“ und „neue Territorien“ vermitteln hierarchische Beziehungen,

fokussieren einseitig die Geber:innen bzw. Investor:innen und machen historische Ungerechtigkeitsverhältnisse unsichtbar bzw. reproduzieren diese. Sie sind Teil eines Spektakels, in dem tatsächlich Betroffene weitestgehend Zuschauer:innen bleiben, während sich auf der Bühne international agierende Finanzakteure als „großzügige Retter:innen“ inszenieren und die Rolle „des Entwicklungsstaats“ weitestgehend auf ein passives Sich-belehren-lassen beschränkt wird. Im Folgenden setze ich die Beobachtungen aus den letzten Kapiteln in Beziehung zu den Theorieansätzen des *racial capitalism*, Sultana's Beschreibung von Klimakolonialität und Ferdiand's Konzepten von kolonialer Ökologie und kolonialem Bewohnen. Damit will ich erörtern, welchen Blick die in Kapitel 2 vorgestellten Theoriekonzepte ermöglichen, welche Muster sich erfassen lassen und wo möglicherweise auch Leerstellen in der Theoretisierung existieren.

7.2.1. Epistemische Gewalt und materielle Konsequenzen

Farhana Sultana beschreibt Klimakolonialität als Fortsetzung von kolonialer Gewalt und die Fortschreibung der spezifischen Machtstruktur der Kolonialität durch die Klimakrise. Diese Gewalt wird bei Klimafinanzierung sowohl in epistemischer als auch materieller Form spürbar. Klimafinanzierung ist sowohl eng mit der Produktion von Diskursen und Wissen verbunden ist als auch mit materieller Verteilung. Sultanas Konzept der Klimakolonialität zeigt insbesondere, in welcher historischen Kontinuität die beobachteten Klimafinanzierungsstrukturen stehen und welche verkörperten Erfahrungen dahinter sichtbar werden können. Im Folgenden diskutiere ich Fragen von (diskursiver) Sichtbarkeit und Repräsentation und Entscheidungsstrukturen mit Sultana als epistemische Gewalt. Anschließend betrachte ich deren materielle Konsequenzen als Fortsetzung eines kolonialen Bewohnens der Erde und als Ausweitung von imperialer Machtausübung durch das Finanzsystem (vgl. Danewid, 2025) und Akkumulationsregimen.

Epistemologische Klimakolonialität adressiert die Frage, wer oder was (un)sichtbar gemacht wird, wer Wissen produziert, wer spricht, wer gehört wird und wer Punkte auf die Agenda bringt (Sultana, 2022, S. 9). In den analysierten Finanzierungsanträgen wird eine technokratische Sprache verwendet. In den meisten Fällen geht es um das Design bestimmter Finanzinstrumente, „Projekt-Pipelines“ oder Fonds-Strukturen. Innerhalb dieser Dokumente werden historische und räumliche Ungerechtigkeiten und Machtbeziehungen durch technischen Jargon wie „*de-risking*“ und beschönigende Formulierungen wie „philanthropische Bemühungen“ (Green Climate Fund, 2021a, S. 18) unsichtbar gemacht.

Die Beiträge von Frankreich, Deutschland und Großbritannien, sowie den privaten Stiftungen der Paul G. Allen Familie (mittlerweile bekannt unter dem Namen „Allen Family Philanthropies“) und von Prinz Albert II. von Monaco werden im Grant-Window des GFCR als „philanthropisch“ bezeichnet (Green Climate Fund, 2021a, S. 25). Das stellt Geber:innen als

großzügige Wohltäter:innen dar und ignoriert damit die räumliche Ungerechtigkeit, dass diese sich in Regionen befinden, die weniger von der Klimakrise betroffenen, bzw. mit besseren Schutz- und Resilienzvorkehrungen (zumindest für einen Großteil der Bevölkerungen) ausgestattet sind. Die besseren Schutz- und Resilienzvorkehrungen und der größere Reichtum der Geber:innen sind Ergebnis einer historischen Ungerechtigkeit. Alle drei Geberstaaten haben von den Plantagenökonomien und versklavter Arbeit in der Karibik profitiert, und damit nicht nur Reichtum aus der Karibik extrahiert, sondern auch die Resilienzfähigkeit der Ökosysteme und Bevölkerungen dort geschwächt (vgl. Happel et al., 2024 für das Beispiel Haiti). Legt man Cedric Robinsons Argument zugrunde, dass jeder Kapitalismus rassistischer Kapitalismus ist, wird auch deutlich, dass der Reichtum der Allen Familie in den USA und des Prinzen von Monaco innerhalb eines *racial capitalism* entstanden sind und nur über rassifizierte Hierarchien akkumulierbar waren. Dies wird bei der Darstellung als „philanthropisches Investment“ unsichtbar gemacht. Geber:innen als „philanthropisch“ zu benennen, stellt diese als *weiße* Retter:innen dar. Das steht im Gegensatz zu lokalen, karibischen Perspektiven, die europäische Regierungen beispielsweise im karibischen 10-Punkte-Reparationsplan klar als Täter und Schuldner adressieren und zur Zahlung von finanziellen Reparationen auffordern (CARICOM Reparations Commission, 2025). Diese Forderungen werden in der aktuellen Klimafinanzierung ignoriert. Auch die Diskurse um *de-risking* machen, wie in Kapitel 7.2.3. ausgeführt, die Perspektiven von Menschen in der Karibik unsichtbar, indem das Risiko der Investor:innen zentriert und die Bedrohung durch Extremwetterereignisse, Klimakrise und ausländische Investitionen für die lokale Bevölkerung dezentriert werden. Reparative Gerechtigkeit oder Klimaschuld wird in keinem der Finanzierungsprojekte als Hintergrund für Zahlungen adressiert.

Zu dieser Depolitisierung und Enthistorisierung trägt auch die technische Sprache bei, in welcher die Finanzierungsanträge verfasst sind. Sie vermittelt eine (finanz)technische Lösung für ein scheinbar rein technisches Problem. Die Komplexität der in den Finanzierungsprojekten vorgestellten technischen „Lösungen“ kann auch als gezielte Intransparenz und Vorenthalten von Wissen interpretiert werden. Damit setzt sich die bereits genannte Ausschließung von lokalen Perspektiven fort. Technischer Jargon, komplizierte Finanzinstrumente und die komplexen Konstellationen von Finanzakteuren verschleiern insbesondere bei Private Equity Fonds die tatsächlichen materiellen Konsequenzen der Projekte. Zugespitzt könnten die materiellen Konsequenzen der Private Equity Fonds ungefähr so ausgedrückt werden: Institutionen und reiche Individuen des Globalen Nordens extrahieren Wert aus Klimaschutz und -anpassung im Globalen Süden. Der GCF ermöglicht dies, indem er Wertverluste auf sich nimmt, um Profite von Investor:innen zu sichern. Entscheidungen, in was investiert wird, liegen bei den Fondsmanagern im Globalen Norden. Kriterien sind Wachstumsorientierung und Profit, um die Kapitalanteile (möglichst gewinnbringend) zu ver-

kaufen und am Ende der Fondslaufzeit einen möglichst hohen Gewinn an Investor:innen auszahlen zu können. Klimaschutzprojekte werden zu Kapitalanlagen gemacht. Das bedeutet nicht, dass durch Private Equity Fonds nicht auch Projekte, die aktiv zu Treibhausgaseinsparungen oder Resilienz beitragen können, finanziert werden (dass dies so ist, zeigt auch Ouma, siehe auch Kapitel 7.1.3). Vielmehr verweist es auf die strukturelle Logik dieser Form von Klimaschutz und -anpassung.

Die vier Projekte, deren zentrales Ziel es ist, Investierbarkeit herzustellen, können als Teil der von Ferdinand beschriebenen kolonialen Ökologie gesehen werden, in der koloniale Logiken fortbestehen (vgl. Ferdinand, 2022) und durch technische Sprache verschleiert werden. Die Funktion der kolonialen Ökologie ist die Bewahrung des kolonialen Bewohnens der Erde. Insbesondere die Private Equity Fonds und das Projekt der IDB Invest lassen erkennen, dass die Karibik als untergeordneter Raum gesehen wird, in dem europäische und nordamerikanische Investor:innen Profite generieren können und der gleichzeitig abhängig von Finanzierung aus dem Globalen Norden ist, damit dort überlebensnotwendige Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen durchgesetzt werden können. Damit lässt sich Ferdinands erstes Prinzip der geographischen Beziehung des kolonialen Bewohnens der Erde auf diese Klimafinanzierungsprojekte beziehen (vgl. Kapitel 2.1).

Das zweite Prinzip ist das der Ausbeutung: „Der Zweck des kolonialen Bewohnens war die kommerzielle Ausbeutung, [...] die Möglichkeit Produkte zum Zweck der Bereicherung zu extrahieren“ (Ferdinand, 2022, S. 28, Übers. d. A.). Auch hier schließen insbesondere die Private Equity Fonds und das Projekt der IDB Invest an. Ihr Ziel ist es, gewinnbringende Investitionsmöglichkeiten für private Investor:innen zu schaffen. Dies knüpft an Tilleys Begriff der extraktiven Investierbarkeit an. Extraktive Investierbarkeit wird in diesem Zusammenhang nicht nur als Investition in extraktive Industrien wie Plantagen oder fossile Energien verstanden, sondern auch als Extraktion oder Aneignung von Gewinnen durch ausländische Investor:innen. Während Pegasus Capital Advisors LP und die MUFG Bank zu Beginn der Projektanträge einen Beitrag zu Adaptions- und Mitigationsmaßnahmen als Ziel nennen, wird in allen drei Fällen später klar, dass sich das „Fonds Team kontinuierlich darauf konzentriert, den Wert für die Investor:innen zu maximieren“ (Green Climate Fund, 2020b, S. 25, Übers. d. A.) und „zu vollständig kommerziellen Bedingungen operieren und so eine marktgerechte Rendite für Endkreditnehmer und kommerzielle Investoren gewährleisten [wird]“ (Green Climate Fund, 2023c, S. 43, Übers. d. A.). Portfolioprojekte werden schlussendlich nach ihrer finanziellen Rentabilität ausgewählt. Dass Klima- oder Naturschutz als Mittel zum Zweck der Profitmaximierung dient, ist genau das Muster einer kolonialen Ökologie, deren historische Entstehung Ferdinand in den kolonialen Anstrengungen von Wald- und Bodenschutz zur Effizienzsteigerung der Plantagen sieht (Ferdinand, 2022, S. 115ff). Die Extraktion von Profiten für Investor:innen ist dabei nur möglich, weil der GCF finanzielle Risiken auf sich nimmt (fi-

nanzielles *de-risking*) und technische Unterstützung bezuschusst, die unter anderem regulatorische Maßnahmen umsetzen, welche die Investierbarkeit fördern (regulatorisches *de-risking*).

Das dritte Prinzip des kolonialen Bewohnens der Erde, der *othercide*, kann in Bezug auf Klimafinanzierung als die Auslöschung von nicht gewinnorientierten oder nicht kapitalistischen Maßnahmen verstanden werden. Wenn Projekte investierbar gemacht werden sollen, beinhaltet dies eine Homogenisierung von Organisationsstrukturen. „Die Reduktion des Anderen auf das Gleiche“ (Ferdinand, 2022, S. 29, Übers. d. A.) wird auch in den von Akteuren aus dem Globalen Norden durchgeführten technischen Unterstützungsprogrammen deutlich. Hier werden im Auftrag des Klimaschutzes und der Katastrophenresilienz westliche Normen von Produktivität und Expertise universalisiert und negiert, dass bereits Expertisen auf Jamaika vor Ort sind.

Bereits in Kapitel 7.1. wurde deutlich, dass es Unterschiede zwischen den einzelnen GCF-Projekten gibt. Dennoch setzen beispielsweise auch das Projekt der IDB und der CDB zu Blue Economy ein bestimmtes gesellschaftliches Naturverhältnisse und (Natur)Beherrschung fort, die charakteristisch für eine koloniales Bewohnen der Erde sind. So werden beispielsweise vor allem technologische Lösungen (z.B. Wasserstoff und Elektromobilität, erneuerbare Energien und Energieeffizienz,) vorangetrieben oder der wirtschaftliche Nutzen von Ökosystemen in den Vordergrund gestellt (Blue Economy), was der Idee der Naturbeherrschung durch „den Menschen“ folgt. Allerdings zeigt das Projekt ADAPT der FAO, dass Klimafinanzierung nicht notwendigerweise *othercide* und Extraktion beinhalten muss. Das von der FAO in diesem Projekt verfolgte Konzept der klimasmarten Landwirtschaft scheint prinzipiell indigene, kleinbäuerliche Praktiken zu betrachten (FAO, 2021).

Das koloniale Bewohnen der Erde hat mit dem Prinzip der Extraktion auch eine materielle Konsequenz. Wenn Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen zu Anlage- bzw. Extraktionsmöglichkeiten für Investor:innen werden, die damit Gewinn extrahieren, findet eine Finanzialisierung von Klimapolitik statt (vgl. Kapitel 2.2.2). Insgesamt macht dieser Prozess Klimaschutz und -anpassung zum neuen Akkumulationsfeld (vgl. Kapitel 2.2.2), in dem die vermögende Klasse insbesondere im Globalen Norden neue Gewinne machen kann (vgl. Abbildung 4 und Kapitel 7.1). Für eine Transformation bedeutet dies eine Orientierung an kapitalistischer Verwertbarkeit, um Gewinne zu erzielen und eine Vertiefung und Ausweitung von kapitalistischen Beziehungen. Anstelle von Umverteilung, werden historisch gewachsene, ungleiche Akkumulationsmuster gefestigt (Táíwò, 2022, vgl. auch Kapitel 2.3). Anstelle von lokalen Bedürfnissen stehen Gewinnverpflichtungen gegenüber den Investor:innen im Vordergrund.

Diese materiellen Konsequenzen der Finanzierungsprojekte sind auch eine Antwort auf die Frage, wessen Interessen durch die Finanzierungsprojekte vertreten werden. Die in Kapi-

tel 7.1 bereits herausgestellte ungleiche Verteilung von Entscheidungsmacht ist Teil epistemologischer Gewalt und führt dazu, dass insbesondere bei den Private Equity Fonds die Interessen von Investor:innen aus dem Globalen Norden vertreten werden. Nicht nur die Entscheidung in welche Unternehmen investiert wird, sondern auch welche unternehmerischen Strategien dort umgesetzt und an wen die Unternehmensanteile letztlich verkauft werden, liegt bei Fondsmanager:innen im Globalen Norden, die ihren Kund:innen (also Investor:innen) gegenüber verantwortlich für ein Profitmaximierungsversprechen sind. Die Finanzierungsprojekte wirken so als Erweiterung des Machtbereichs von privaten Kapitalverwaltern und Banken mit Sitz im Globalen Norden. Dies schließt auch an Danewids Beschreibung von Finanzstrukturen als Ausweitung imperialer Machtausübung an (vgl. Kapitel 2.2).

Ich habe in diesem Unterkapitel dargestellt, dass die bereits in Kapitel 7.1 herausgearbeitete ungleiche Verteilung von Entscheidungsmacht sowie das Unsichtbarmachen des Risikos, welches die Bevölkerungen in den Staaten des Globalen Südens tragen, als epistemologische Klimakolonialität gesehen werden können. Technische Unterstützungsprogramme und die Herstellung von Investierbarkeit können außerdem als Homogenisierung nach westlichem Vorbild gesehen werden und schließen so an Ferdinands Konzept des *othercide* an. Hinzu kommen technische Sprache und irreführende Formulierungen, die historische und räumliche Ungerechtigkeitsverhältnisse verschleiern. Hinter diesem Schleier werden materielle Muster von Klimakolonialität fortgesetzt. Hier lässt sich insbesondere eine Fortsetzung von einer extraktiven Beziehung, in der Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekte im Globalen Süden zu Kapitalanlagen werden, feststellen. Somit erfüllen die Klimafinanzierungsprojekte alle drei Merkmale eines kolonialen Bewohnens der Erde. Am deutlichsten sind die Verbindungen zu Klimakolonialität und kolonialem Bewohnen für die vier auf die Produktion von Investierbarkeit ausgerichteten Projekte. Sultana beschreibt, dass es „[b]ei der von Gebern vorangetriebenen Entwicklung [...] um Macht [geht]; sie ist weder neutral noch harmlos“ (Sultana, 2022, S. 8, Übers. d. A.). Sowohl dieses Unterkapitel, als auch Erkenntnisse aus der Diskussion in Kapitel 7.1 bestätigen diese Aussage, indem sie deutlich machen, dass kapitalistische und koloniale Beziehungen reproduziert werden. Das Unsichtbarmachen von räumlichen und historischen Ungerechtigkeiten rückt dabei nicht nur durch eine Perspektive von Kolonialität in den Vordergrund, sondern auch durch eine Perspektive von *longue durée* und relationalen Geographien. Durch eine Perspektive von *longue durée* wird erkennbar, wie sowohl die Klimakrise als auch dominanten Bearbeitungsstrategien der Krise mit der Kolonisierung der Amerikas zusammenhängen und nicht getrennt von dieser betrachtet werden können. Relationale Geographien verweisen darauf, dass die relativ gesehen besseren Möglichkeiten und Kapazitäten für Klimaschutz und -anpassung in den Staaten des Globalen Norden und deren größerer Reichtum und die geringeren Kapazitäten für Schutz und Anpas-

sung sowie der eingeschränkte finanzielle Handlungsspielraum der Staaten des Globalen Südens koproduziert sind. Entsprechend regen beide Perspektiven dazu an diese Zusammenhänge bei der Beurteilung von Klimafinanzierung als gerecht oder ungerecht mit in Betracht zu ziehen. *Longue durée* und relationale Geographien sind zentraler Rahmen für das Konzept von *racial capitalism* (vgl. Kapitel 2.2). Entsprechend ist die Diskussion der Theoriekonzepte Kolonialität, koloniale Ökologie und *racial capitalism* nicht trennscharf zu unterteilen. Die hier diskutierte Unsichtbarmachung und Ausnutzung historisch entstandener, globaler Ungerechtigkeitsverhältnisse ist ebenso Teil von *racial capitalism*. Der nächste Abschnitt beschäftigt sich nochmal genauer mit der Mobilisierung von rassifizierter Differenz im Rahmen von Klimafinanzierung innerhalb eines *racial capitalism*.

7.2.2. Rassifizierte Investierbarkeit und Entbehrlichkeit

Insgesamt haben fünf von sieben bereits bestätigten GCF-Projekten zum Ziel, bankfähige Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekte zu entwickeln und so Investierbarkeit herzustellen (vgl. Kapitel 6.2). Im vorangegangenen Unterkapitel habe ich bereits ausgeführt, inwiefern diese Herstellung von Investierbarkeit als Extraktion von Wert verstanden werden kann und dabei auf Lisa Tilley's Begriff der extraktiven Investierbarkeit verwiesen. Tilley stellt in ihrer Analyse auch fest, dass extraktive Investierbarkeit eingebettet in einen breiteren politischen Kontext verstanden werden muss. Im Fall von Indonesien in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war dieser Kontext die wirtschaftliche und finanzielle Unabhängigkeitsbestrebung der damals sogenannten "Dritten Welt" (vgl. Tilley und Kapitel 2.2). Im Fall von Klimafinanzierung können der Diskurs um Investierbarkeit und mit ihm einhergehende interne Restrukturierungen in Richtung einer Öffnung des Markts für ausländische Investitionen als Reaktion auf die real existierende Alternative des Green New Deals gesehen werden (vgl. Gabor und Kapitel 7.1). Das heißt das Projekt der Investierbarkeit ist auch als Teil einer bestimmten Form von Klimaschutz zu verstehen, in der die Finanzialisierung von Klimapolitik ein neues Akkumulationsregime schafft (vgl. auch Kapitel 7.2.1). In Kapitel 2 habe ich bereits herausgearbeitet, dass das Konzept *racial capitalism* darauf verweist, dass Akkumulation auf ungleiche Beziehungen angewiesen ist (vgl. Kapitel 2.2). Inwiefern diese in den betrachteten Klimafinanzierungsprojekten reproduziert werden, um Investierbarkeit herzustellen, ist der erste Teil dieses Unterkapitels. Im zweiten Teil des Unterkapitels beschäftige ich mich mit der Beziehung zwischen Investierbarkeit und Entbehrlichkeit.

Ilias Alami und Vincent Guermond nennen in ihrem Aufsatz mit Blick auf die Herstellung von Investierbarkeit bei digitaler, finanzieller Integration und transnationalen Investitionen drei Momente, in denen rassifizierte Differenzen mobilisiert werden (vgl. Kapitel 2.2). Zum einen bei der Gleichsetzung von „Finanzierungsproblemen“ mit „Entwicklungsproblemen“. Zum anderen bei der Produktion von „idealtypischen finanziellen Empfänger:innen“ und „ei-

nem guten Entwicklungsstaat“. Zuletzt bei der Mobilisierung von „abstrakten Risiken“ auf Basis von kolonialen Imaginationen und rassistischen, affektiven Infrastrukturen. In allen betrachteten Projektanträgen der GCF-Projekte werden Barrieren benannt, die der Finanzierung und Umsetzung von Klimaschutz- und -anpassungsprojekten im Weg stehen. Hier wird die Mobilisierung rassifizierter Differenz am deutlichsten. Diese Barrieren reproduzieren die Vorstellungen eines linearen Entwicklungsmodells, in dem Institutionen des Globalen Nordens als Positivbeispiele vorkommen und in dem Unterentwicklung durch rassistische Stereotype naturalisiert und entpolitisiert wird. Beispielsweise werden „regulatorische, politische, ökonomische und institutionelle Schwächen“ oder zu hohe technische Anforderungen im Projektantrag der MUFG Bank als Gründe genannt, warum Klimaschutz- und Anpassungsprojekte nur schwer Gelder mobilisieren können (Green Climate Fund, 2023c, S. 10, Übers. d. A.). Die Rahmung als „Schwächen“ macht die negative Konnotation und die hierarchische Unterordnung gegenüber „Stärken“ deutlich. Auch wenn es tatsächlich institutionelle oder technische Herausforderungen geben mag, die zu Schwierigkeiten im Zugang zu Finanzierung führen, naturalisiert diese Beschreibung diese, anstatt auf ihre strukturellen und historischen Hintergründe aufmerksam zu machen (vgl. Táíwò, 2022, S. 55). Insgesamt wird durch diese Hierarchisierung die Art und Weise wie Klimafinanzierung stattfindet de-thematisiert und die Veränderungsnotwendigkeit allein bei den Institutionen in den Empfängerstaaten gesehen. Damit wird auch der Status Quo eines strukturell ungleichen Verhältnisses zwischen Geber:innen bzw. ausführenden Akteuren, Berater:innen sowie Administrator:innen und den Empfänger:innen im Globalen Süden aufrecht erhalten. Mit *racial capitalism* lässt sich genau dieses Ungleichheitsverhältnis als notwendig für Akkumulation (und damit ein kapitalistisches System) theoretisieren.

In den vier auf Investierbarkeit fokussierten Projekten wird zum Ziel erklärt, einen Sektor oder individuelle Klimaschutzprojekte „bankfähig“ machen zu wollen. In diesem Ziel schwingt auch ein:e idealtypische:r finanzielle:r Empfänger:in mit. Dies wird insbesondere darin deutlich, dass Beratungsleistungen oder technische Unterstützung als Maßnahme angeboten werden, um „bankfähig“ zu machen. Die IDB Invest bietet im Rahmen des GCF-geförderten Projekts Caribbean Net-Zero and Resilient Private Sector „Beratungsdienstleistungen zur Förderung geschlechtersensibler und materiell nachhaltiger Maßnahmen im privaten Sektor“ an (Green Climate Fund, 2024d, S. 4, Übers. d. A.). Im selben Finanzierungsantrag wird auch das „beschränkte Wissen über adäquate Business-Modelle und Klimaschutzlösungen“ als Barriere genannt (Green Climate Fund, 2024d, S. 3, Übers. d. A.). Dadurch wird klar, dass idealtypische Empfänger:innen bestimmten Standards (gendersensibel, nachhaltig, businessorientiert und nachhaltig) entsprechen sollen, die den Empfängerstaaten abgesprochen werden. Dies stellt abermals eine Hierarchisierung dar, in der die Beratungsdienstleister (im konkreten Fall die US-amerikanische IDB Invest) als gendersensibler, nachhaltiger

und adäquater dargestellt werden als karibische Unternehmen. Das Beispiel zeigt auch, dass zu den von Alami und Guermond (2023) genannten Eigenschaften eines idealtypischen finanziellen Empfängers in der Klimafinanzierung noch Vorstellungen von „effektivem Klimaschutzmanagement“ und „Gendersensibilität“ als gewünschte Eigenschaften hinzukommen. Sowohl die oft in den Projekten integrierte technische Unterstützung, um die Barrieren zu adressieren, als auch die PPF des GCF (bei der Beratungsdienstleistungen von Beratungsunternehmen übernommen werden) reproduzieren in Teilen einen Paternalismus, indem sie eine hierarchische, beherrschende Form von Zusammenarbeit schaffen.

Zentrales Thema in fast allen Finanzierungsanträgen ist außerdem das *de-risking* von Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekten in den jeweiligen Ländern. Das setzt eine Produktion von abstrakten Risiken voraus, die „durchdrungen von rassifizierten Machtbeziehungen und kolonialen Hierarchien“ sind (Alami & Guermond, 2023, S. 1089, Übers. d. A.). Diese Risiken sind unter anderem durch die oben beschriebene Mobilisierung von rassistischen Stereotypen von Empfänger:innen und „Entwicklungsstand“ begründet. So werden zum Beispiel im Finanzierungsantrag des GFCRs „Konflikte und politische Unsicherheiten“ als Risiken benannt. Die Formulierung dieses „politischen Risikos“ schließt an koloniale Hierarchien an, indem „das sogenannte ‚Problem von postkolonialer Regierung‘, welches sich auf die Ängste westlicher, neoliberaler Eliten bezieht, dass unabhängig gewordene Staaten und Bevölkerungen unfähig sind, sich selbst zu regieren“, reproduziert wird (Alami & Guermond, 2023, S. 1084, Übers. d. A.). Gleichzeitig sind die Bilder, die mobilisiert werden, nicht nur Imaginationen von „Wildnis“ und „Entdeckern“ und „Unvorhersehbarkeit“, welche abstrakte Risiken vermitteln (vgl. auch Eingangszitat dieses Kapitels). Es werden auch Paradiesimaginationen von schützenswerter Natur (z.B. Korallenriffe beim GFCR), Technikutopien (z.B. E-Mobilität, Wasserstoff bei dem Projekt der IDB) und einer „Helfer:innenrolle“ von Investor:innen mobilisiert. Diese positiv konnotierten Bilder können als Stimulation von Investitionswillen bei Impact-Investor:innen gesehen werden. All diese Imaginationen folgen kolonialen Kontinuitäten. Insgesamt wird bei der Betrachtung von Klimafinanzierung über den GCF deutlich, dass bisher keine internationale Struktur entstanden ist, welche finanzielle Mittel orientiert an Notwendigkeit in den betroffenen Staaten aufteilt. Die Beobachtungen aus Kapitel 6 und deren Diskussion in diesem Kapitel sprechen dafür, dass das Narrativ des Klimaschutzes performativ ist. Es ist Teil des Spektakels, um andauernde Akkumulation durch räumliche Praktiken zu legitimieren.

Die Problemdeutung einer „grünen Finanzierungslücke“ (vgl. Kapitel 4) trägt dazu bei, zu legitimieren, dass mit Klimaschutz Gewinn gemacht werden können muss, da sonst private Mittel nicht mobilisierbar wären, um die Finanzierungslücke zu schließen. Diese Gewinnorientierung schreibt in einem rassistischen Kapitalismus allerdings auch immer rassistische Gesellschaftsstrukturen fort. Damit steht sie konträr zu Táiwòs grundlegendem Argument,

dass Klimagerechtigkeit nicht ohne Reparation für Versklavung und Kolonialismus erreicht werden kann. Diese Reparation erfordert dabei eine grundlegende Überwindung von ungleichen Verteilungsstrukturen entlang von rassifizierter Differenz (Táíwò, 2022). Táíwò nennt konkrete materielle Schritte in Richtung einer solchen Neuordnung. Darunter fallen die Auflösung von Steuerparadiesen für reiche Kapitalbesitzer und Schuldenstreichung für die Staaten des Globalen Südens. Diese konkreten Maßnahmen würden indes auch zur Schließung einer "grünen Finanzierungslücke" beitragen, indem sie den finanziellen Handlungsspielraum von Staaten erweitern. Neben konkreten materiellen Schritten, ist auch die Veränderung der Art und Weise, wie über Klimafinanzierung gesprochen wird, ein Ansatzpunkt. Oft sind „Geber:innen“ jene, die eigentlich aufgrund von historischen Emissionen und kolonialer Ausbeutung etwas schulden (vgl. Kapitel 2.3). Letztlich ist auch die Dezentrierung des Investitionsrisikos und eine Zentrierung der lebensbedrohlichen Risiken, denen Menschen angesichts von Klimakrisenfolgen gegenüberstehen, ein Versuch den dominanten Narrativen etwas entgegenzusetzen.

Diese mit dem Diskurs von *de-risking* verbundene rassistische Ignoranz verweist auf die Produktion von Entbehrlichkeit. Bhattacharyyas Analyse, dass vor dem Hintergrund der Klimakrise entschieden wird, wessen relative Privilegien gesichert werden und wer entbehrlich ist, schließt hier an. Insbesondere für die auf die Mobilisierung von privaten Mitteln fokussierten Projekte gilt: alles was nicht bankfähig gemacht werden kann, wird als entbehrlich konstruiert. Diese Zuschreibung von Entbehrlichkeit verläuft entlang kolonialer und rassistischer Strukturierungen. Nicht die (Über)Konsumgewohnheiten des Globalen Nordens oder der globalen Eliten werden als entbehrlich betrachtet, sondern die Gesundheit der jamaikanischen Bevölkerung, die durch ein personell unterbesetztes Gesundheitssystem und die zunehmende Klimakrise bedroht ist. Soziale und ökologische Gerechtigkeit für die lokale Bevölkerung im Globalen Süden wird als entbehrlich kreiert, während Gewinnchancen für Investor:innen (deren Unternehmenssitz überwiegend im Globalen Norden ist) gesichert werden. Schlussendlich kanalisieren die Produktion von Investierbarkeit und die Produktion von Entbehrlichkeit gewissermaßen die Verteilung von finanziellen Mitteln in der Klimakrise.

Wichtig für diese Diskussion ist, dass in dieser Arbeit nicht die vom GCF abgelehnten Projekte betrachtet wurden. Es kann also keine aktive Entscheidung des GCF dagegen festgestellt werden, den Gesundheitssektor und Landwirtschaftssektor (in größerem Ausmaß) auf Jamaika zu finanzieren. Dennoch geben die bisher bestätigten Projekte einen Überblick über die Bereiche, die bisher nicht finanziert werden und entsprechend mindestens von akkreditierten Organisationen als entbehrlich betrachtet werden bzw. für welche der GCF bei der Mittelmobilisierung scheitert. *Racial capitalism* macht hier sichtbar, dass dieses Scheitern nicht naturgegeben ist, sondern aus rassistischen Zuschreibungen von Entbehrlichkeit resultiert.

Insgesamt lässt sich erkennen, dass insbesondere die Private Equity Fonds und das Projekt der IDB Invest durch die Herstellung von Investierbarkeit und die Zuschreibung von Entbehrlichkeit eine kapitalistische Disziplinierung durchsetzen. Während Kalinowski (2024) es als „gute Nachrichten“ bezeichnet (S. 290), dass Privatsektor-Projekte des GCF besonders in vielen vulnerablen Staaten durchgesetzt werden, wird in dieser Arbeit mit den Konzepten *racial capitalism* und Klimakolonialität sichtbar, dass diese Projekte kapitalistische Logiken durch die Herstellung von Investierbarkeit und Entbehrlichkeit vertiefen und damit auch rassistische Hierarchisierungen festigen. Das stellt Kalinowskis Wertung als „gute Nachricht“ in Frage. Die vorherrschende Erzählung der Klimaschutzprojekte vermittelt, dass dabei alle profitieren könnten – die lokalen Bevölkerungen in den Empfängerstaaten durch die Umsetzung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekten und die Investor:innen durch Gewinne. Doch selbst wenn bestimmte lokale Akteure profitieren, legt diese Diskussion nahe, dass durch die Erzählung einer Win-Win-Situation verschleiert wird, dass lokale Bevölkerungen und Investor:innen in ungleichem Maß profitieren. Für die einen geht es um den Schutz der Lebensgrundlagen, für die anderen um Akkumulation.

8. Schluss und Ausblick: Klimafinanzierung als Fortschreibung kolonialer Ungerechtigkeiten

Nach Hurrikan Beryl entwickelten sich 2024 noch 17 weitere große Wirbelstürme im Nordatlantik und zogen auf die Karibik zu (National Hurricane Center, 2025a). Die Stürme Helene und Milton richteten dabei einen noch größeren finanziellen Schaden an als Beryl (78.700 Millionen USD und 34.300 Millionen USD insgesamt, National Hurricane Center, 2025a). Helene war mit Abstand der tödlichste Sturm mit 176 Toten (National Hurricane Center, 2025a). Hurrikan Rafael streifte im November 2024 nochmals Jamaikas Südküste und brachte Regenfälle und Fluten mit sich (The Gleaner, 2024). Am 28. Oktober 2025 traf Hurrikan Melissa in Jamaika auf Land und übertraf in seiner Zerstörung alle bisherigen Stürme (National Hurricane Center, 2025b). 45 Menschen kamen durch Melissa auf Jamaika ums Leben (United Nations, 2025). Der Schaden, den Melissa auf Jamaika anrichtete beläuft sich auf 8,8 Milliarden USD, was 41 Prozent des BIPs Jamaikas sind (World Bank, 2025c). Das ist ein 40 Mal höherer Schaden als jener, den Beryl anrichtete.

Diese Stürme vertiefen rassifizierte Hierarchien und koloniale Machtbeziehungen (Bonilla, 2020; Ferdinand, 2022). Internationale Klimafinanzierung ist eine Antwort der internationalen Gemeinschaft auf die Ungerechtigkeit der Klimakrise samt dieser Extremwetterereignisse. Diese Arbeit hat am Beispiel der GCF-Finanzierungsprojekte auf Jamaika gezeigt, dass internationale Klimafinanzierung die Kolonialität des globalen Finanzsystems und der Klimawandelfolgen außer Acht lässt (vgl. Kapitel 7.2.1). In keinem der bestätigten Finanzierungsanträge wurden rassistische Ungerechtigkeiten der Klimakrise benannt. Stattdessen tragen vier (mit dem Projekt der IUCN fünf) der Projekte aktiv dazu bei, ein neues Akkumulationsfeld für Investor:innen zu schaffen. Auch die Projekte der IDB und CDB tragen nicht zu einer strukturellen Umverteilung von Mitteln bei, sondern erhalten Ungleichheitsverhältnisse aufrecht. Diese Klimafinanzierung reproduziert die von Ferdinand beschriebene doppelte Fraktur, indem sie die ökologische Krise getrennt von kolonialen Ungerechtigkeiten betrachtet. Damit verfehlt sie auch die Möglichkeit zu reparativer Gerechtigkeit beizutragen, da weder historische Schuld der Industriestaaten anerkannt und Klimareparationen auf den Weg gebracht werden (vgl. Mfochivé et al., 2025) noch Klimaschutz und Reparation für koloniale Ausbeutung zusammengedacht werden (vgl. Táíwò, 2022). Stattdessen können die hier beschriebenen GCF-Projekte als Teil einer kolonialen Ökologie verstanden werden, die koloniale Ungerechtigkeiten vertieft (Ferdinand, 2022). Epistemologische Ungerechtigkeiten innerhalb der Klimafinanzierung durch den GCF entstehen insbesondere durch die im Globalen Norden verorteten Entscheider:innen, Berater:innen und Verwalter:innen (vgl. Abbildung 4), welche die Perspektiven von Menschen vor Ort ignorieren (z.B. im Diskurs um *de-risking*),

lokale Expertise abwerten und durch eine komplizierte Sprache den Fortbestand von Ungerechtigkeitsverhältnissen verschleiern (vgl. Kapitel 7.1.2). Letztlich geht es insbesondere in den auf die Mobilisierung von privatem Kapital fokussierten Projekten weder um ökologische noch um soziale Gerechtigkeit, sondern darum Gewinne für Investor:innen zu erzielen. Damit folgen die Projekte einer kolonialen Logik, die zum Ziel hat Kapital für vornehmlich im Globalen Norden sitzende Akteure mit Projekten im Globalen Süden zu akkumulieren.

Wenn jeder Kapitalismus rassistischer Kapitalismus ist (vgl. Kapitel 2.2) findet auch Klimafinanzierung in einem System des rassistischen Kapitalismus statt. Die Zielsetzung in dieser Arbeit war unter anderem, herauszuarbeiten, wie genau Klimafinanzierung durch rassistische Hierarchien funktioniert und diese stabilisiert. Dabei ist zunächst klar geworden, dass die Finanzialisierung von Klimapolitik ein Akkumulationsfeld entstehen lässt, welches per se auf ungleiche Beziehungen angewiesen ist. Diese ungleichen Beziehungen sind durch Rassismus strukturiert. Konkret wird das im Fall von Klimafinanzierung in der Mobilisierung von rassistischer Differenz bei der Herstellung von Investierbarkeit (vgl. Kapitel 7.2.2) und der Konstruktion von Entbehrlichkeit jener Gruppen und Orte deutlich, deren Schutz sich nicht kapitalistisch verwerten lässt. Auch hier sind Unterschiede zwischen den einzelnen Projekten erkennbar: beispielsweise adressieren Projekte von lokalen Organisationen (und das Projekt der FAO) konkreter und zielgerichteter lokale Herausforderungen auf Jamaika und scheinen weniger an Gewinn orientiert zu sein als die anderen betrachteten Projekte.

Eine Limitation dieser Arbeit ist, dass der betrachtete Ausschnitt der Klimafinanzierung begrenzt ist. Die Ergebnisse lassen sich nicht für die Arbeit des GCF generalisieren. Inwiefern die in dieser Arbeit identifizierten Muster über Jamaika hinaus für die Karibik gelten und inwiefern sie spezifisch für die Karibik sind, bleibt offen. Weiterhin steht die Betrachtung von einem breiteren Kontext und (finanztechnischen) Details in dieser Arbeit in einem permanenten Spannungsverhältnis. Deshalb bleibt es auch eine Aufgabe zukünftiger Arbeiten einzelne Beobachtungen in dieser Arbeit zu vertiefen, wie z.B. die Funktionsweise und Effekte der genannten Private Equity Fonds. Außerdem wurden durch den Fokus auf *racial capitalism* andere Unterdrückungskategorien kaum betrachtet. Diese Arbeit nimmt nur in sehr begrenztem Maß intersektionale Betroffenheiten in den Blick. Eine Betrachtung von GCF-Projekten beispielsweise aus kritischer feministischer Perspektive könnte für diese Arbeit eine wichtige Ergänzung sein.

Die Perspektive von *racial capitalism* fokussiert eine zeitliche Perspektive des *longue durée* und eine räumliche Perspektive der relationalen Geographien. Diese beiden Perspektiven waren stets Ausgangspunkt für die Betrachtung von Nord-Süd-Verhältnissen in dieser Arbeit. Nimmt man diese Perspektiven ernst, wird deutlich, dass eine historische Verantwortung für Kolonisierung und ökologische Zerstörung existiert und dass die Entwicklung des Globalen Nordens auf Kosten des Südens stattfindet. Damit rücken Reparationen ins Blick-

feld. In den Finanzierungsanträgen hingegen werden historische Schuld durch Kolonisierung und ökologische Zerstörung nicht thematisiert. Ebenso wenig werden darauf basierende ungleiche Entwicklung und daraus resultierende ungleiche Kapazitäten für Klimaschutz und -anpassung in den Anträgen genannt. Dies steht diametral zu den Appellen dekolonialer Wissenschaftler:innen wie Malcom Ferdinand und Olúfẹ́mi O. Táíwò. Beide betonen, dass die Überwindung der kolonialen Fraktur (Ferdinand) und Reparation (Táíwò) im Mittelpunkt der Bearbeitung der ökologischen Krise stehen müssen. Um diesen Appellen zu folgen und Klimafinanzierung zu dekolonisieren, gibt es bereits zahlreiche Vorschläge für Startpunkte (vgl. Sultana, 2022; Táíwò, 2022).

Ein erster Startpunkt ist die transparente Benennung von Praktiken der Klimafinanzierung. Der Name Klimafinanzierung suggeriert, dass Klimaschutz und -anpassung im Vordergrund stehen. Doch wäre dies tatsächlich der Fall, würden nicht kritische Bereiche (wie die Gesundheitsversorgung auf Jamaika) ausgelassen werden. Anstatt zahlreiche neue (Entscheidungs)prozesse und unternehmerische Strukturen für Private Equity Fonds aufzubauen, würden Gelder direkt an Akteure in den Empfängerstaaten fließen. Diese Arbeit hat herausgestellt: Viel eher geht es um eine grüne Akkumulation. Investitionen sind Mittel zur Extraktion von Wert für Geber:innen. Diese wiederum sind eigentlich die Schuldner:innen, die noch Wiedergutmachung für ökologische und koloniale Schuld leisten müssen. Eine Benennung wie diese kann Anlass für Irritation sein und damit dazu beitragen, die aktuellen Ungerechtigkeitsverhältnisse in Klimafinanzierung zu denaturalisieren.

Auf politischer Ebene geht es darum, neu zu ordnen wer entscheidet und für wen Prozesse nachvollziehbar sind. Farhana Sultana nennt „öffentlich rechenschaftspflichtige Finanzierung“ (2022, S. 8, Übers. d. A.) als einen Startpunkt. Das heißt beispielsweise für die GCF-Projekte auf Jamaika konkret: Die Projekte müssen verständlich für die Öffentlichkeit formuliert und ihre Umsetzung beeinflussbar bzw. zu verhindern sein. Ausführende Akteure müssen darlegen, inwiefern das Projekt lokale Herausforderungen und Bedürfnisse anspricht und potentielle Konsequenzen für die Bevölkerung vor Ort offenlegen. Sowohl Sultana als auch Táíwò betonen, dass auf eine Entscheidungsfindung mit geteilter Kontrolle, die von Betroffenen ausgeht, hingearbeitet werden muss (Sultana, 2022, S. 7f; Táíwò, 2022, S. 187f). Dabei gilt es, die lokale Ebene nicht zu romantisieren (Sultana, 2022, S. 8) und dennoch darauf zu bestehen, dass die Entscheidungsfindung von lokalen Akteuren ausgeht. Die Notwendigkeit für Strukturen, innerhalb dieser diese Entscheidungsfindung stattfinden kann, und die gemeinschaftliche (ggf. transnationale) Organisation, um ungewollte Finanzierungsprojekte zu verhindern, können dabei in sich selbst konstruktiv und reparativ sein, indem kollektiver Widerstand jene Beziehungen von Solidarität und Care wiederherstellt, die *racial capitalism* und ein koloniales Bewohnen der Erde zuvor zerstört haben. Auf materieller Ebene muss es darum gehen, umzuverteilen, anstatt zu akkumulieren. Das bedeutet eine 100%

zuschussbasierte Finanzierung, die von Staaten, Superreichen und Unternehmen kommt, welche bisher vom *racial capitalism* profitiert haben.

Eine Klimafinanzierung, die diesen Vorschlägen folgt, könnte ein Instrument sein, um internationale Ungerechtigkeiten im Zusammenhang mit der Klimakrise bedeutungsvoll zu adressieren. Dabei könnte sie auch Reparation im Sinne des Verständnisses von Táíwò miteinschließen und zu einer Neugestaltung der Gesellschaft beitragen. Diese Arbeit legt für alle, die für Klimagerechtigkeit kämpfen, einige Mechanismen internationaler Klimafinanzierung offen und ermöglicht es diese aus der Perspektive von Klimakolonialität und *racial capitalism* zu kritisieren und Alternativen zu entwerfen. Die Veränderung der Art und Weise, wie Klimafinanzierung funktioniert, ist dabei jedoch nicht möglich, ohne gleichzeitig die Art und Weise, wie über die ökologische Krise gesprochen wird und Klimaschutz umgesetzt wird, zu verändern. Für all diese Bemühungen bleiben translokale, graswurzelförmige Bündnisse zwischen widerständigen Gruppen zentral. Dabei können diese insbesondere lokale Betroffenheiten und reale Verbindungen des Umeinandersorgens im Kontext globaler Abhängigkeiten zentrieren und dies den abstrakten Gewinnkalkulationen für Investor:innen und der technokratischen Sprache von Klimafinanzierung und Klimaschutz entgegensetzen.

Bibliographie

- acaps. (2024). *Jamaica—Impact of Hurricane Beryl*.
https://www.acaps.org/fileadmin/Data_Product/Main_media/20240718_ACAPS_Hurricane_Beryl_Country_profile_Jamaica.pdf Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Acemoglu, D., Johnson, S., & Robinson, J. A. (2001). The Colonial Origins of Comparative Development: An Empirical Investigation. *American Economic Review*, 91(5), 1369–1401. <https://doi.org/10.1257/aer.91.5.1369>
- Ajl, M. (2018). Beyond the Green New Deal. *The Brooklyn Rail*.
<https://brooklynrail.org/2018/11/field-notes/Beyond-the-Green-New-Deal/> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Alami, I., & Guermond, V. (2023). The color of money at the financial frontier. *Review of International Political Economy*, 30(3), 1073–1097.
<https://doi.org/10.1080/09692290.2022.2078857>
- Al-Bulushi, Y. (2022). Thinking racial capitalism and black radicalism from Africa: An intellectual geography of Cedric Robinson's world-system. *Geoforum*, 132, 252–262.
<https://doi.org/10.1016/j.geoforum.2020.01.018>
- Amighini, A., Giudici, P., & Ruet, J. (2022). Green finance: An empirical analysis of the Green Climate Fund portfolio structure. *Journal of Cleaner Production*, 350, 131383.
<https://doi.org/10.1016/j.jclepro.2022.131383>
- Aoun Angueira, G. (2024). Female farmers in Jamaica rebuild in Hurricane Beryl's wake. *Portland Press Herald*. <https://www.pressherald.com/2024/09/06/female-farmers-in-jamaica-rebuild-in-hurricane-beryls-wake/> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Appelbaum, E., & Batt, R. (2014). *Private equity at work: When Wall Street manages Main Street*. Russell Sage Foundation.
- Argueta, B., & Eckstein, D. (2023). Eine ambitionierte zweite Wiederauffüllung des Grünen Klimafonds nach dem von Deutschland geleisteten Anschlag weiter vorantreiben. *Germanwatch, Deutsche Klimafinanzierung*.
<https://www.deutschemklimafinanzierung.de/blog/2023/06/eine-ambitionierte-zweite-wiederauffuellung-des-gruenen-klimafonds-nach-dem-von-deutschland-geleisteten-anschub-weiter-vorantreiben/> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Arrighi, G. (1994). *The Long Twentieth Century*. Verso.
- Arslanalp, S., Eichengreen, B., & Blair Henry, P. (2024). Sustained Debt Reduction: The Jamaican Exception. *Brookings Papers on Economics*, 133–181.
- Baptiste, A. K., & Rhiney, K. (2016). Climate justice and the Caribbean: An introduction. *Geoforum*, 73, 17–21. <https://doi.org/10.1016/j.geoforum.2016.04.008>
- Baptiste, A. K., & Robinson, S. (2023). The contours of environmental justice in the Caribbean. *The Geographical Journal*, 189(4), 554–561. <https://doi.org/10.1111/geoj.12545>
- Baptiste, A. K. (2025). Understanding Caribbean Environmental Worldviews as a Form of Environmental Justice. In Noxolo, P., Rhiney, K. & Cummings, R. (Hrsg.) *Routledge Handbook of Caribbean Studies*, (S. 99-107). Routledge.
- Barrett, C.-A. (2024). DBJ to launch Blue Green Fund. *Jamaica Observer*.
<https://www.jamaicaobserver.com/2024/12/04/dbj-launch-blue-green-fund/>
- Barrett, C.-A. (2025). *ADAPT Jamaica aims to future-proof farming in the face of climate change*. <https://www.jamaicaobserver.com/2025/04/09/adapt-jamaica-aims-future-proof-farming-face-climate-change/> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.

- Basak, R., & Karlsson-Vinkhuyzen, S. (2022). The Green Climate Fund: History, status and legitimacy. In *Handbook of international climate finance* (S. 135–166). Edward Elgar Publishing. <https://doi.org/10.4337/9781784715656.00013>
- Bauriedl, S. (2023). Klimakolonialismus. Schwarzes Leben im Anthropozän. In S. Bauriedl & I. Carstensen-Egwuom (Hrsg.), *Geographien der Kolonialität. Geschichte globaler Ungerechtigkeitsverhältnisse der Gegenwart*. (S. 245-271). Transcript.
- Beckels, Hilary. (2013). *Britain's Black Debt: Reparations for Caribbean Slavery and Native Genocide*. University of West Indies Press.
- Bhambra, G. K. (2021). Colonial global economy: Towards a theoretical reorientation of political economy. *Review of International Political Economy*, 28(2), 307–322. <https://doi.org/10.1080/09692290.2020.1830831>
- Bhattacharyya, G. (2018). *Rethinking Racial Capitalism: Questions of Reproduction and Survival* (1st ed). Rowman & Littlefield Publishers, Incorporated.
- Biesecker, A., & Hofmeister, S. (2010). Kreislauf statt Durchfluss: Das (Re)Produktive. In C. Bauhardt & G. Çağlar (Hrsg.), *Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie* (S. 51–80). VS.
- Bonilla, Y. (2020). The coloniality of disaster: Race, empire, and the temporal logics of emergency in Puerto Rico, USA. *Political Geography*, 78, 102181. <https://doi.org/10.1016/j.polgeo.2020.102181>
- Bracking, S. (2019). Financialisation, Climate Finance, and the Calculative Challenges of Managing Environmental Change. *Antipode*, 51(3), 709–729. <https://doi.org/10.1111/anti.12510>
- Brand, U., & Wissen, M. (2024). *Kapitalismus am Limit: Öko-imperiale Spannungen, Transformationskämpfe und sozialistische Perspektiven*. oekom verlag.
- Bretton Woods Project. (2024). Jamaica's World Bank-brokered catastrophe bond fails to pay despite devastation of Hurricane Beryl. *Bretton Woods Project - Critical Voices on the World Bank and IMF*. <https://www.brettonwoodsproject.org/2024/10/jamaicas-world-bank-brokered-catastrophe-bond-fails-to-to-pay-out-despite-devastation-of-hurricane-beryl/> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Byrd, J. A., Goldstein, A., Melamed, J., & Reddy, C. (2018). Predatory Value. Economies of Dispossession and Disturbed Relationalities. *Social Text*, 36(2), 1–18. <https://doi.org/10.1215/01642472-4362325>
- CARICOM Reparations Commission. (2025). *10-Point Reparation Plan*. <https://caricomreparations.org/caricom/caricoms-10-point-reparation-plan/> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Çelik, S., & Isaksson, M. (2014). Institutional investors and ownership engagement. *OECD Journal: Financial Market Trends*, 2013(2), 93–114.
- Chakravartty, P., & Silva, D. F. D. (2012). Accumulation, Dispossession, and Debt: The Racial Logic of Global Capitalism—An Introduction. *American Quarterly*, 64(3), 361–385. <https://doi.org/10.1353/aq.2012.0033>
- Chen, C., Noble, I., Hellmann, J., Coffee, J., Murillo, M., & Chawla, N. (2024). *University of Notre Dame Global Adaptation Initiative. Country Index Technical Report*. ND-Gain Notre Dame Global Adaptation Initiative. https://gain.nd.edu/assets/581554/nd_gain_countryindex_technicalreport_2024.pdf Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Clayton, R. (2023). Teaching climate justice and resilience through ancestral plant heritage in Jamaica. *Climate Tracker Caribbean*. <https://climatetrackercaribbean.org/climate-justice/teaching-climate-justice-and-resilience-through-ancestral-plant-heritage-in-jamaica/> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.

- Climate Action Network International. (2024). *US\$5 Trillion owed to Global South by Global North due to the climate crisis*. <https://climatenetwork.org/2024/09/20/us5trillion-owed-to-global-south-by-global-north-due-to-the-climate-crisis/> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Coley, T. (2024a). Climate anxiety in Jamaica: Indigenous resilience and mental health. *Climate Tracker Caribbean*. <https://climatetrackercaribbean.org/climate-justice/climate-anxiety-in-jamaica-indigenous-resilience-and-mental-health/> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Coley, T. (2024b). „No Climate Resilience Plan Without Us!“ Say Jamaica’s Indigenous Peoples. <https://climatetrackercaribbean.org/climate-justice/no-climate-resilience-plan-without-us-say-jamaicas-indigenous-peoples/> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- CPI. (2024). *Global Landscape of Climate Finance 2024: Insights for COP 29*. <https://www.climatepolicyinitiative.org/wp-content/uploads/2024/10/Global-Landscape-of-Climate-Finance-2024.pdf> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Crutzen, P. J., & Stoermer, E. F. (2000). The „Anthropocene“. *Global Change Newsletter*, 41, 17–18.
- Danewid, I. (2025). Invisible hands of empire: The black radical tradition and the longue durée of racial finance capitalism. *Review of International Political Economy*, 1–23. <https://doi.org/10.1080/09692290.2025.2509013>
- Davis, J., Moulton, A. A., Van Sant, L., & Williams, B. (2019). Anthropocene, Capitalocene, ... Plantationocene?: A Manifesto for Ecological Justice in an Age of Global Crises. *Geography Compass*, 13(5), e12438. <https://doi.org/10.1111/gec3.12438>
- Debt Justice. (2023). *The colonial roots of global south debt*.
- DEEP. (2024). *Hurricane Beryl: Update #3 | 12 July 2024*. <https://reliefweb.int/report/grenada/hurricane-beryl-update-3-12-july-2024> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Demony, K. (2025). Jamaica to take fight for slavery reparations to King Charles. *Reuters*. <https://www.reuters.com/world/uk/jamaica-take-fight-slavery-reparations-king-charles-2025-06-26/> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Diaspora Pa'lante Collective. (2025). *What is Esencia and what will happen to Puerto Rico if this is constructed?* <https://diasporapalantecollective.org/what-is-esencia-and-what-will-happen-to-puerto-rico-if-this-is-constructed/> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- erlassjahr.de, & misereor. (2025). *Schuldenreport 2025*. <https://erlassjahr.de/wp-content/uploads/2025/05/SR2025-online.pdf> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Fairhead, J., Leach, M. and Scoones, I. (2012) 'Green Grabbing: a new appropriation of nature?', *The Journal of Peasant Studies*, 39(2), pp. 237–261. <https://doi.org/10.1080/03066150.2012.671770>.
- Falak, J., & Gonzáles, L. J. M. (2025). From Borikén to Jamrock: A common fight for beach access & the changing coastline. *Climate Tracker Caribbean*. <https://climatetrackercaribbean.org/climate-justice/from-boriken-to-jamrock-a-common-fight-for-beach-access-the-changing-coastline/> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Fanning, A. L., & Hickel, J. (2023). Compensation for atmospheric appropriation. *Nature Sustainability*, 6(9), 1077–1086. <https://doi.org/10.1038/s41893-023-01130-8>
- Fanon, F. (2002). *Black skin, white masks* (Repr.). Pluto Press.
- FAO. (2021). *Climate-smart agriculture case studies 2021 – Projects from around the world*. <https://doi.org/10.4060/cb5359en>
- Ferdinand, M. (2022). *Decolonial ecology: Thinking from the Caribbean world* (A. P. Smith, Übers.). polity.

- Fonta, W. M., Ayuk, E. T., & Van Huysen, T. (2018). Africa and the Green Climate Fund: Current challenges and future opportunities. *Climate Policy*, 18(9), 1210–1225. <https://doi.org/10.1080/14693062.2018.1459447>
- Fraser-Sampson, G. (Hrsg.). (2012). *Private Equity as an Asset Class* (1. Aufl.). Wiley. <https://doi.org/10.1002/9781118371985>
- Gabor, D. (2021). The Wall Street Consensus. *Development and Change*, 52(3), 429–459. <https://doi.org/10.1111/dech.12645>
- Gabor, D. (2023). The (European) derisking state. *Stato e mercato*, 1, 53–84. <https://doi.org/10.1425/107674>
- Gilmore, R. W. (2002). Race and Globalization. In R. Johnston, P. J. Taylor, & M. Watts (Hrsg.), *Geographies of Global Change. Remapping the world*. (S. 261-274). Blackwell Publ.
- Girvan, N. (1971). *Foreign Capital and Economic Underdevelopment in Jamaica*. University of the West Indies Press.
- Global Center on Adaptation, & CPI. (2024). *State and Trends in Climate Adaptation Finance 2024*. <https://gca.org/wp-content/uploads/2024/04/State-and-Trends-in-Climate-Adaptation-Finance-2024.pdf> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Gonzales, C. G. (2020). Racial Capitalism, Climate Justice, and Climate Displacement. *Oñati Socio-Legal Series*, 11, 108–147. <https://papers.ssrn.com/abstract=3626490>
- Government of Jamaica. (2023). *Climate Change Policy Framework for Jamaica*. https://www.mof.gov.jm/wp-content/uploads/Updated-Climate-Change-Policy-Framework_with-message-16032023.pdf Zuletzt aufgerufen 24.05.2026.
- Green Climate Fund. (2018). *Indigenous peoples policy*. <https://www.greenclimate.fund/document/indigenous-peoples-policy> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Green Climate Fund. (2019a). *GCF in Brief: Enhancing Direct Access*. <https://www.greenclimate.fund/document/gcf-brief-enhancing-direct-access> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Green Climate Fund. (2019b). *Gender Policy*. <https://www.greenclimate.fund/document/gender-policy> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Green Climate Fund. (2019c). *The Green Climate Fund's Private Sector Facility*. <https://www.greenclimate.fund/document/green-climate-fund-private-sector-facility> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Green Climate Fund. (2020a). *FP151: Technical Assistance (TA) Facility for the Global Sub-national Climate Fund*. <https://www.greenclimate.fund/sites/default/files/document/funding-proposal-fp151.pdf> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Green Climate Fund. (2020b). *FP152: Global Sub national Climate Fund (SnCF Global) – Equity*. <https://www.greenclimate.fund/sites/default/files/document/funding-proposal-fp152.pdf> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Green Climate Fund. (2020c). *Transforming Finance to Unlock Climate Action in the Caribbean*. <https://www.greenclimate.fund/sites/default/files/document/ppf-cdb-belize-jamaica-saint-lucia.pdf> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Green Climate Fund. (2021a). *FP180: Global Fund for Coral Reefs Investment Window*. <https://www.greenclimate.fund/document/global-fund-coral-reefs-investment-window> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.

- Green Climate Fund. (2021b). *Revised environmental and social policy*.
<https://www.greenclimate.fund/document/revised-environmental-and-social-policy> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Green Climate Fund. (2022a). *FP189: E-Mobility Program for Sustainable Cities in Latin America and the Caribbean*.
<https://www.greenclimate.fund/sites/default/files/document/fp189-idb-multiple-countries.pdf> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Green Climate Fund. (2022b). *GCF in Brief: Simplified Approval Process*.
<https://www.greenclimate.fund/document/gcf-brief-simplified-approval-process> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Green Climate Fund. (2023a). *ADAPT Jamaica: Enhancing climate change resilience of vulnerable smallholders in Central Jamaica*.
<https://www.greenclimate.fund/sites/default/files/document/ppf066-fao-jamaica.pdf> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Green Climate Fund. (2023b). *Blue Co Caribbean Umbrella Coordination Programme*.
https://www.greenclimate.fund/sites/default/files/document/ppf075-cdb-multi-country-blue-co-caribbean-umbrella-coordination-programme_0.pdf Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Green Climate Fund. (2023c). *FP223: Project GAIA ("GAIA")*.
<https://www.greenclimate.fund/sites/default/files/document/funding-proposal-fp223.pdf> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Green Climate Fund. (2024a). *2023 Annual Performance Report for FP152: Global Subnational Climate Fund (SnCF Global) – Equity*.
<https://www.greenclimate.fund/document/2023-annual-performance-report-fp152-global-subnational-climate-fund-sncf-global-equity> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Green Climate Fund. (2024b). *Accreditation Master Agreement between GCF and DBJ*.
<https://www.greenclimate.fund/document/accreditation-master-agreement-between-gcf-and-dbj> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Green Climate Fund. (2024c). *Accreditation Master Agreement. Between the Green Climate Fund and the Jamaica Climate Investment Fund*.
<https://www.greenclimate.fund/sites/default/files/document/ama-jsif.pdf> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Green Climate Fund. (2024d). *FP242: Caribbean Net-Zero and Resilient Private Sector*.
<https://www.greenclimate.fund/sites/default/files/document/approved-funding-proposal-fp242.pdf> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Green Climate Fund. (2025a). *About GCF*. <https://www.greenclimate.fund/about> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Green Climate Fund. (2025b). *Access Funding*.
<https://www.greenclimate.fund/projects/investment-framework> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Green Climate Fund. (2025c). *Areas of Work*. <https://www.greenclimate.fund/themes-result-areas> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Green Climate Fund. (2025d). *Entity accreditation*.
<https://www.greenclimate.fund/accreditation> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Green Climate Fund. (2025e). *FP275: Scaling up the Deployment of Integrated Utility Services (IUS) to Support Energy Sector Transformation in the Caribbean (Phase 1) Programme*. <https://www.greenclimate.fund/sites/default/files/document/funding-proposal-fp275.pdf> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.

- Green Climate Fund. (2025f). *GCF in Brief: Private Sector Financing*.
<https://www.greenclimate.fund/document/gcf-brief-private-sector-financing> Zuletzt aufgerufen am 26.09.2025.
- Green Climate Fund. (2025g). *Green Climate Fund: Open Data Library* [Dataset].
<https://data.greenclimate.fund/public/data/projects> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Green Climate Fund. (2025h). *Project Portfolio*.
<https://www.greenclimate.fund/projects/dashboard> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Green Climate Fund. (2025i). *Project Preparation Facility*.
<https://www.greenclimate.fund/projects/ppf/service> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Green Climate Fund. (2025j). *Readiness & preparatory support*.
<https://www.greenclimate.fund/readiness> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Green Climate Fund. (2025k). *Resource Mobilisation*.
<https://www.greenclimate.fund/about/resource-mobilisation> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Hall, S. (1980) 'Race, articulation and societies structured in dominance'. In *Sociological Theories: Race and Colonialism* (S. 305–345). UNESCO.
- Hanna, L. (2025). Who benefits from our tourism dollars? *Jamaica Observer*.
<https://www.jamaicaobserver.com/2025/01/05/benefits-tourism-dollars/> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Happel, E., Merope-Synge, S., & Morley, S. P. (2024). *Bay Kou Bliye, Pote Mak Sonje: Climate Injustice in Haiti and the Case for Reparations*. <https://chrgj.org/2024-12-10-climate-injustice-haiti-case-for-reparations/> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Hartman, J., & Kear, M. (2021). Critical Financial Geography. In C. Borch & R. Wosnitzer (Hrsg.), *The Routledge handbook of critical finance studies* (S. 317–342). Routledge, Taylor & Francis Group.
- Hartman, S. V. (2008). *Lose your mother: A journey along the Atlantic slave route* (1. paperback edition). Farrar, Straus & Giroux.
- Harvey, D. (2003). *Der „neue“ Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung* (1 Aufl.). VSA.
- Hauber, M. (2025). How has Luxembourg become a leading player in private equity? *Ogier*.
<https://www.ogier.com/news-and-insights/insights/how-has-luxembourg-become-a-leading-player-in-private-equity/> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Heldt, C., & Metzger, J. (2018). Anleihe. In *Gabler Wirtschaftslexikon*.
<https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/anleihe-28518/version-252147> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Hickel, J. (2020). Quantifying national responsibility for climate breakdown: An equality-based attribution approach for carbon dioxide emissions in excess of the planetary boundary. *The Lancet Planetary Health*, 4(9), e399–e404.
[https://doi.org/10.1016/S2542-5196\(20\)30196-0](https://doi.org/10.1016/S2542-5196(20)30196-0)
- Hickel, J. (2022). *Weniger ist mehr. Warum der Kapitalismus den Planeten zerstört und wir ohne Wachstum glücklicher sind*. Oekom.
- Holz, C.; Kemp-Benedict, E.; Athanasiou, T. & Kartha, S. (2019) The Climate Equity Reference Calculator. *Journal of Open Source Software*, 4 (35), 1273.
 DOI:10.21105/joss.01273
- Hudson, P. J. (2018). *Bankers and empire: How Wall Street colonized the Caribbean* (Paperback edition). The University of Chicago Press.
- International Energy Agency. (2025). *Jamaica*. <https://www.iea.org/countries/jamaica> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.

- IPES Food (2023). *Breaking the Cycle of Unsustainable Food Systems, Hunger, and Debt*. https://www.ipes-food.org/_img/upload/files/DebtFoodCrisis.pdf Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Jackson, S. (2024a). Green bond listing this year. *The Gleaner*. <https://jamaica-gleaner.com/article/business/20240802/green-bond-listing-year> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Jackson, S. (2024b). Hurricane Beryl wreaked \$32b damage, sent Jamaican economy into decline. *The Gleaner*. <https://jamaica-gleaner.com/article/business/20241122/hurricane-beryl-wreaked-32b-damage-sent-jamaican-economy-decline> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Jamaica Information Service. (2025). *The History of Jamaica*. <https://jis.gov.jm/information/jamaican-history/> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Jamrock Museum. (2025). What Happened to the Estates After Emancipation? A Story of Collapse, Resistance and Reclamation in Post-Slavery Jamaica. *Jamrock Museum - Where Jamaican Culture Lives Online*. <https://www.jamrockmuseum.com/education/what-happened-to-the-estates-after-emancipation-a-story-of-collapse-resistance-and-reclamation-in-post-slavery-jamaica/> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Jones, B. G. (2012). Slavery, finance and international political economy: Postcolonial reflections. In S. Seth (Hrsg.), *Postcolonial theory and international political economy* (S. 49–69).
- Jones, R., Baker, T., Huet, K., Murphy, L., & Lewis, N. (2020). Treating ecological deficit with debt: The practical and political concerns with green bonds. *Geoforum*, 114, 49–58. <https://doi.org/10.1016/j.geoforum.2020.05.014>
- Kalinowski, T. (2020). Institutional Innovations and Their Challenges in the Green Climate Fund: Country Ownership, Civil Society Participation and Private Sector Engagement. *Sustainability*, 12(21), 8827. <https://doi.org/10.3390/su12218827>
- Kalinowski, T. (2024). The Green Climate Fund and private sector climate finance in the Global South. *Climate Policy*, 24(3), 281–296. <https://doi.org/10.1080/14693062.2023.2276857>
- Klein, N. (2007). *The Shock Doctrine: The Rise of Disaster Capitalism*. Knopf Canada.
- Knabb, R. D., Rhone, J. R., & Brown, D. P. (2023). *Tropical Cyclone Report, Hurricane Katrina, 23-30 August 2005*. National Hurricane Center. https://www.nhc.noaa.gov/data/tcr/AL122005_Katrina.pdf Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Knutson, T., Camargo, S. J., Chan, J. C. L., Emanuel, K., Ho, C.-H., Kossin, J., Mohapatra, M., Satoh, M., Sugi, M., Walsh, K., & Wu, L. (2020). Tropical Cyclones and Climate Change Assessment: Part II: Projected Response to Anthropogenic Warming. *Bulletin of the American Meteorological Society*, 101(3), E303–E322. <https://doi.org/10.1175/BAMS-D-18-0194.1>
- Krippner, G. (2004). *What is Financialization*.
- Lai, K. P. (2025). Financial geography II – green finance and climate transition. *Progress in Human Geography*, 03091325251315158. <https://doi.org/10.1177/03091325251315158>
- Lang, C. (2018). *Kenya's REDD programme risks exacerbating violence against indigenous Sengwer communities in Embobut forest*. <https://no-redd.com/kenyas-redd-programme-risks-exacerbating-violence-against-indigenous-sengwer-communities-in-embobut-forest/> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.

- Langley, P. (2020). Impact Investors: The Ethical Financialization of Development, Society and Nature. In J. Knox-Hayes & D. Wójcik (Hrsg.), *The Routledge Handbook of Financial Geography* (1. Aufl., S. 328–351). Routledge.
- Lawson, A. (2025). Jamaicans struggle through scorching heat. *The Star*. <https://jamaica-star.com/article/news/20250902/jamaicans-struggle-through-scorching-heat> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Lowe, L. (2015). *The intimacies of four continents*. Duke University Press.
- McAfee, K. (1991). *Storm signals: Structural adjustment and development alternatives in the Caribbean*. South End Press in association with Oxfam America.
- McCloud, C. (2024). *Hurricane Beryl was one for the record books. Here's why and how it impacted so many*. <https://eu.news-press.com/story/weather/hurricane/2024/07/09/hurricane-beryl-timeline-records-strength-landfalls-damage-photos-videos/74335131007/> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- McLean, D. (2024). Jamaican higglers feeling the heat. *Climate Tracker Caribbean*. <https://climatetrackeribbean.org/climate-justice/jamaican-higglers-feeling-the-heat/> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Melamed, J. (2015). Racial Capitalism. *Critical Ethnic Studies*, 1(1), 76. <https://doi.org/10.5749/jcritethnstud.1.1.0076>
- Mfochivé, O. F., Rübe, C., & Kuhnenn, K. (2025). *Was Deutschland Kamerun schuldet. Über die Notwendigkeit von Klimareparation*. Konzeptwerk Neue Ökonomie.
- Misiedjan, D. (2023). Separate but equal in the protection against climate change? The legal framework of climate justice for the Caribbean part of the Kingdom of The Netherlands. *The Geographical Journal*, 189(4), 613–624. <https://doi.org/10.1111/geoj.12504>
- Moore, J. W. (2000). Sugar and the Expansion of the Early Modern World-Economy: Commodity Frontiers, Ecological Transformation, and Industrialization. *Review (Fernand Braudel Center)*, 23(3), 409–433.
- Mora, C., Frazier, A. G., Longman, R. J., Dacks, R. S., Walton, M. M., Tong, E. J., Sanchez, J. J., Kaiser, L. R., Stender, Y. O., Anderson, J. M., Ambrosino, C. M., Fernandez-Silva, I., Giuseffi, L. M., & Giambelluca, T. W. (2013). The projected timing of climate departure from recent variability. *Nature*, 502(7470), 183–187. <https://doi.org/10.1038/nature12540>
- Müller, B., & Ram Bhandary, R. (2022). Enhanced Direct Access: The first decade. In *Handbook of international climate finance*. Edward Elgar Publishing. <https://doi.org/10.4337/9781784715656.00022>
- Mycoo, M., Wairiu, M., Campbell, D., Duvat, V., Golbuu, Y., Maharaj, S., Nalau, J., Nunn, P., Pinnegar, J., & Warrick, O. (2022). Small Islands. In *Climate Change 2022: Impacts, Adaptation and Vulnerability* (S. 2043–2121). Cambridge University Press.
- Myers Jr., J. (2024). Hurricane Beryl destroys crops in Jamaica, leaves islanders facing food shortages. *AP News*. <https://apnews.com/article/jamaica-hurricane-beryl-shortages-food-8483edbb0bfbd6c0df81a538fe9e7888> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Nader, L. (1972). *Up the Anthropologist: Perspectives Gained From Studying Up*.
- National Hurricane Center. (2025a). *2024 Atlantic Hurricane Season*. National Hurricane Center and Central Pacific Hurricane Center. <https://www.nhc.noaa.gov/data/tcr/index.php?season=2024> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- National Hurricane Center. (2025b). *North Atlantic Tropical Weather Summary (2025)* [National Hurricane Center and Central Pacific Hurricane Center].

- <https://www.nhc.noaa.gov/data/tcr/index.php?season=2025&basin=atl> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- ND-GAIN. (2025). *Jamaica*. <https://gain.nd.edu/our-work/country-index/rankings/> Zuletzt aufgerufen am 22.05.2026.
- Nixon, R. (2011) *Slow Violence and the Environmentalism of the Poor*. Harvard University Press. <https://doi.org/10.2307/j.ctt2jbsgw>.
- Noxolo, P., Rhiney, K. & Cummings, R. (2025). Introduction. In P. Noxolo, K. Rhiney & R. Cummings (Hrsg.) *Routledge Handbook of Caribbean Studies*, (S. 1-12). Routledge.
- O'Donohoe, N., Leijonhufvud, C., & Saltuk, Y. (2010). *Impact Investors. An Emerging Asset Class*. J.P. Morgan Global Research. <https://s3.amazonaws.com/giin-web-assets/giin/assets/publication/research/impact-investments-an-emerging-asset-class2.pdf> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Ouma, S. (2020). *Farming as Financial Asset: Global Finance and the Making of Institutional Landscapes*. Agenda Publishing. <https://doi.org/10.2307/j.ctv13840b0>
- Palumbo-Liu, D. (2025). *Building Worlds Beyond Modernity's Double Fracture: A Discussion with Azucena Castro and Malcom Ferdinand* [Broadcast]. <https://speakingoutofplace.com/2025/01/27/building-worlds-beyond-modernitys-double-fracture-a-discussion-with-azucena-castro-and-malcom-ferdinand/> Zuletzt abgerufen am 24.05.2026.
- Perry, K. (2022). From the Plantation and the Deep Blue Sea: Naturalizing Debt, Ordinary Disasters and Postplantation Ecologies in the Caribbean. *SSRN Electronic Journal*. <https://doi.org/10.2139/ssrn.4172399>
- Perry, K. K. (2021a). Financing a Global Green New Deal: Greening Capitalism or Taming Financialization for a New 'Civilizing' Multilateralism? *Development and Change*, 52(4), 1022–1044. <https://doi.org/10.1111/dech.12666>
- Perry, K. K. (2021b). The new 'bond-age', climate crisis and the case for climate reparations: Unpicking old/new colonialities of finance for development within the SDGs. *Geoforum*, 126, 361–371. <https://doi.org/10.1016/j.geoforum.2021.09.003>
- Perry, K. K., & Sealey-Huggins, L. (2023). Racial capitalism and climate justice: White redemptive power and the uneven geographies of eco-imperial crisis. *Geoforum*, 145, 103772. <https://doi.org/10.1016/j.geoforum.2023.103772>
- Petersen, M. (2018). Einleitung. Das postkoloniale Sonderjylland-Schleswig. In M. Petersen (Hrsg.) *Sonderjylland-Schleswig Kolonial. Kolonialismus kulturelle arv i regionen mellem Kongeanen og Ejderen. Das kulturelle Erbe des Kolonialismus in der Region zwischen Eider und Königsau*. (S. 29-46). Odense: Syddansk Universitetsforlag.
- PIOJ (2022). Serious Climate Outlook for Kingston. *News*. <https://nprp.pioj.gov.jm/2022/05/06/serious-climate-outlook-for-kingston/> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Pollination Group. (2023). Climate Fund Managers Appointed Investment Manager of GAIA LP, a USD1.5bn target climate-focused emerging market private debt platform; and Pollination appointed Advisor to the Investment Manager of GAIA LP. *Media*. https://pollinationgroup.com/media_post/climate-fund-managers-appointed-investment-manager-of-gaia-lp-a-usd1-5bn-target-climate-focused-emerging-market-private-debt-platform-and-pollination-appointed-advisor-to-the-investment-manager-of-ga/ Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Poynting, M. (2024). How record-breaking Hurricane Beryl is a sign of a warming world. *BBC*. <https://www.bbc.com/news/articles/c9r3g572lrno> Zuletzt abgerufen am 24.05.2026.

- Pulido, L. (2017). Geographies of race and ethnicity II: Environmental racism, racial capitalism and state-sanctioned violence. *Progress in Human Geography*, 41(4), 524–533. <https://doi.org/10.1177/0309132516646495>
- Quijano, A. (2000). Coloniality of Power, Eurocentrism, and Latin America. *Nepantla: Views From South*, 1(3), 533–580.
- Quintero, P., & Garbe, S. (2013). Einleitung. In P. Quintero & S. Garbe (Hrsg.), *Kolonialität der Macht: De/Koloniale Konflikte: Zwischen Theorie und Praxis*. Unrast Verlag.
- Rambarran, J. (2025). *How Can the World Bank Better Support Natural Disaster Risk Financing in Caribbean SIDS*. Caribbean Policy Development Centre. <https://debthub.cpdngo.org/news/how-can-the-world-bank-better-support-natural-disaster-risk-financing-in-caribbean-sids/> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Rice, J. L., Long, J., & Levenda, A. (2022). Against climate apartheid: Confronting the persistent legacies of expendability for climate justice. *Environment and Planning E: Nature and Space*, 5(2), 625–645. <https://doi.org/10.1177/2514848621999286>
- Robinson, C. J. (2000). *Black marxism: The making of the Black radical tradition*. University of North Carolina Press.
- Robinson, S. (2020). Climate change adaptation in SIDS: A systematic review of the literature pre and post the IPCC Fifth Assessment Report. *WIREs Climate Change*, 11(4), e653. <https://doi.org/10.1002/wcc.653>
- Rodney, W. (with Adewale, P., Sarbo, B., & Arnsburg, R.). (2023). *Wie Europa Afrika unterentwickelte* (A. Brandl, Übers.; 1. Auflage). Manifest.
- Rojas, D. (2018). *Jamaica Paid a Heavy Price for Freedom*. <https://caricomreparations.org/jamaica-paid-heavy-price-freedom/> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Roopnarine, L. (2010). Maroon Resistance and Settlement on Danish St. Croix. *Journal of Third World Studies*, 27(2), 89–108.
- Schäfer, L., Kaloga, A., Kreft, S., Jennings, M., & Schalatek, L. (2014). *Learning from Direct Access Modalities in Africa*. Germanwatch e.V. <https://www.germanwatch.org/en/9475> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Sheller, M. (2018). Caribbean futures in the offshore Anthropocene: Debt, disaster, and duration. *Environment and Planning D: Society and Space*, 36(6), 971–986. <https://doi.org/10.1177/0263775818800849>
- Sheller, M. (2025). Caribbean Islands and the Coloniality of Climate Change: Navigating ‘the Anthropocene’ through the Historical Legacies of the Plantation. In P. Noxolo, K. Rhiney & R. Cummings (Hrsg.), *Routledge Handbook of Caribbean Studies* (S. 35–46). Routledge.
- Sheridan, R. B. (1965). The Wealth of Jamaica in the Eighteenth Century. *The Economic History Review*, 18(2), 292. <https://doi.org/10.2307/2592096>
- Singh, N. P. (2016). On Race, Violence, and So-Called Primitive Accumulation. *Social Text*, 34(3), 27–50. <https://doi.org/10.1215/01642472-3607564>
- Songwe, V., Stern, N., & Bhattacharyya, A. (2022). *Finance for climate action: Scaling up investment for climate and development*. Grantham Research Institute on Climate Change and the Environment, London School of Economics and Political Science. <https://www.lse.ac.uk/granthaminstitute/wp-content/uploads/2022/11/IHLEG-Finance-for-Climate-Action-1.pdf> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Sotiropoulos, D. (with Mēlios, G. G., & Lapatsioras, S.). (2013). *A political economy of contemporary capitalism and its crisis: Demystifying finance*. Routledge.
- Stoddard, I., Anderson, K., Capstick, S., Carton, W., Depledge, J., Facer, K., Gough, C., Hache, F., Hoolohan, C., Hultman, M., Hällström, N., Kartha, S., Klinsky, S., Kuchler,

- M., Lövbrand, E., Nasiritousi, N., Newell, P., Peters, G. P., Sokona, Y., ... Williams, M. (2021). Three Decades of Climate Mitigation: Why Haven't We Bent the Global Emissions Curve? *Annual Review of Environment and Resources*, 46(1), 653–689. <https://doi.org/10.1146/annurev-environ-012220-011104>
- Stukenberg, K. (2025). Was das Klimaurteil aus Den Haag so besonders macht. *Spiegel*. https://www.spiegel.de/ausland/igh-was-das-klimaurteil-aus-den-haag-so-besonders-macht-a-bc278575-bd5b-41fa-b072-97016b5db93d?sara_ref=re-so-app-sh Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Subnational Climate Fund. (2025). *Jamaica: Golden Grove*. <https://www.subnational.finance/projet/agroforestry-project-jamaica/> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Sukhnandan, S., Stewart, C., & Lauchman, S. (2023). *Climate change and mental health across Suriname, Jamaica, and Guyana*. <https://climatetrackercaribbean.org/climate-justice/climate-change-and-mental-health-across-suriname-jamaica-and-guyana/> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Sultana, F. (2022). The unbearable heaviness of climate coloniality. *Political Geography*, 99, 102638. <https://doi.org/10.1016/j.polgeo.2022.102638>
- Táíwò, O. O. (2022). *Reconsidering reparations: Worldmaking in the case of climate crisis*. Oxford University Press.
- Taylor, G. (2023). Women taking over Jamaica's agriculture industry despite climate vulnerabilities. *Climate Tracker Caribbean*. <https://climatetrackercaribbean.org/climate-justice/women-taking-over-jamaicas-agriculture-industry-despite-climate-vulnerabilities/> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- The Gleaner. (2024). Tropical Storm Rafael starts moving away from Jamaica. *The Gleaner*. <https://jamaica-gleaner.com/article/news/20241105/tropical-storm-rafael-starts-moving-away-jamaica> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- The Nassau Guardian. (2021). Access Industries says access to beach blocked as development on condo-hotel project begins. *The Nassau Guardian*. https://www.thenassauguardian.com/home/access-industries-says-access-to-beach-blocked-as-development-on-condo-hotel-project-begins/article_00f03426-9af4-5ea9-8472-bdb288bb0dd1.html Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Tilley, L. (2021). Extractive investibility in historical colonial perspective: The emerging market and its antecedents in Indonesia. *Review of International Political Economy*, 28(5), 1099–1118. <https://doi.org/10.1080/09692290.2020.1763423>
- Treichel, P., Robertson, M., Wilkinson, E., & Corbett, J. (2024). "Scale and access to the Green climate Fund: Big challenges for small island developing States". *Global Environmental Change*, 89, 102943. <https://doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2024.102943>
- UNCT Jamaica. (2024). *Hurricane Beryl: Jamaica—Situation Report No. 1 (As of 9 July 2024)*. <https://reliefweb.int/report/jamaica/hurricane-beryl-jamaica-situation-report-no1-9-july-2024> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- UNDP. (2023). *Bahamas, Jamaica, Cayman, Turks and Caicos face sea level rise by end of century*. <https://www.undp.org/jamaica/press-releases/bahamas-jamaica-cayman-turks-and-caicos-face-sea-level-rise-end-century> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- UNEP. (2024). *Emissions Gap Report 2024*. <https://www.unep.org/resources/emissions-gap-report-2024> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- United Nations. (2025). *About Small Island Developing States*. <https://www.un.org/ohrrls/content/about-small-island-developing-states> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.

- United Nations Climate Change. (2025). *Nomination charts: Regional groups and constituencies*. <https://unfccc.int/process-and-meetings/bodies/election-and-membership/nomination-charts-regional-groups-and-constituencies> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- United Nations Human Rights Office of the High Commissioner. (2022). *The global climate crisis is a racial justice crisis: UN expert*. <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2022/11/global-climate-crisis-racial-justice-crisis-un-expert> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- United Nations. (2025). Fifty days on, Jamaica struggles to rebuild after Hurricane Melissa's unprecedented destruction. UN News. <https://news.un.org/en/story/2025/12/1166621> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- United Nations in the Caribbean. (2025). Hurricane Beryl one year on: A wake-up call for disaster preparedness in the Caribbean. *United Nations in the Caribbean*. <https://caribbean.un.org/en/297178-hurricane-beryl-one-year-wake-call-disaster-preparedness-caribbean> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Vandenbergh, F., Gughane, P., Xavier de Carvalho, C., & Bhirdikar, K. (2024). Every thirty minutes. A Socio-economic Autopsy of Farmer's Suicide in Yavatmal (Maharashtra). *Unpublished Manuscript*. <https://frederic.vdb.brainwaves.be/resources/textstodownload/Every-thirty-minutes-14.12.docx> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- Vergès, F. (2017). Racial Capitalocene. In G. T. Johnson & A. Lubin (Hrsg.), *Futures of Black Radicalism*. (S. 72-82). London: Verso.
- Vlavianos, C. (2024). *The courageous people demanding climate justice for Bonaire* [Greenpeace]. <https://www.greenpeace.org/international/story/64732/bonaire-climate-justice-lawsuit/> Zuletzt aufgerufen am 24.06.2026.
- Warlenius, R. (2018). Decolonizing the Atmosphere: The Climate Justice Movement on Climate Debt. *The Journal of Environment & Development*, 27(2), 131–155. <https://doi.org/10.1177/1070496517744593>
- Warren, D. T. (2017). A Universal Basic Income +. Economic Security Project. <https://economicsecurityproject.org/news/a-universal-basic-income/> Zuletzt aufgerufen am 21.05.2026.
- Weatherill, C. K. (2023). Sinking Paradise? Climate change vulnerability and Pacific Island extinction narratives. *Geoforum*, 145, 103566. <https://doi.org/10.1016/j.geoforum.2022.04.011>
- Werner, M. (2015). *Global Displacements: The Making of Uneven Development in the Caribbean*. Wiley Blackwell.
- Wesler, K. W. (2013). Jamaica. In W. F. Keegan, C. L. Hofman, & R. Rodríguez Ramos (Hrsg.), *The Oxford handbook of Caribbean archaeology* (S. 250–263). Oxford University Press.
- Whewell, T. (2020). The Caribbean islands poisoned by a carcinogenic pesticide. *BBC*. <https://www.bbc.com/news/stories-54992051> Zuletzt aufgerufen am 24.06.2026.
- Wójcik, D., Urban, M., & Dörry, S. (2022). Luxembourg and Ireland in global financial networks: Analysing the changing structure of European investment funds. *Transactions of the Institute of British Geographers*, 47(2), 514–528. <https://doi.org/10.1111/tran.12517>
- Wolpe, H. (1975) 'The Theory of Internal Colonization: The South African Case'. In I. Oxhaal, T. Barnett, & D. Blooth (Hrsg.) *Beyond the Sociology of Development* (S. 105–120). London: Routledge.

- World Bank. (2023). *Recommendations for a blue economy roadmap for Jamaica*. The World Bank Group.
<https://documents1.worldbank.org/curated/en/099061723212543155/pdf/P176291077025d079097170d7bd57867076.pdf> Zuletzt aufgerufen am 24.06.2026.
- World Bank. (2024). *Population, total—Jamaica*.
<https://data.worldbank.org/indicator/SP.POP.TOTL?locations=JM> Zuletzt aufgerufen am 24.06.2026.
- World Bank. (2025a). *GNI (current US\$)*.
<https://data.worldbank.org/indicator/NY.GNP.MKTP.CD> Zuletzt aufgerufen am 24.06.2026.
- World Bank. (2025b). *PROBLUE*. <https://www.worldbank.org/en/programs/problue> Zuletzt aufgerufen am 24.06.2026.
- World Bank. (2025c). World Bank, IDB, Estimate Hurricane Melissa Damage to Jamaica Totals All-Time-High of US\$8.8 Billion. World Bank Group Press Release.
<https://www.worldbank.org/en/news/press-release/2025/11/19/world-bank-idb-estimate-hurricane-melissa-damage-to-jamaica-totals-all-time-high-of-us-8-8-billion> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.
- World Bank Treasury. (2025). *World Bank Catastrophe Bond Renews \$150 million Hurricane Coverage for Jamaica*.
<https://thedocs.worldbank.org/en/doc/401877c87631461af8ad227793affc5f-0340012025/original/Case-Study-Jamaica-2024-Cat-Bond.pdf> Zuletzt aufgerufen am 24.06.2026.
- Wullweber, J., Aguila, N., Urban, J., Haufe, P., Schairer, S., Baioni, R., Kern, F., & Progscha, S. (2025). *Financing the green transition: Increasing bankability, phasing out carbon investments and funding „never-bankable“ activities*. Herdecke University/Institute for Ecological Economic Research.
- Zagama, B., Kowalzig, J., Walsh, L., Hattle, A., Roy, C., & Dejgaard, H. P. (2023). *Climate Finance Shadow Report 2023. Assessing the delivery of the \$100 Billion Commitment*. Oxfam International.
<https://oxfamilibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/621500/bp-climate-finance-shadow-report-050623-en.pdf> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.

Filmographie

- Bonilla, Y., & Hantel, M. (Regisseure). (2016). *Visualizing Sovereignty: Animated video of Caribbean political history designed by Yarimar Bonilla and Max Hantel* [Video recording]. <https://yarimarbonilla.com/project/visualizing-sovereignty-animated-video-of-caribbean-political-history-designed-by-yarimar-bonilla-and-max-hantel> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2025.
- TV Jamaica (Regisseur). (2024). *Hotter Than Hot! Climate Departure in Kingston Jamaica | All Angles* [Broadcast]. TV Jamaica. <https://www.youtube.com/watch?v=a01eeejGCvI> Zuletzt aufgerufen am 24.06.2026.
- Williams, K. (Regisseur). (2023). *Jamaica has high COP28 hopes as agriculture, forestry & fishing industries decline by 9% (video)* [Broadcast]. TV Jamaica.
<https://climatetrackeribbean.org/cop28/jamaica-has-high-cop28-hopes-as-agriculture-forestry-fishing-industries-decline-by-9/> Zuletzt aufgerufen am 24.05.2026.

Anhang

Tabelle 4. Übersicht der Akteure aus den sieben bestätigten Finanzierungsanträgen.

Name	Art	Projekt	Staat
IDB Invest	Ausführend	Caribbean Private Sector	USA
IDB	Ausführend	E-Mobility	USA
Jamaica Transport Authority	Ausführender Partner	E-Mobility	Jamaika
Ministry of Science Energy and Technology	Ausführender Partner	E-Mobility	Jamaika
Jamaican Urban Transit Corporation	Ausführender Partner	E-Mobility	Jamaika
MUFG Bank	Ausführend	GAIA	Japan
Climate Fund Managers	Administration	GAIA	Niederlande
Pollination Group	Beratung	GAIA	Großbritannien, Australien, USA*
FinDev Canada	Beratung	GAIA	Kanada
SYSTEMIQ	Beratung	GFCR	Großbritannien, Niederlande, Deutschland, Indonesien, Frankreich, Brasilien, USA*
Pegasus Capital Advisors LP	Ausführend	GFCR; SnCF	USA
BNP Paribas	Administration	GFCR; SnCF	Frankreich
CDB	Ausführend	IUS	Barbados
Jamaica Public Service	Ausführender Partner	IUS	Jamaika
Gold Standard	Beratung	SnCF	Schweiz
Catalytic Finance	Beratung	SnCF	Schweiz
IUCN	Beratung	SnCF	Schweiz

*Ich habe für die Karte jeweils den Standort in Großbritannien ausgewählt, weil dieser von beiden Unternehmen bei der Standort-Auflistung als erstes aufgelistet wurde.

Danksagung

Auch wenn mein Name am Ende der Einzige ist, der unter dieser Arbeit steht, sind viele der Gedanken und Ideen aus dieser Arbeit in Gesprächen und der gemeinsamen politischen Arbeit gekommen. Wissensproduktion ist ein in vielfältiger Weise kollektiver Prozess - so auch in dieser Arbeit. Ohne die verschiedenste Unterstützung, Inspirationen und das Feedback beim Erstellen und der Überarbeitung der Arbeit wäre diese so nicht möglich geworden.

Ich danke Sybille Bauriedl für die unterstützende Betreuung und den Peer-Review mit vielen kritischen und weiterbringenden Anmerkungen. Danke auch für vier Jahre voller inspirierender Zusammenarbeit, die auch in dieser Arbeit mitschwingen, und die Offenheit und das Vertrauen mir in dieser Zeit so viele Einblicke und Lernmöglichkeiten zu geben. Ich danke Inken Carstensen-Egwoum für zahlreiche unterstützende Gespräche – sei es zu methodischen oder theoretischen Fragen oder einfach zum Auffangen und Ratschlag geben in persönlich turbulenten und gesamtgesellschaftlich in vielerlei Hinsicht regressiven Zeiten. Danke an Nicola, Vivi, Kiki, Papa, Lena und insbesondere Anne für das gründliche Korrekturlesen und die vielen hilfreichen Anmerkungen. Danke an alle lieben Freund:innen, die bei meiner Verteidigung als interessierte Zuhörer:innen und Unterstützer:innen da waren. All das Wissen aus dieser Arbeit ist zum Teilen da und es war und ist mir eine große Freude das mit euch zu tun. Ohne euch wäre auch der Prozess des wissenschaftlichen Schreibens undenkbar gewesen. Eure Umarmungen, die vielen gekochten Abendessen oder andere Kleinigkeiten haben mich durch den Prozess dieser Arbeit getragen, dieser Dank gilt insbesondere für meine WG. Zuletzt, obwohl sie gewissermaßen am Anfang dieser Arbeit stehen, Danke an Louise, Robin und Nico. Die Zusammenarbeit bei *Debt for Climate* mit euch hat mich inspiriert und vieles gelehrt, was über diese Abschlussarbeit und die Zusammenarbeit bei *Debt for Climate* hinaus bleibt.